



Feindbild Antifa

**Der Angriff des
Staates auf
Dissidenz und
Widerstand**

Killer, spiele!

**Die Kooperation zwischen
Militär und Gaming-Industrie**

Regression als Revolution

Das Comeback der autoritären Linken



4 191202 707005



11

7,- €

A: 8,10 €

CH: 12,- CHF

C 12611 E

Keine Party am
Geburtstag, den nächsten
Elternabend oder nachbarschaft-
liches Grillen? Schenken Sie ein
Schmuckstück aus unserem
konkret-Shop und Sie können
in Zukunft Zuhause bleiben.

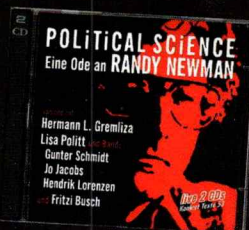


Shopper
Alptraum Deutschland
16,- €

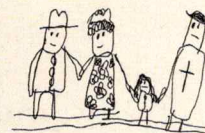
Hermann L. Gremliza
**FRAU
SCHWARZER
IHR HAUS
SEINE
LIEBLINGS-
WURST**

**Hermann L.
Gremliza**
*Frau Schwarzer
ihr Haus seine
Lieblingswurst*
176 Seiten; 12,- €

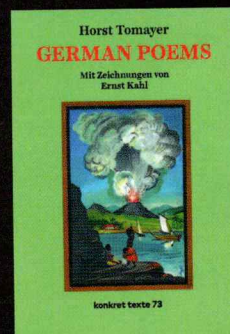
konkret texte 41
**Hermann L. Gremliza/
Horst Tomayer**
Das sehr gemischte Doppel
DVD; 15,- €



konkret texte 53
Political Science
2 CDs; 15,- €

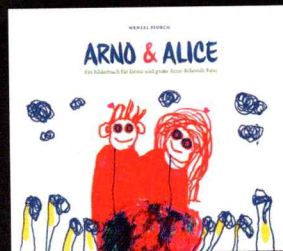


Shopper
Ehe zu dritt
12,50 €



konkret texte 73
Horst Tomayer
German Poems
114 Seiten; 15,- €

Hipbag
Reichsadler
16,- €



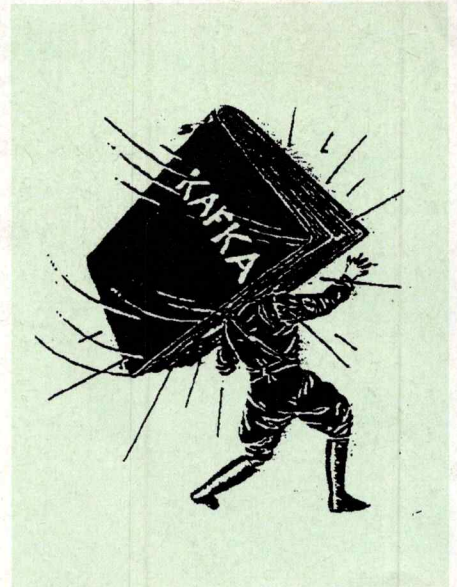
konkret texte 59
Wenzel Storch
Arno & Alice
86 Seiten; 24,80 €

Bestellungen und noch
mehr Raritäten unter
konkret-magazin.shop



»Das Feindbild der starken und amorphen Linken ist gefährlich«

Das niederländische Parlament hat einem Antrag zugestimmt, zu prüfen, ob die Antifa als terroristische Organisation verboten werden soll. Konkret sprach darüber mit Remco, einem Mitglied der antifaschistischen Recherchegruppe Kafka



Konkret: Welche Bedeutung hat der Antrag?

Remco: Der Antrag ist eigentlich eine Aufforderung an den Justizminister, ein Verbot der Antifa umzusetzen. Dieser hat aber bereits erklärt, er werde das nicht tun, da es keine solche organisierte Gruppe gebe und keine rechtliche Dringlichkeit bestehe. Es handelt sich vielmehr um einen symbolischen Akt, der die rechtsextreme Erzählung bestärkt, die Linke unterwandere den Rechtsstaat. Am 20. September gab es in Den Haag eine Demonstration, die völlig außer Kontrolle geriet. Vor allem rechtsextreme Gruppen und Hooligans verursachten schwere Ausschreitungen. Aber natürlich sprach die extreme Rechte davon, die Antifa hätte alles angezettelt. Die Erzählung lautet nicht nur, dass die Antifa mächtig ist, sondern auch, dass anonyme Aktivisten hinter den Kulissen gegen das arbeiten, was als normale Gesellschaft dargestellt wird. Generell wird alles, was sich gegen die extreme Rechte richtet, als antisozial und terroristisch diffamiert.

Wie haben andere Parteien auf den Antrag reagiert?

Beunruhigend war, dass eine der bürgerlichen Parteien, die VVD, die seit mehreren Jahrzehnten in der Regierung ist, den Antrag befürwortete. Diese Partei hat sich immer als eine liberale verstanden, die den Rechtsstaat ernst nimmt. Und sie verbreitet keine Verschwörungstheorien über die Antifa. Aber unter dem Einfluss von Geert Wilders und dem Aufstieg der extremen Rechten beginnen sie nachzugeben. Dass sie einen solchen Antrag befürworteten, war also ziemlich alarmierend.

Was ist »die Antifa« derzeit überhaupt in den Niederlanden?

Wir haben in den letzten Wochen viele Anrufe von der Presse erhalten. Viele fragten, ob sie mit der für die Antifa verantwort-

lichen Person sprechen könnten. Das war lustig. Natürlich gibt es einige besser organisierte Gruppen, die diesen Namen tragen. Aber nirgends ist die Antifa ein Unternehmen mit einer »verantwortlichen Person«. Die anschließende Diskussion war seltsam, auch weil verschiedene Medien gefälschte Accounts auf sozialen Medien als echte Antifa zitierten. Die Kernbewegung ist zweifellos kleiner als früher. Die Arbeit besteht zum größten Teil aus Recherche. Das ist auch das, was wir mit Kafka tun. Ansonsten handelt es sich meist um gewaltfreie Proteste. Es gibt immer Leute, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, aber das ist wirklich die Ausnahme. Dieser gewaltfreie Ansatz sollte in den Diskussionen um Antifa viel stärker präsent sein. Aber das größere Problem ist natürlich, dass Aktionen der Linken viel schneller als Gewalt eingestuft werden als die der Rechten.

Bekanntlich nicht obwohl, sondern weil linke Gewalt eine Reaktion auf staatliche Autorität oder rechte Gewalt ist. Deswegen wäre das Verbot auch nicht die erste repräsentative Maßnahme gegen die Antifa. Welche Auswirkungen hätte es auf eure Arbeit?

Ich glaube eigentlich nicht, dass es viel direkten Schaden geben würde. Denn wir sind keine echte Organisation. Wir sind alle Freiwillige, es geht also nicht um Geld in Form von Gehältern oder gar staatlichen Zuschüssen. Wir gehen an Orte, an denen wir rechtsextreme Aktivitäten vermuten oder von denen wir wissen, und protokollieren sie und so weiter. Ich denke also, dass die meisten einfach weitermachen wie bisher. Nicht organisiert zu sein, schützt unsere Arbeit, gefährdet aber gerade deswegen möglicherweise eine viel größere Bandbreite linker oder nur schon liberaler Aktivitäten. Es geht nur darum, das zu brandmarken, was man nicht mag. Und wenn die Person, die jemanden beschuldigt, die Mittel hat, dies recht-

lich zu verfolgen, würde sie mit dem Verbot eine Rechtsgrundlage finden.

Was die Regierung Trump macht, ist zweifellos auch ein Angriff auf das bürgerliche Freiheitsversprechen. Dieses wird zwar immer nur partikular eingelöst, weshalb es nicht die Grundlage linken Widerstands bildet, aber dennoch: Sollte die liberale Öffentlichkeit Respekt vor dem Verbot haben?

Nein. Was wir insbesondere im Vorfeld von Wahlen beobachten, ist, dass viele Anträge reine Show sind. Der Wille, ein solches Verbot zu verabschieden und breit umzusetzen, ist nicht so groß wie in den USA. Es hat keinen Wert außer einem aufmerksamkeitsökonomischen. Zugleich verfolgt die VVD gewissenhaft die Repression von Klimaaktivismus. Die einzige Frage hierbei ist, ob einzelne Organisationen, etwa Extinction Rebellion, verboten oder lediglich finanziell ausgehungert werden sollten. Da es sich um offizielle Organisationen handelt, hat der Staat mehr Möglichkeiten, finanziellen Schaden zuzufügen.

Insgesamt scheinen Sie nicht allzu besorgt über diesen Antrag zu sein.

Politisch und praktisch gesehen: nein. Ich denke, dass er nicht auf einer realen Bedrohung basiert. Selbst die Geheimdienste in den Niederlanden sagen, dass sie sich nicht besonders mit der Linken befassen müssen. Für sie kommen alle Bedrohungen entweder von islamistischen oder von rechten Kreisen. Es wären direkte rechtliche und praktische Konsequenzen nötig, um uns und unserer Arbeit zu schaden. Aber das allgemeine Feindbild, das entsteht, ist ein anderes. Es ist gefährlich, weil es eine starke und – besonders perfide – eine amorphe Linke zeichnet: Niemand weiß, wer diese Leute sind, sie verstecken sich im Schatten und so weiter. Das ermöglicht es den Rechten, Verschwörungstheorien und seltsame Behauptungen wie: »Die Niederlande sind von der Linken verdammt« zu normalisieren. ●

Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, machen wir Ihnen ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können: Ein Schüler-/Schülerinnen- bzw. Studierenden-Abo für 47 Euro.

konkret-magazin.de

von konkret

Bei Redaktionsschluss herrscht Waffenruhe in Gaza. Allerdings stellte sich die Frage, wie lange und zu welchen Bedingungen sie halten wird. Denn die Hamas hat nicht die Absicht, die Kontrolle über das Gebiet abzugeben – es kursieren bereits Berichte darüber, dass die Terrororganisation politische Gegner und mutmaßliche israelische Kollaborateure öffentlich hinrichtet und sich Schießereien mit rivalisierenden Kräften liefert. Vor allem aber weist die Hamas sowohl die Forderung nach ihrer Entwaffnung als auch nach der Stationierung einer internationalen Stabilisierungstruppe in Gaza zurück und kündigt an, den Kampf gegen Israel bis zur Vernichtung fortsetzen zu wollen. Bereits jetzt postieren sich wieder Tausende uniformierte Hamas-Mitglieder im Gazastreifen, die sich über zwei Jahre meist in ihrem riesigen Geflecht von Tunneln verchanzt haben.

Trotzdem: Nun, da zumindest das israelische Militär die Kämpfe eingestellt hat und die Hilfslieferungen in den Gazastreifen unabhängig von Israel und der GHF überprüft werden können, könnte auch Ruhe einkehren in die Palästina-Bewegten aller Länder, die sich zuletzt zu Hunderttausenden um die humanitäre Situation der Palästinenser gesorgt haben. Mit den entsprechenden Parolen (»You cannot justify genocide!«) wurde auch der **konkret**-Oktobertitel in den sozialen Medien zugespammt. Doch die Demonstrationen dauern an, und die Parolen beschränken sich jetzt einfach wieder auf: »Free Palestine!«, »From the River to the Sea!« oder »End the Apartheid State!« Wie könnte es auch anders sein. Denn wie Robin Forstenhäusler im letzten Heft schrieb:

»Kannte das intersektionale Denken nur eine Vielzahl von miteinander verbundenen Nebenwidersprüchen, wird im Angesicht der drohenden Katastrophe das Bedürfnis nach einem neuen Hauptwiderspruch übermächtig. »Palestine will set us free!«, »Palestine is the Vanguard of our Liberation!«, »Palästina sagt: Ich war, ich bin, ich werde sein!«, lauten einige Slogans eines Erlösungsantizionismus, der die intersektionalen Single Issue Politics zusehends ablöst. Alle Unterdrückungen sind durch ein inneres Band verknüpft – und

alle Fäden der Unterdrückung laufen in Israel zusammen.«

Dass diese Form des Antisemitismus besonders in der Klimabewegung verfangt, führt Forstenhäusler darauf zurück, dass im Klimaaktivismus die Überzeugung vorherrscht, sich »virtuell bereits inmitten der Postapokalypse« zu befinden. Und weil man zugleich mittlerweile eingesehen hat, dass »eine bessere Welt ohne Staat und Kapital« kein »vorstellbares Resultat der Gegenwart« ist, scheint der einzige Ausweg die Vernichtung des Knotenpunkts alles Bösen, Israels.

Robin Forstenhäuslers ebenso wie Richard Schubert's Analysen waren zugleich **konkret**-Titelthema: »Die Öko-Intifada. Politischer Niedergang und antisemitisches Coming-out der Klimabewegung«. In der Folge kündigten zahlreiche Leser/innen ihr Abo und **konkret** politisch eigentlich nahestehende linke Verlage und Zeitschriften die Zusammenarbeit.

Seitdem haben die Leute, mit denen Greta Thunberg in einem Boot saß, alles getan, um den Verdacht einer Öko-Intifada zu erhärten: Die britische Reporterin und Flotilla-Passagierin Sarah Wilkinson etwa erzählte vor laufenden Kameras: »Israelis sind keine Menschen. Sie haben Hände, sie haben Gesichter, aber sie gehören nicht zu uns. Sie sind Monster.« Und bei einer propalästinensischen Kundgebung in München bedauerte ein Vertreter von Fridays for Future die skeptische Haltung mancher FFF-Ortsgruppen gegenüber Greta Thunbergs Antizionismus und der Kollaboration mit der antisemitischen Organisation Palästina Spricht (»herzensliebe Menschen«). Gegen solche Dissidenten müsse man ebenso vorgehen wie gegen »zionistische Trolle«, die man »von Machtpositionen fernhalten« müsse.

Gern würde man den oft jungen Anhängern der Klimabewegung zugestehen, vom eigenen Antisemitismus selbst keine Ahnung zu haben. Angesichts von Bildern wie dem folgenden, das Besatzungsmitglieder eines Flotilla-Bootes von ihren mit den Telefonnummern ihrer Anwälte beschrifteten Unterarmen machten und ins Netz stellten, fällt das schwer:



Titel

3 »Das Feindbild der starken und amorphen Linken ist gefährlich«

Über einen Antrag, die Antifa in den Niederlanden zu verbieten, sprach **konkret** mit Remco, einem Mitglied der antifaschistischen Recherche-gruppe Kafka

12 »Antifa-Supersoldaten«

Interview mit Christopher Mathias über die Geschichte der amerikanischen Antifa und Trumps Versuch, sie zu verbieten

14 Verdächtig: Antifaschismus

Extrem rechte Medien fordern auch in Deutschland ein Verbot der Antifa. Von Marcel Hartwig

16 Ein Lichtblick

Bernhard Torsch über vergleichsweise gut organisierten Antifaschismus in Großbritannien

43 Weckruf zum Wegfegen

Holger Pauler über den rechten Medien-Backlash nach der Ermordung des MAGA-Aktivistin Charlie Kirk

Politik

9 Grenzenloser Judenhass

Bernhard Torsch über den Staat Palästina als Lohn für ein antisemitisches Massaker

18 »Sexismus wird wieder zum Nebenwiderspruch erklärt«

Interview mit der Gesellschaftstheoretikerin Roswitha Scholz über den Zustand der feministischen Theorie

20 Autoritäre Renaissance

Antiimperialistische Gruppen versuchen, mit straffen Hierarchien junge Menschen zu rekrutieren. Von Tobias Prüwer

22 Identitätspolitik unter Beschuss

Guido Arnold über die zusätzliche Schwächung der Linken durch autoritäre Tendenzen in identitätspolitischen Bewegungen

24 Volksfeinde an den Futtertrögen

Warum die Rechte den Kulturkampf liebt und gewinnt. Von Ingar Soltz

26 Meine Freiheit muss nicht deine sein

Die CSU plant, die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu beschränken. Von Stefan Dietl

28 Eine deutsche Bildungslücke

Die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Deutschland erläutert Ismail Küpeli. Von Moritz Rau von Nobbe

30 Aus Anlass eines Untoten

Vor 50 Jahren starb der spanische Diktator Franco. Der Franquismus aber lebt. Von Rolf Surmann

33 Im Glashaus

Christian Stache spießt die Halbwahrheiten und Klischees in der öko-sozialistischen Theoriebildung auf. Von Matthias Becker

34 Der Feind meines Feindes

Stefan Gärtner über Philipp Peyman Engels Warnungen vor der Islamisierung Deutschlands

36 Zurück auf Anfang?

Rolf Surmann über die deutsch-polnische Annäherung in der Reparationsfrage

37 Bündnisfall ... verzweifelt gesucht

Reinhard Lauterbach über die mysteriösen Drohnensichtungen

38 Punkt für Beijing

Wie Donald Trumps Wirtschaftskrieg die internationale Position Chinas stärkt. Von Jörg Kronauer

Kultur

42 Morgens um acht vor dem Petersdom

Wenzel Storch inspiziert den Heiligen Stuhl

46 Killer, spiele!

Wie der »Military-Entertainment Complex« Videospiele nutzt, um Nachwuchs fürs Militär zu ködern. Von Peter Kusenberg

50 Abweichler für die Einheit

Stefan Dietl über das Vermächtnis des Widerstandskämpfers und Gewerkschafters Willi Bleicher

51 Einfach wertlos

Klaus Weber über ein Antikriegsbuch von Gerd Bedszent

52 Weltenflug in Westberlin

Sabine Lueken über den Kreuzberg-Fotochronisten Wolfgang Krolow

54 Wunderwelt des Rauschens

Der Komponist Helmut Lachenmann wird 90 Jahre alt – eine Würdigung von Berthold Seliger

55 Münchner Marmorschädel

Franz Josef Strauß steigt auf nach Walhalla. Von Florian Sendtner

58 Geschichtsmüde

Wieland Schwanebeck über die inflationäre Verwendung des Worts »historisch«

60 Minima Animalia

Die Ausstellung »Ich, das Tier« erforscht den Anthropomorphismus in Karikatur und Comic. Von Ulrich Holbein

64 »Einmal habe ich überlebt«

Über seinen »Langen Fahrrad-marsch« auf den Spuren Maos und Otto Brauns sprach **konkret** mit Christian Y. Schmidt

RUBRIKEN

4 von konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

11 TOTSCHLAGZEILEN

19 TERMINE

44 KUNST & GEWERBE

49 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über den sprachfernen Sprachwächter Walter Krämer

56 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Turmbau zu Nunavut. Von Thomas Gsella

57 PLATTE DES MONATS

Felix Klopotek über »Holding on to Wonder« vom Magnetic Ghost Orchestra

59 FILM DES MONATS

Kay Sokolowsky über »Kingdom« von Julien Colonna

63 BUCH DES MONATS

Thomas Schaefer über *Das Flimmern der Raubtierfelle – Rilke und der Faschismus* von Hans-Peter Kunisch

66 DER LETZTE DRECK

Der NDR lässt Leni Riefenstahl »möglichst unverfälscht« lügen



iz3w



Umkämpft – Reproduktive Gesundheit

Außerdem:

Repressionswelle in Iran |
Landkonflikt um Westsahara |
Gesundheitskrise nach
Corona

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

antifa

Magazin für antifaschistische
Politik und Kultur. Herausgegeben
von der VVN-BdA

Beiträge November/Dezember 2025

Spezial Kriegsauswirkungen auf Zivilbevölkerungen
Sophie Lierschof Autismus und Hans Asperger im NS
Bernd Hüttner Erinnern an die Schoa in der DDR
Interview Widerstand von Frauen in Ravensbrück
Janka Kluge Brücken zwischen Erinnerungskulturen
Jan Tölva Die AfD und das Feindbild Inklusion
Gerrit Hoekman Niederlande mit neuem Rechtsruck
Peps Gutsche Die Banalität des Männlichen
Juliet Schnabel Jordan Petersons BRD-Tour u.v.m.

Ich bestelle antifa: 6 Ausgaben im Jahresabo
SOLI ☐ € 42, NORMAL ☐ € 21, ERMÄSSIGT
☐ € 10,50. Verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht 6 Wochen
vor Ablauf gekündigt wird.

Name, Vorname

Straße, Nr., PLZ, Wohnort

Ort, Datum

Unterschrift

Einsenden: VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19,
10365 Berlin, oder online auf antifa.vvn-bda.de

AN konkret

wertungen unterstreicht. Das Gouvernement Rafah wurde nicht analysiert, da es offenbar weitgehend entvölkert ist. Eine Hungersnot/ Humanitäre Katastrophe (Stufe fünf) wird von IPC definiert als: Mindestens 20 Prozent der Haushalte sind mit einem völligen Mangel an Nahrungsmitteln und/oder anderen Grundbedürfnissen konfrontiert, und Hunger, Tod und Elend sind offensichtlich; die Prävalenz der akuten Unterernährung liegt bei über 30 Prozent, und die Sterblichkeitsrate übersteigt zwei Todesfälle pro 10.000 Personen pro Tag. Zuletzt waren Notsituationen dieser Schwere im Sudan (2024), im Südsudan (2017 und 2020) und in Somalia (2011) festgestellt worden. Auf der Webseite der IPC-Initiative werden die Methodologie und eine Einschätzung der Qualität der vorhandenen Daten ausführlich erläutert.

Es erschließt sich mir nicht, was der antisemitische Stuss irgendeiner Trulla im Internet mit diesem Thema zu tun haben soll (musste noch eine halbe Seite vollgeschrieben werden?). Aber wenn schon abgedreht, kann man auch viel näher dran fündig werden: Philipp Peyman Engel darf bei Springers »Welt« davon schwadronieren, dass es 2050 eine islamische Mehrheit in Deutschland geben könne, womit er nur ganz knapp am Wahn des »Great Replacement« vorbeischrämmt. Dass es sich bei der Hamas um eine Bande antisemitischer Menschenfeinde handelt, deren Entmachtung uneingeschränkt zu begrüßen ist, sollte keiner besonderen Erwähnung bedürfen, sei hier jedoch noch einmal festgehalten.

Frederik Seelig

Mangel und Not

konkret 9/25: »Wo Israel beginnt, hört das Denken auf«; Bernhard Torsch über die Berichterstattung des Gaza-Kriegs

Am 12. Mai 2025 publizierte die internationale Integrated Food Security Phase Classification (IPC) Initiative ihre Einschätzung zur Ernährungssituation und Mangelernährung im Gaza-Streifen: Demzufolge waren etwa 1,94 Millionen Menschen im Gazastreifen zwischen dem 1. April und dem 10. Mai 2025 von einer akuten Ernährungsunsicherheit der Stufe drei oder höher (Krise oder schlimmer) betroffen, darunter fast 244.000 Menschen, die unter einer katastrophalen Ernährungsunsicherheit (IPC-Stufe fünf) leiden. Zwischen April 2025 und März 2026 würden voraussichtlich fast 71.000 Fälle von akuter Unterernährung bei Kindern im Alter von 6 bis 59 Monaten auftreten, darunter 14.100 schwere Fälle. Fast 17.000 schwangere und stillende Frauen würden wegen akuter Unterernährung behandelt werden müssen.

Dieser Bericht wurde am 22. August (nach konkret-Redaktionsschluss) aktualisiert: Nun wurde für das Gouvernement Gaza mit hinreichender Evidenz eine Hungersnot (die schwerste IPC-Phase fünf) bestätigt. Die Lage im Gouvernement Nord-Gaza wird als ebenso schlimm – oder sogar noch schlimmer – eingeschätzt wie die im Gouvernement Gaza. Auf Grund der begrenzten Datenlage war jedoch keine IPC-Einstufung für dieses Gebiet möglich, was die dringende Notwendigkeit eines Zugangs und umfassender Be-

Falsche Freunde

konkret 9/25: »Kritik und Cholera«;
Leserbrief von Benjamin Gehrig
zum Editorial von konkret 8/25

Der Wettkampf der kapitalistischen Staaten, je nach Staatsform im demokratisch-liberalen oder autoritären Gewand, auf dem Weltmarkt und ausgefochten in territorialen Konflikten ist kompliziert, verworren und widersprüchlich. Das Bild von guten und bösen Staaten mag Orientierung geben in dieser komplexen Konstellation, aber es ist eine zu vereinfachte Form der Darstellung. Sicherlich, die Geschichte wird meistens vom Westen mit ihren doppelten Standards und deren sehr anpassungsfähigen Werten geschrieben, aber meist sind die Gegenentwürfe und Gegenspieler kein positiver Bezugspunkt für Emanzipation und postkapitalistische Perspektiven. Dieser Ansatz gilt für manche anticoloniale Bewegung, bei der die berechnete Unabhängigkeit des Landes in Bürgerkrieg oder Diktatur endete, sowie aktuell für Iran, China, Palästina und Nordkorea, die jegliche fortschrittlichen Kräfte innerhalb des eigenen Landes unterdrücken. Das hegemoniale Machtbestreben des Iran

und von Russland ist genauso wie Angriffs-kriege des Westens abzulehnen, und man kann sich gegen die Nato/EU sowie deren Militarisation positionieren, ohne die falschen Freunde der Freiheit und deren gewalttätiges Handeln zu verteidigen. Gerade diese einseitige Fokussierung auf die USA und die Nato führten doch auch zum Niedergang der linken Friedensbewegung. Es gilt, jeden Imperialismus abzulehnen. Leider ist das Interesse am aggressiven Expansionsdrang nichtwestlicher Staaten oft nicht vorhanden, oder das Agieren wird als Gegenreaktion verklärt. So wie der Islamismus keine legitime Widerstandsbewegung ist, so sind nichtwestliche Staaten, die repressiv nach innen und militant nach außen agieren, kein positiver Bezugspunkt für linke Perspektiven.

Werner Patte

Understatement

konkret 10/25: »Die Befreiung von Auschwitz«; Stefan Gärtner über eine üble Verrenkung der »Süddeutschen Zeitung«

»Eike Geisels »Wiedergutwerdung der Deutschen« darf als abgeschlossen gelten, wenn wir unsre Juden jetzt dabei haben«, resümiert Stefan Gärtner seine Polemik gegen den Kollegen der »SZ«, Ronen Steinke, der Israel in Gaza ein »Menschheitsverbrechen« unterstellt; »egal, wie man es nennt.« Dass es eben nicht egal ist, welche Verbrechen welchen Namen tragen, ist des Pudels Kern, und einer wie Steinke, zumal er Völkerrechtler ist, sollte es besser wissen. Etwa so, wie Gärtner es besser weiß: »Selbstredend hat der Kolle-

ge keinerlei Verpflichtung, die Sache anders zu betrachten als die deutschen Gojim. Dass seine Landsleute den Juden Auschwitz nie verzeihen werden, ist aber die andere Wahrheit, es sei denn, man wäre irgendwann quitt, und den Völkermord gegen das »Menschheitsverbrechen« einzutauschen ist die Nachricht, man habe nicht Krebs, sondern bloß Alzheimer.«

Bleiben eine gar optimistische Einschätzung Gärtners und eine Leerstelle. Erstere betrifft die Idee, »quitt« zu sein, würde dem Antisemitismus, zumal dem deutschen, auch nur das leiseste Gerücht über die Juden austreiben, geschweige denn die pathologische Täter-Opfer-Umkehr. Zweitere, dass Ronens Wort der »Menschheitsverbrechen« Israels überhaupt darauf hinausläuft, »quitt« zu sein, ging der »Wiedergutwerdung« doch jahrzehntelang das »Understatement des Jahrhunderts« (Hannah Arendt) voraus, nämlich die stur ausgehaltene und falsche Übersetzung von »crimes against humanity« in Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nicht: gegen die Menschheit. Ließ die deutsche Volksgemeinschaft lediglich das Fingerspitzengefühl beim »Holocaust by bullets« und die Triggerwarnung vor den Gaskammern vermissen, nimmt Israel als der »ideelle Gesamtschurkenstaat« (Gärtner, ebd.) endlich jenen freien Platz zuoberst auf dem Treppchen der historischen Bösewichte ein, der ja eigentlich seit 1948 für niemand anderen reserviert war. Deutschland ist nicht »quitt«, sondern reiht sich auf dem zweiten Platz – dem ersten des Vergessens – ein. Und ja, ich willt', das wär' der Geschichte Treppenwitz.

Christoph Graf

MPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / Geschäftsführung: Friederike Gremliza / Büroanschrift: Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 2704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / E-Mail-Adressen: redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / Internet: www.konkret-magazin.de, https://x.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeberin: Friederike Gremliza (verantwortlich) / Redaktion: Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky / Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe: Guido Arnold, Matthias Becker, Stefan Dietl, Stefan Gärtner, Thomas Gsell, Marcel Hartwig, Ulrich Holbein, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberger, Reinhard Lauterbach, Sabine Lueken, Volker Pauler, Tobias Prüwer, Moritz Rau von Nöbbe, Joachim Rohloff, Thomas Schaefer, Wieland Schwanebeck, Berthold Seliger, Florian Sendtner, Ingar Soltz, Wenzel Storch, Rolf Surmann, Bernhard Torsch, Marco Tschirpke, Klaus Weber / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIK-BONN / Titelfoto: Picture Alliance, Sipa USA / Kolumnenillustration: Leo Leowald / Anzeigen: Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / Bankverbindung: Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 742 584 209, BIC: PBNKDEFF / Druck: westermann DRUCK | pva, Braunschweig / Vertrieb: Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 56,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 86,- / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / Abonnementverwaltung: ZENIT Pressevertrieb GmbH / Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart, Telefon: 0711-82 651-307, Telefax: 0711-82 651-333, E-Mail-Adresse: konkret@zenit-presse.de



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

**Gutes Leben für alle –
guter Kaffee für alle!**

elrojito
Kaffee solidarisch

Kooperativen-Kaffee aus Lateinamerika:
100% Solidarisch und Fair.
100% Bio, 100% Geschmack.



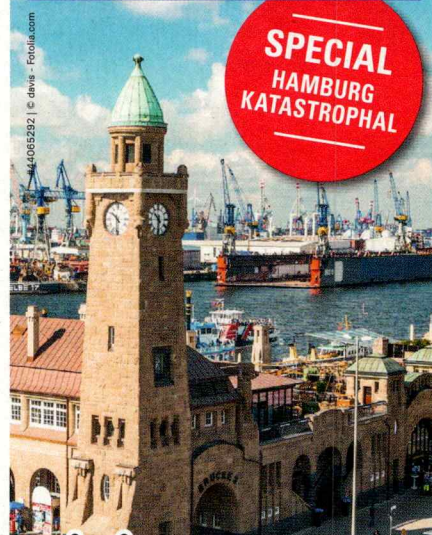
Hier bestellen:
www.el-rojito.de/shop/

Solidarisch schmeckt besser!

**KURIOSE
STADTFÜHRUNGEN
IN HAMBURG**

Für Dich oder Deine Gruppe

**SPECIAL
HAMBURG
KATASTROPHAL**



CITINAUT
WWW.CITINAUT.DE
TOP BEWERTUNGEN

Die Wahrheit bleibt konkret

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gegen die Regression, die die kapitalistischen Zentren ebenso beherrscht wie deren Peripherie, kommt niemand an. Das Problem einer linken Zeitschrift besteht darin, ihren Lesern und Leserinnen in dieser Lage weder Wohlgefühl noch Hoffnung anbieten zu können, sondern allenfalls die Bestätigung, dass das eigene Unbehagen an den herrschenden Verhältnissen nicht unbegründet ist. Im Fall von **konkret** kommt erschwerend hinzu, dass die Leserschaft des wohl bedeutendsten linken Blattes in der Geschichte der Bundesrepublik seit dreieinhalb Jahren aufgerieben wird zwischen der Weigerung, sich im Ukraine-Krieg auf die Seite des Westens zu schlagen, und dem Beharren darauf, dass der jüdische Staat ein Recht auf Selbstverteidigung hat, also darin, als linke Zeitschrift sowohl Imperialismus als auch Antisemitismus abzulehnen.

Da man sich also weder für Antifaschismus noch für Aufklärung etwas kaufen kann, fehlt in dem Marmeladenglas, aus dem wir unsere Rechnungen bezahlen, monatlich so viel Kleingeld, dass **konkret** ab dem Januarheft 2026 die Printausgabe einstellen und ausschließlich als E-Paper erhältlich sein wird. Weil auf diese Weise der freie Verkauf am Kiosk und über den Buchhandel wegfällt, bieten wir Leserinnen und Lesern, die bis Dezember 2026 ein Abo abschließen, einen vergünstigten Preis von 60 Euro an.

Gänzlich wird **konkret** aus dem Zeitschriftenhandel dennoch nicht verschwinden: Zweimal im Jahr wird ein Sonderheft zu einem bestimmten politischen Schwerpunkt erscheinen.

Neben dem Umstand, dass wir durch die Einstellung der Printausgabe unsere monatlich anfallenden Kosten wieder decken können – vorausgesetzt, Sie kündigen nach dieser Ankündigung Ihr Abo nicht –, hat ein E-Paper diverse Vorteile.

Nachdem unsere Aboverwaltung mehrmals den Besitzer gewechselt hatte, wurden viele unserer Abonnentinnen und Abonnenten nicht mehr zuverlässig beliefert. Auf Beschwerden reagierte der Dienstleister entweder gar nicht, verzögert oder ausweichend. Das hat nicht nur zur Verärgerung vieler Leser/innen, sondern auch zu zahlreichen Abokündi-

gungen geführt. Mit der Umstellung auf ein E-Paper liegt die Verwaltung der Abos in unserer Hand. Weder Post noch Aboverwaltung können der Zustellung des Heftes im Wege stehen – die Ausgaben erreichen also garantiert pünktlich ihre Leser/innen. Die erhöhten Abopreise fürs Ausland entfallen bei Abschluss eines E-Paper-Abonnements.

Wir können zudem aktueller auf das politische Geschehen reagieren, da zwischen Redaktionsschluss und Auslieferung keine zehn Tage mehr liegen und das Heft direkt nach Fertigstellung für Sie zugänglich ist.

Nicht nur die oft beanstandete Schriftgröße der Artikel lässt sich beliebig verändern. Leser/innen mit einer Sehhinderung und solche, die sich **konkret** beim Spazieren gehen zu Gemüte führen wollen, können sich das Blatt vorlesen lassen.

Und schließlich: E-Paper-Abonnenten erhalten zugleich exklusiv Zugang zum stets auf den neuesten Stand gebrachten **konkret**-Archiv von 1974 bis heute. Damit können Sie in sämtlichen Ausgaben aus fünfzig Jahren nach Schlagworten, Artikeln, Autorinnen und Autoren suchen.

Für diese und die nächste Ausgabe erhalten Abonnentinnen und Abonnenten der Printausgabe zugleich Zugang zu unserem E-Paper. Auf diese Weise können Sie sich schon einmal mit unserer E-Paper-Seite und ihren Funktionen vertraut machen. Die Zugangsdaten zu Ihrem E-Paper-Konto werden Sie in Kürze erhalten. Mit diesen können Sie sich dann über unsere Website (konkret-magazin.de) einloggen. Sollten Sie Fragen haben, melden Sie sich bitte beim Verlag.

Sollten Sie **konkret** nicht als E-Paper lesen wollen, können Sie Ihr Abo jederzeit kündigen.

Die Wahrheit bleibt **konkret** – auch auf dem Schirm.

Hinweis: Die Ausgabe der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas ist von der Umstellung nicht betroffen.

Leser/innen, die konkret bei der Umstellung auf die E-Paper-Ausgabe und bei der Finanzierung der bis dahin verbleibenden Monate November und Dezember unterstützen wollen, können dies durch eine Spende auf folgendes Konto tun:
DE11 2007 0024 0841 2710 00

Grenzenloser Judenhass

1 57 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben inzwischen einen »Staat Palästina« anerkannt. Das waren 157 symbolische Akte, 157 mal »Daumen hoch« für Terrorismus und Judenmord, 157 Ermunterungen für eine von Nationalsozialismus wie auch kriegerischem Frühislam inspirierte eliminatorische Position gegenüber Juden und ihrem Gemeinwesen und 157 stolze Bekenntnisse, aus dem Holocaust nur die Lehre gezogen zu haben, ihm beim nächsten Anlauf ein besseres Gelingen zu ermöglichen.

Was die 157 Staaten konkret anerkannt haben, war die 1988 von der PLO verabschiedete Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, die einseitig einen Staat Palästina proklamierte. Das war, wie seine Anerkennungen durch immer mehr Staaten, ein symbolischer Akt, da in der Proklamation kein Staatsgebiet definiert wurde, sondern nur die schwammige Formulierung vorkam: »Gestützt auf das natürliche, historische und gesetzlich verbrieftete Recht des palästinensischen Volkes auf Palästina, sein Vaterland, unter Berufung auf die Opfer der vorhergehenden Generationen, die die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes verteidigt haben, ausgehend von den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen und der Autorität des Völkerrechtes in Gestalt der Resolutionen der Vereinten Nationen seit dem Jahre 1947, in Wahrnehmung der Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes auf Selbstbestimmung, politische Unabhängigkeit und unbeschränkte Hoheitsgewalt über sein Territorium proklamiert der Nationalrat im Namen Allahs und im Namen des palästinensisch-arabischen Volkes die Gründung des Staates Palästina auf palästinensischem Territorium mit Jerusalem als Hauptstadt.«

Dies ließ PLO-Chef Arafat und seinen Nachfolgern die Möglichkeit, mal auf die »Grenzen von 1947«, also den von den Arabern abgelehnten und mit einem Angriffskrieg gegen den damals neuen Staat Israel nur einen Tag nach dessen Gründung beantworteten Teilungsplan, zu pochen, und bei anderer Gelegenheit wieder den PLO-Slogan »From the River to the Sea« zu brüllen, worunter die Araber einen Staat anstelle Israels verstehen. Diesen Anspruch auf das gesamte ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina erhebt auch die Hamas, die den Slogan 2017 offiziell in ihre überarbeitete Charta aufnahm. Anders gesagt: 157 Staaten dieser Welt, darunter Großbritannien, Italien, Spanien und China, anerkannten ein metamorphes Gebilde, das seine Gestalt wandelt, wie es ihm gerade in den Kram passt, aber doch immer wieder den Ursprungscharakter hinter den Maskeraden durchblicken lässt, der maximalistisch auf die Vernichtung des Staates der Juden und anschließend, was jedem spätestens seit dem 7. Oktober 2023 klar sein müsste, der jüdischen Bevölkerung hinausläuft.

Was die 157 Staaten, die einen »Staat Palästina« und damit doch nur Arafats Schwurbel-Plan anerkannten, wohl wissen dürften, aber nicht gerne hören: Das ideologische Grundgerüst aller arabischen »Befreiungsbewegungen« baut auf nationalsozialistischem Wahn auf. Mohammed Amin al-Husseini, der noch von der Mandatsmacht Großbritannien eingesetzte Mufti von Jerusalem, war ein Anhänger Hitlers und griff aktiv auf Seiten der Nazis in den Zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung ein. Er organisierte muslimische SS-Verbände mit dem Ziel, Juden die Flucht vor der braunen Völkermordmaschinerie zu verunmöglichen, und er belieferte den ganzen arabischen Raum mit Nazi-Propaganda. Nach der Niederlage Hitler-

deutschlands setzte sich der als Kriegsverbrecher gesuchte Kerl nach Ägypten ab, von wo aus er seinen Kampf für die Auslöschung des Judentums fortsetzte. Im ägyptischen Exil nahmen der Ex-Mufti und seine Entourage aus deutschen Nazis einen gewissen Yassir Arafat unter ihre Fittiche und lehrten ihn, dass nur tote Juden akzeptable Juden seien. Nachdem Arafat auf Seiten der ägyptischen Muslimbruderschaft am erfolglosen Krieg gegen das neu gegründete Israel teilgenommen hatte, baute al-Husseini ihn als Führer der palästinensischen Araber auf und riet ihm auch, diese Araber zu einem Volk zu stilisieren. Die Muslimbruderschaft war übrigens die Mutterorganisation der Hamas, was einen kleinen Eindruck davon vermitteln sollte, wie sehr die ganze »palästinensische« Sache auf zwei der schlimmsten Ideologien des 20. Jahrhunderts aufbaut, nämlich auf dem Nationalsozialismus und dem Neo-Islamismus.

Arafat war ein Terrorist und ein Dieb (er zweigte aus Hilfszahlungen an die Palästinenser ein privates Milliardenvermögen ab), aber er war politisch nicht völlig ungeschickt. Während des Kalten

Kriegs und der Zeit antikolonialer Befreiungsbewegungen positionierte er seine PLO als linksnationalistische Befreiungsbewegung, womit er Sympathiepunkte von Moskau bis zu westlichen Linken sammeln konnte. Selbst der Sozialdemokrat Bruno Kreisky, von 1970 bis 1983 Bundeskanzler Österreichs, fiel auf Arafats erneute Scheinmetamorphose herein und glaubte lange, aus dem Vernichtungsantisemiten einen rationalen Politiker machen zu können, mit dem eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts möglich wäre. Erst als Arafat den PLO-Politiker und persönlichen Freund Kreiskys, Issam Sartawi, von Abu Nidal ermorden ließ, da Sartawi begonnen hatte, ernsthaft an eine Verhandlungslösung mit Israel zu glauben, wandte sich Kreisky enttäuscht von Arafat ab.

Noch zu Arafats Lebzeiten hatte es mehrere Anläufe gegeben, den Palästinensern eine Zwei-Staaten-Lösung anzubieten. Die Verhandlungen liefen immer ähnlich ab: Arafat fuhr hin, ließ sich wochenlang beknien und gab in letzter Minute bekannt, man sei ihm nicht weit genug entgegengekommen, und rauschte dann mitsamt seinem Team wieder ab. Nur wenn man ihm so viel zu geben bereit war wie etwa Jitzchack Rabin, der den Palästinensern einen Autonomiestatus anbot, griff der PLO-Chef zu. Dieser Tanz ist ein historisches Muster seit 1947, als die UN einen Zweistaatenplan für Palästina vorlegten und die Araber diesen ablehnten, statt dessen einen Mehrfrontenkrieg gegen Israel begannen, den sie verloren.

So unklar es ist, was genau die 157 Staaten da anerkannt haben wollten, so problematisch sind die Umstände. Im Westjordanland gab es zuletzt vor fast 20 Jahren Wahlen. Welche demokratische Legitimation haben also Abbas und seine Fatah, einen Staat auszurufen? Und müssen wir von der Hamas in Gaza überhaupt reden? Dieser Bande, die das schlimmste Massaker an Juden seit 1945 verübt hat und auch die eigene Bevölkerung brutal unterdrückt, durch eine Anerkennung »Palästinas« auch nur den Hauch von Legitimation zu verleihen, ist politischer Wahnsinn und moralisch indiskutabel. Ausnahmsweise liegt diesbezüglich Donald Trump richtig, dessen Plan für Gaza eine »Enthamasifizierung« vorsieht, ohne die es kein Ende des aktuellen Krieges und keine Anerkennung eines palästinensischen Staates geben kann.



»Und meine feste Überzeugung ist: Deutschland muss vorangehen. Deutschland muss eine europäische Führungsmacht sein, um ein starkes Europa voranzubringen.« Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD)

Hinüber

Als Generalsekretär hat Lars Klingbeil seiner Partei das mieseste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949 eingebrockt. Der Versager hat sich danach aber nicht, wie es sich ziemt, in die Versenkung begeben, sondern, in durchaus spezialdemokratischer Manier, das wichtigste Ministerium, das für die SPD zu haben war, sowie den Fraktionsvorsitz unter den Nagel gerissen. Es wird ihm nach diesem Coup zweifellos gelingen, die Sozialdemokratie final aufs Niveau einer Seeheimer Kreispartei zu bringen. Wenn solch ein Loser ankommt und kräht, dass Deutschland irgendwas muss, liegt also ein bedenklicher Fall von Größenwahn vor. Dem man am besten entgegnet, dass Deutschland gar nichts muss, außer das Maul zu halten, und er bitte gleich mit.

Denn gewisse Worte, die Klingbeil herausplarrt, sollten seit achtzig Jahren tabu sein, und die, man entschuldige den Euphemismus: Gedanken, die sie ausdrücken, geächtet wie Senfgas. Welch eine Stinkbombe der Stellvertreter des Kanzlers im Bundestag geworfen hat, belegt dieses Zitat: »Es muß das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen. Europa kann aber eine klare Organisation nur durch die Deutschen erfahren. Eine andere Führungsmacht ist praktisch nicht vorhanden.« So Joseph Goebbels in einer Tagebuchnotiz vom 8. Mai 1943.

Ein Leser beschwerte sich neulich bei mir, in den »Herrschaftszeiten« SPD-Mitglieder »Parteigenossen« genannt zu haben: Dies sei ein Begriff der Nazis und seine Verwendung ein grobes Foul gewesen. Ich gelobe Besserung: Wenn Klingbeil so weiter-

macht, schreibe ich künftig nur mehr von Volksgenossen.

Stramm

Wäre der Rest der Welt bei Groschen und nicht mit Kriegsspielen beschäftigt (siehe Seite 46), ginge er spätestens jetzt daran, um Deutschland eine Brandmauer zu ziehen, neben der die alte Schandmauer aussähe wie ein Gartenzaun. Denn die hiesige Zeitenwende ähnelt täglich mehr einer Vergangenheit, die bewältigt wurde, nur um in etwas anderer Uniform wieder auferstehen zu können. Der neue Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Christian Freuding, hat nach Übernahme des Postens am 1. Oktober einen »Tagesbefehl« an seine Landser ausgegeben, der den Waschlappenbegriff »Staatsbürger in Uniform« ein für allemal in die Tonne wirft. Er wolle, schnarrt Freuding, »mit all meiner Kraft für ein Heer arbeiten, in dem ... sich gute Führung« in »unverbrüchlicher Kameradschaft bemessen lässt«. Als hätte je ein General seine Stube, lateinisch »camera«, mit dem Fußvolk geteilt, außer um es zum Putzen reinzulassen.

»Unsere Ambition für das Morgen«, schreibt der Mann von vorgestern, »muss einhergehen mit dem Willen, den Kampf heute aufzunehmen und zu gewinnen.« In seiner Vorstellung führt Freuding bereits Krieg, und offenbar kann er es kaum erwarten, dass aus dem Schein ein Sein wird: »Das alles geschieht unter hohem Zeitdruck, denn die Lage richtet sich nicht nach unserem Planungszeitstrahl.« Was die Frage aufwirft, weshalb überhaupt noch geplant wird, statt einfach loszuschlagen. Die Antwort liefert Freuding wie aus der Maschinenpistole geschossen: »Der Feind wartet nicht auf unsere »Fertig«-Meldung«, und wo dieser Feind steht, muss der General gar nicht sagen, das versteht sich von selbst. Der »Wille zum Kampf« sei höchstes Gebot für die Truppe; der Inspekteur träumt von einem Heer, »das sich durchsetzt, das gewinnt«. Beim dritten Versuch muss es doch klappen!

Dicht

An jenes Wort, das im Vokabular der neuesten deutschen Megalomanie noch ungebrauchlich ist, doch unverzichtbar, sollte es demnächst ernst werden, hat der »FAZ«-Redakteur Reinhard Müller erinnert: »Das Vaterland allerdings fehlte in des Kanzlers Aufruf, eine neue Einheit zu gestalten.« Das wird der Regent sich höchstens zweimal sagen lassen, bevor er den Drecksbegriff in jedem dritten Satz verwendet. »Vor gut 200 Jahren«, schreibt Müller, »war »Des Deutschen Vaterland« das wohl populärste Volkslied« – eine gewagte Behauptung, denn populär waren die scheußlichen Reime des Franzosenfressers und Judenhassers Ernst Moritz Arndt

nicht beim Volk, sondern bei den Burschenschaftern und anderem chauvinistischen Pöbel. »Pathos und Patriotismus«, fährt Müller fort, »haben nicht nur auf der anderen Seite des Rheins eine Heimat.« Da hat er recht: Nationalistischer Schwachsinn ist überall zuhause.

Es hätte dennoch nicht den besten Eindruck gemacht, hätte Merz in seiner Rede, der auch Frankreichs Staatspräsident zuhören musste, aus dem Sang, den Müller so sehr schätzt, deklamiert: »Das ist des Deutschen Vaterland, / Wo Zorn vertilgt den wälschen Tand, / Wo jeder Franzmann heißet Feind, / Wo jeder Deutsche heißet Freund – / Das soll es seyn!« Auch diese Zeilen meinte der »FAZ«-Kommentator, als er das völkische Lied dafür lobte, »auf nationale Freiheit und Einheit gerichtet« zu sein. »Wo bleibt das deutsche Vaterland?« ist Müllers Kommentar überschrieben, und wenigstens diese Frage kann ich ohne langes Nachdenken beantworten: mir gestohlen.

Voll

Wenn die deutsche Bourgeoisie sich wieder einmal in Militarismus, Führungsmachtträumen und Vaterländerei ergeht, können die Grünen natürlich nicht hintan stehen. Sie tun aber in alter Gewohnheit so, als wäre das, was sie fordern, etwas anderes als das, was die konkurrierenden Parteien im Sinn haben. Doch Mist bleibt Mist, wird er auch parfümiert. So schlug Cem Özdemir, designierter Nachfolger des Erzphilisters Winfried Kretschmann auf dem baden-württembergischen Thron, Anfang Oktober statt Wiedereinführung der Wehrpflicht ein »republikanisches Jahr« vor, »also ein Jahr, in dem sich alle in den Dienst ihres Landes stellen«. Es könne »bei der Bundeswehr, aber auch in einer sozialen Einrichtung« absolviert werden. Özdemir wäre dafür zu loben, dass er die Bundeswehr indirekt als asoziale Einrichtung bezeichnet, könnte man davon ausgehen, dass er weiß, was er gerade wieder dampfplaudert.

»Das Leben in einer freien, liberalen Demokratie bringt neben Rechten für alle auch Pflichten mit sich«, doziert Özdemir. Doch ein Staat, der seinen Bürgern Pflichten auferlegt, die über die Pflicht zum Steuernzahlen und zivilisierten Benehmen hinausgehen, ist eben nicht frei, nicht liberal und nur zum Schein demokratisch. Er ist eine Zwangsanstalt, die über die Insassen verfügt, als wären sie das Eigentum der Anstaltsleitung, und sie nur leben lässt, damit sie für die Bedürfnisse der herrschenden Klasse in den Tod gehen können.

Benebelt

Für gewöhnlich sprechen Militärpfaffen die salbungsvollen Worte zum Dienst am und Fallen fürs Vaterland. Inzwischen erledigt



»Das zeigt, was unser Land ausmacht: Gastfreundschaft, Lebensfreude und ein starkes Bekenntnis zu Heimat und Kultur. Zusammen auf der Wiesn – zusammen für Deutschland!«: Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU, l.) über seine Gaudi am 21. September mit Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU, 2. v. l.), Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD, 3. v. l.) und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD)

das auch Özdemirs Parteifreund Robin Wagener. Der Osteuropa-Beauftragte der Grünen im Bundestag richtete Ende September diesen Tagesbefehl an die Parlamentskollegen: »Wer hat schon einmal eine Soldatin, einen Soldaten in der Bahn in Uniform gesehen? Wahrscheinlich wir alle. Und wer hat diese Gelegenheit genutzt, einfach mal danke zu sagen? Danke für ihren Dienst? (...) Das ist eine Hausaufgabe für uns Abgeordnete, dass wir alle losgehen in unseren Wahlkreisen (...), dass wir gemeinsam als Gesellschaft die Soldaten einladen, sei es zum Grillen im Park, in der Stadt (...) oder zur Verleihung des Veteranenabzeichens im Rathaus.« Oder zu einem Filmabend mit dem Double-Feature »Komm und sieh« und »Johnny zieht in den Krieg«. Da würden sich die Soldaten aber schön bedanken.

Wagener hat sein Hohelied auf die, die »im Ernstfall zum Äußersten greifen«, das heißt zur Verstümmelung und Tötung anderer Menschen, so inbrünstig gesungen, wie es sich für einen evangelischen Laienprediger gehört. Dass die Saaldiener des Bundestags keine Speikübel herumreichen mussten, war wohl dem Umstand geschuldet, dass im Plenum so gut wie niemand saß. Offenbar kennen die MdB den Kollegen Wagener gut genug, um rechtzeitig vor seinem Sermon Reißaus zu nehmen.

Fertig

Kein Entkommen jedoch gibt es vor dem Söder-Maggus, der, wenn er nicht gerade Wurst frisst, seinen Senf abgibt. Der Ministerpräsident des Freistaats Bayern und Boss der CSU fühlte sich zum Beispiel am 5. Oktober berufen, auf X den Schleifer der Nation zu markieren: »Halbe Sachen reichen nicht mehr. Eine Wischi-Waschi-Wehrpflicht hilft niemandem.« Außer denen, die auf eine Zwangskasernierung gut verzichten können. »Jeder Tag Zögern schwächt unsere Sicherheit.« Und jeder Tag Söder unseren Verstand. »Sicherheit ist der Preis für Freiheit.« Nee, lass mal, zu teuer. »Nur wenn wir uns verteidigen können, werden wir nicht angegriffen.« Aber wenn wir uns zur Zeit nicht verteidigen können, wie Söder schwallt, warum greift dann keiner an?

Der Miniprä hat weder Zeit noch Lust, diesen Widerspruch aufzulösen. Er hat aber einen großen Plan, und zwar denselben wie Lars Klingbeil: »Deutschland muss dafür in Europa als Lead Nation vorangehen und Verantwortung übernehmen.« Nur für die Folgen, die das haben wird, wird Deutschland keine Verantwortung übernehmen, jedenfalls nicht freiwillig, und auch dann nur, wie immer, Wischi-Waschi.

Kay Sokolowsky

TOTSCHLAGZEILEN

Entschärfung in Berlin: Russen-Bombe! Wohngebiet muss geräumt werden.

»Bildzeitung«, 19. September 2025

Russische Jets über Estland: Die Nato muss Putin Grenzen setzen.

»Taz«, 21. September 2025

Das nächste Mal: Abschuss.

»FAZ«, 21. September 2025

Riesen-Manöver »Red Storm Bravo« in Hamburg: Stellen wir uns vor, es ist Krieg.

»Hamburger Morgenpost«, 22. September 2025

Russland hat fast 300.000 neue Reservisten: Analysten vermuten Vorbereitungen für neue Offensive und möglichen Konflikt mit Nato.

»Tagesspiegel«, 23. September 2025

Verlegung an die Ostflanke geübt: Jetzt probt die Bundeswehr den Nato-Erntefall!

Auch Versorgung von 1000 Verwundeten pro Tag wird vorbereitet.

»Bildzeitung«, 23. September 2025

Polens Regierungschef mahnt: »Dies ist auch unser Krieg.«

»Bildzeitung«, 29. September 2025

Pistorius: »Russland wird für Nato mehr und mehr zur Gefahr.«

»ZDF Heute«, 29. September 2025

Polen-Reise von Pistorius und Wadephul: Zeichen setzen an der Nato-Ostflanke.

»Tagesschau«, 29. September 2025

Russland jagt deutsche Satelliten: Kriegsführung im Weltall »rasant ausgebaut«.

»Frankfurter Rundschau«, 30. September 2025

Angesichts russischer Bedrohung: Merz: »Wir sind nicht mehr im Frieden.«

»ZDF Heute«, 30. September 2025

E-Scooter statt Panzer: Putin schickt Roller-Russen in den Tod.

»Bildzeitung«, 1. Oktober 2025

»Größte Bedrohung seit Terrorismus«: Macron enthüllt Putins geheime Kriegsführung gegen Europa.

»Frankfurter Rundschau«, 2. Oktober 2025

Russische Provokationen: Europa zwischen Krieg und Frieden.

»Zeit«, 6. Oktober 2025

Militärexperten warnen – »Russland in »Phase 0« für möglichen Krieg mit der Nato eingetreten«.

»Welt«, 7. Oktober 2025

Experte schockiert bei Maischberger: Ist Krieg gegen Putin unausweichlich?

»Bildzeitung«, 9. Oktober 2025

»Antifa-Supersoldaten«

Interview mit Christopher Mathias, dem Autor von *To Catch A Fascist: The Fight To Expose The Radical Right*, über die Geschichte der amerikanischen Antifa und Trumps Versuch, sie zu verbieten

Konkret: Der deutsche Verfassungsschutz geht davon aus, dass die Antifa »im Sinne einer bundesweit agierenden, klar umgrenzten Organisation oder strukturell auf eine gewisse Dauer verfestigten Gruppierung derzeit nicht« existiert, und vermutlich liegt er damit sogar richtig. Sieht es im Fall der amerikanischen Antifa ähnlich aus?

Christopher Mathias: Ja, das trifft auf die amerikanische Antifa ebenso zu. Hier würde man die Antifa eher als eine bestimmte politische Tradition definieren, sich der extremen Rechten entgegenzustellen. Diese Tradition basiert auf drei Überzeugungen: 1. Die extreme Rechte muss manchmal gewaltsam auf der Straße bekämpft werden. 2. Faschisten dürfen keine Plattform erhalten, um zu sprechen oder sich zu organisieren. Das bedeutet, dass man zu einer Nazi-Kundgebung geht, um sie zu konfrontieren und von der Straße zu vertreiben, oder dafür zu sorgen, dass sie keine Genehmigung für eine Kundgebung erhalten, oder sie wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen aus den Sozialen Medien zu werfen. 3. Dem Staat und den Strafverfolgungsbehörden kann man im Kampf gegen Faschisten nicht trauen, weil diese Institutionen von Natur aus selbst rassistisch und faschistisch sind.

Was die Bestimmung der amerikanischen Antifa als Organisation erschwert, ist, dass viele Linke diese Überzeugungen teilen, sich aber nicht unbedingt als Antifa identifizieren. Es gibt zwar Gruppen, die sich so identifizieren, aber die sind sehr klein. Manchmal handelt es sich nur um ein paar Leute, um eine Handvoll Menschen. In bestimmten Städten gibt es eher formalisierte Gruppen mit einer längeren Tradition. In Portland gibt es zum Beispiel die Rose City Antifa, eine der wohl bekanntesten Verbände.

Wann hat die Antifa begonnen, die USA in Angst und Schrecken zu versetzen?

In den achtziger und neunziger Jahren gab es in der amerikanischen Punkszene viele Nazis, und all diese jungen Punks schlossen sich zusammen und begannen, diese Nazis zu vertreiben. Es gab eine Gruppe namens The Baldies in Minneapolis, Minnesota, eine multikulturelle Punk-Gang, deren Mitglieder Teenager waren, die begannen, Nazis zu verprügeln. Als sie älter wurden, wurden sie politisch versierter. Sie wurden Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten und informierten sich über Gruppen in Europa – wie die antifaschistische Aktion in Großbritannien. Also gründeten sie eine Gruppe namens Anti-Racist Action. Die Anti-Racist Action agierte in den achtziger und neunziger Jahren sehr ähnlich wie Antifa-Gruppen in Europa. Sie verwendeten den Begriff Antifaschismus noch nicht, weil sie dachten, dass Antifaschismus für amerikanische Ohren fremd klingen würde, was wahrscheinlich stimmt. Und sie waren sehr erfolgreich. Sie verjagten Nazis aus Portland, aus Minneapolis und aus Atlanta.

Sind antirassistische Aktionen in den USA ein Erfolgsprojekt?

Bis Anfang der nuller Jahre waren sie tatsächlich ziemlich groß und erfolgreich. Sie waren offener, als wir es heute von Antifa kennen. Sie verbargen ihre Identität nicht immer. Bei Rock- und Punkkonzerten verteilten sie Flugblätter. Das blieb nicht ohne Folgen. Manchmal wurden sie verhaftet. Manchmal kamen Nazis zu ihren Häusern und griffen sie an. Was sie taten, hatte also Konsequenzen. Ende der neunziger Jahre, und damit begann der Niedergang der antirassistischen Bewegung, wurden zwei Mitglieder in Nevada unter Vorwänden von Leuten, von denen sie nicht wussten, dass es Nazis waren, in die Wüste gebracht und dort hingerichtet.

Auf jeden Fall hat die antirassistische Bewegung Anfang der nuller Jahre an Schwung verloren. Dafür gibt es viele Gründe. Die amerikanische Linke war demoralisiert, weil sie die Invasion des Irak nicht verhindern konnte. Und außerdem waren viele der rassistischen Schlägertrupps erfolgreich vertrieben und die Antifa in Amerika neigt dazu, in Symbiose mit der extremen Rechten zu wachsen und zu schwinden. Wenn also die *White Supremacists* auf dem Vormarsch sind, ist auch die Antifa auf dem Vormarsch. Die Antifa ist wie ein ruhender Antikörper im Blut, der in den Blutkreislauf geschickt wird, wenn ein Virus auftritt.

Und wann meldete sich die Antifa zurück?

2015, als Trump seinen Aufstieg ins Weiße Haus beginnt. Da kommt es zur Gründung sehr vieler neuer faschistischer Gruppen in Amerika, und die Antifa entsteht gewissermaßen aus den Trümmern der antirassistischen Bewegung. Damals hat die Bewegung den Namen Antifa und viele der Antifa-Symbole übernommen. Von 2015 bis 2017 entstehen viele neue Gruppen, die sich als Antifa identifizieren. Und zu diesem Zeitpunkt weiß eigentlich niemand in Amerika, was zum Teufel die Antifa überhaupt ist. Niemand hat diesen Begriff je gehört. Aber Ende 2017 nimmt das Merriam-Webster Dictionary das Wort »Antifa« auf und das Oxford Dictionary nominiert »Antifa« für das Wort des Jahres. Plötzlich ist es allgegenwärtig.

Wie kam das?

Die extreme Rechte fühlte sich durch Trump sehr ermutigt und veranstaltete überall in Amerika große Kundgebungen, in Berkeley, Kalifornien, Seattle, Charlottesville ... Und zu diesen Kundgebungen erscheinen Leute, die Nazis schlagen. Die Bilder und Videos von diesen Zwischenfällen verbreiten sich schnell und plötzlich reden alle von der Antifa.

Ich war damals in Charlottesville, um von der dortigen Kundgebung zu berichten. Die extreme Rechte wußte, dass das, was in Charlottesville passiert ist: dass einer von ihnen mit dem Auto in eine Menge von Demonstranten gefahren ist und Heather Heyer getötet hat, ein schlechtes Licht auf sie wirft. Also beschlossen sie, in die Offensive zu gehen.

Es gibt einen Pro-Trump-Troll, der das Pseudonym Microchip verwendet. Er startet direkt nach Charlottesville eine virale Petition an das Weiße Haus, an Trump, um die Antifa als inländische Terrororganisation einzustufen. Aber er weiß, dass es keine gesetzliche Grundlage dafür gibt. In einem Interview erklärt er, warum er das tut: Es gehe ihm nicht darum, die Antifa als Terrororganisation zu bezeichnen, sondern darum, die Antifa als Prügelknaben zu etablieren, um den sich die Rechte vereinen kann und den sie als Sündenbock benutzen kann. Über die Antifa eröffnet sich der Rechten die Möglichkeit, von der sehr realen Gewalt von rechts abzulenken und zu sagen: Was ist denn mit der extremen Linken? Die sind doch auch gewalttätig.

Wie sehen denn die Zahlen aus: Wie verhält sich rechte zu linker Gewalt in den USA?

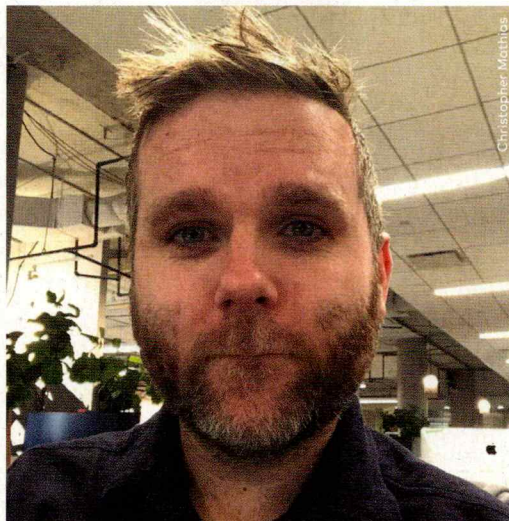
Die extreme Rechte in Amerika ist sehr gewalttätig und hat im letzten Vierteljahrhundert Hunderte von Menschen getötet, während Antifa oder Menschen, die sich als Antifa identifizieren, niemanden getötet haben. Es ist also eine falsche Gleichsetzung.

Auf jeden Fall setzt sich in diesem Moment diese gut geölte Maschine in Bewegung: Immer, wenn die extreme Rechte Gewalt ausübt, wenn sie Massenerschießungen begeht, es zu einem Ansturm von Influencern der extremen Rechten, den MAGA-Influencern, kommt, ist es die Antifa gewesen. 2017 gibt es Gerüchte, dass es im November eine Antifa-Kundgebung geben wird, die den Beginn eines neuen Antifa-Bürgerkriegs einleiten soll. Antifa-Supersoldaten würden weiße Eltern enthaupen.

Dieser Quatsch bereitet gewissermaßen die Bühne für die nächsten Jahre. MAGA kann nicht aufhören, über die Antifa zu reden. Die Proud Boys können nicht aufhören, über Antifa zu reden. Rechte Schlägertruppen können nicht aufhören, über Antifa zu reden. Und 2020 kommt dieser Antifa-Buhmann richtig in Fahrt und explodiert während der antirassistischen Aufstände in Amerika. Trump, MAGA und die extreme Rechte fangen an, die Antifa für diese Aufstände verantwortlich zu machen, bei denen gelegentlich Polizeiautos in Brand gesteckt und Fenster eingeschlagen werden oder, wie in Minneapolis, ein Polizeirevier niedergebrannt wird. Das ist natürlich Unsinn. Antifa-Gruppen nehmen zwar an diesen Demonstrationen

teil, aber sie machen nur einen verschwindend geringen Prozentsatz der Teilnehmer aus. Und der Grund, warum die extreme Rechte dies tut, ist, diese Aufstände als das Werk von externen Agitatoren, die nicht aus diesen Gemeinden stammen, sondern als schwarz gekleidete, anonyme Radikale darzustellen. In Amerika gibt es eine lange Tradition, externe Agitatoren für Aufstände für Bürgerrechte verantwortlich zu machen. So wie es auch in den sechziger Jahren geschah. Martin Luther King wurde zum Beispiel oft als externer Agitator bezeichnet.

Die Sache mit dem Antifa-Buhmann wird jedenfalls richtig groß. Die Antifa wird nicht nur für die Aufstände verantwortlich gemacht, es kommen auch all diese Gerüchte auf, dass die Antifa in Ihre Stadt kommt, um dort kleine Geschäfte niederzubrennen, dass Busladungen von Antifa-Anhängern durch das Land fahren, dass die Antifa Waldbrände legt. All das schafft einen Vorwand



für die extreme Rechte, gewaltsam gegen diese Aufstände vorzugehen. Plötzlich besetzen rechte Milizgruppen Städte im pazifischen Nordwesten, Männer in Tarnkleidung patrouillieren mit Langwaffen durch die Straßen und halten Ausschau nach der »Antifa«. Sie konfrontieren friedliche, antirassistische Demonstranten physisch. Und das passiert das ganze Jahr über. 2019 und 2020 droht MAGA damit, die Antifa als Terrororganisation einzustufen. Und dann kommt der Sturm aufs Kapitol. Danach sind MAGA und die extreme Rechte erst mal in der Defensive und unmittelbar nach dem 6. Januar geben sie der Antifa die Schuld am Sturm aufs Kapitol: Geheime Antifa-Provokateure hätten die Gewalt verursacht. Bei Umfragen sechs Wochen später geben sechzig Prozent der Republikaner an, sie glaubten, dass Antifa für den 6. Januar verantwortlich sei. Aber dann beginnt die Rechte, die Verantwortung dafür zu übernehmen und den Sturm auf Kapitol als patriotisches Unterfangen darzustellen, als eine moderne Boston Tea Party.

Danach verschwindet der Antifa-Buhmann für ein paar Jahre aus dem Blickfeld.

Bis zur Ermordung von Charlie Kirk ...

Genau, das ist der Zeitpunkt, an dem die Regierung Trump und die breitere MAGA-Bewegung den Antifa-Buhmann wieder auferstehen lassen. Charlie Kirks Tod ist ihr Vorwand, um endlich mit dem harten Durchgreifen gegen die Linke zu beginnen, um Menschen aus dem linken Spektrum ins Visier zu nehmen und strafrechtlich zu verfolgen, um die eigene Macht zu festigen und noch offener faschistisch zu sein.

Dann steht Trumps Designation der Antifa als Terrororganisation in Zusammenhang mit der Ermordung Kirks?

Ja. Dabei gibt es kein Gesetz, das das erlaubt. Seine Verordnung läuft also im Grunde genommen auf eine große rhetorische Eskalation hinaus. Sie ist ein Signal an die Strafverfolgungsbehörden und an rechte Selbstjustizler im ganzen Land, dass es an der Zeit ist, die Antifa ins Visier zu nehmen und Gewalt gegen die Antifa auszuüben.

Das Problem dabei ist natürlich auch, dass MAGA, die extreme Rechte und die Republikanische Partei eine sehr weit gefasste Definition davon haben, wer die Antifa ist. Und sie bezeichnen im Grunde jeden, den sie wollen, als Antifa, um ihn zu verfolgen.

Warum gibt es keine gesetzliche Grundlage dafür, die Antifa als terroristische Vereinigung einzustufen?

Die einzige Möglichkeit, jemanden auf Bundesebene wegen Terrorismus anzuklagen, ist finanzielle Unterstützung. Man kann also einen Amerikaner im Inland wegen Terrorismus anklagen, wenn man Beweise dafür hat, dass er jemanden wie ISIS oder Al-Qaida unterstützt. Wenn die Regierung Trump beispielsweise Antifa als ausländische Terrororganisation einstuft und nachweisen kann, dass ein amerikanischer Antifaschist Geld an eine Antifa-Gruppe in Europa spendet, könnte dies eine Möglichkeit sein, das Fehlen eines Gesetzes gegen inländischen Terrorismus zu umgehen.

Aber ist der Schritt von Trump nicht ein Angriff auf die gesamte Linke?

Das Ganze zielt darauf, die Linke zu fragmentieren, nach dem Motto: Teile und herrsche! Im Grunde genommen zwingt es die Gemäßigten und Liberalen dazu, eine Entscheidung zu treffen. Zeigt man Solidarität und Unterstützung mit den Menschen links von einem oder lässt man sie im Stich? Und wenn man sie im Stich lässt, dann ist die breitere Linke gespalten und wird nicht die Kraft haben, die sie braucht, um gegen die Rechte in Amerika anzukommen. ●

Christopher Mathias: *To Catch a Fascist. The Fight to Expose the Radical Right*. Atria Books, New York 2025, 336 Seiten, 25,84 Euro

Verdächtig: Antifaschismus

In den USA wurde »die Antifa« als Terrororganisation eingestuft. Ungarn und die Niederlande ziehen mit entsprechenden Ankündigungen nach. Extrem rechte Medien fordern ein Verbot auch in Deutschland. Von Marcel Hartwig

Das politisch-mediale Vorfeld der AfD reagierte elektrisiert auf Nachrichten aus den USA, den Niederlanden und Ungarn, man wolle dort »die Antifa« verbieten. Umgehend begannen extrem rechte Medienportale wie »Deutschland Kurier«, »Compact« und »Nius« ihren Lesern zu erläutern, unter welchen Voraussetzungen auch in Deutschland antifaschistische Aktivitäten unterbunden werden könnten. Da in diesen Kreisen Verschwörungstheorien blühen, in denen »die Antifa« gleichzeitig Anschläge auf Bahntassen begeht, im Bundestag sitzt und die öffentlich-rechtlichen Medien kontrolliert, gilt es den Nutzern rechter Medien zunächst zu erklären, dass es »die Antifa« als Organisation nicht gibt. Denn in der extremen Rechten ist »Antifa« nichts anderes als eine Chiffre für alles und jedes, was irgendwie für links gehalten wird: von Saskia Esken und Jan Böhmermann bis zum Zerrbild eines autonomen Antifaschismus, welches die Leute dem Fernsehen entnehmen. Die zweite Nachricht an die Nutzer rechter Lügenmedien: Eine pauschale Einstufung als Terrororganisation ist, jedenfalls solange die AfD noch keinen Zugriff auf die Exekutive und die Justiz hat, nicht denkbar.

Doch »Deutschland Kurier« und »Nius« haben durchaus Ideen, wie »der Antifa« beizukommen wäre. Vor allem gelte es, die Finanzierung vom »NGO Komplex« trockenzulegen. Das gleichnamige Buch des »Nius«-Journalisten Björn Harms war in den vergangenen Monaten sogar »Spiegel«-Bestseller. Harms versucht darin, leicht recherchierbare Fakten zu skandalisieren, und suggeriert durch entsprechendes Framing, ein Netzwerk (linker) NGOs habe die Republik unterwandert und sich finanziell zur Beute gemacht. Wie immer in solchen Fällen geht

es weniger um die Fakten als um die Botschaft einer angeblich von links kontrollierten Politik und Gesellschaft, die es abzuwickeln gelte. Harms' Buch steht gewissermaßen in der Tradition einer breit gefächerten publizistischen Anti-Antifa, die in den vergangenen Jahrzehnten periodisch wiederkehrend davor warnte, die Bundesrepublik sei auf dem Marsch in den »Linksstaat«, so der Titel eines 2016 erstmals erschienenen Buches aus dem rechten Kopp-Verlag. Es ist der grundsätzliche Antikommunismus der alten Bundesrepublik, aus dessen Quelle auch nach dem Ende des realen Sozialismus Autoren wie Hans-Helmuth Knütter und Claus-Martin Wolfschlag schöpften, indem sie den Antifaschismus unter den Verdacht stellten, lediglich eine linke Tarnideologie zu sein. Bücher wie Knütters *Antifaschismus – Der geistige Bürgerkrieg* oder der Band *Das antifaschistische Milieu*, mit dem der langjährige

Autor der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« Claus-Martin Wolfschlag 2001 bei Knütter promoviert wurde, sind »Meilensteine« des akademischen Anti-Antifaschismus. Die schon erwähnte »Junge Freiheit« bemühte sich in den zurückliegenden Jahrzehnten immer mal wieder um den Nachweis, dass Initiativen gegen Rechtsextremismus tief in das verstrickt seien, was im Milieu der extremen Rechten unter »Antifa« verstanden wird. Dass auch der Geheimdienst namens »Verfassungsschutz« das Feindbild Antifaschismus sorgsam pflegt, kann man den Schriften eines seiner Vordenker, Rudolf van Hüllen, entnehmen. Wie schließlich die Behörden in den vergangenen Jahrzehnten den Ermittlungsparagrafen 129 gern nutzten, um antifaschistische Strukturen zu durchleuchten und durch Verfahren lahmzulegen, ist ebenso Teil der Geschichte des Versuchs, den Antifaschismus zu delegitimieren.



Von Trump lernen: Der AfD-Landesverband NRW sieht der Gefahr ins Auge

Den Faden der Anti-Antifa nehmen die AfD und ihr politisches Vorfeld seit einigen Jahren wieder auf. Über das legitime Mittel der parlamentarischen Anfrage im Bundestag und in den Landtagen generiert die Partei Informationen über Projekte, die von der Bundesregierung in der Absicht gefördert werden, die gesellschaftliche Reichweite extrem rechter Einstellungen und ihrer politischen Folgen zurückzudrängen. Die gewonnenen Informationen werden sodann dem politischen Vorfeld der AfD und ihr gewogenen Medien zur Verfügung gestellt, die daraus denunziatorische Narrative stricken. Ganz oben auf der Liste steht die Berliner Amadeo-Antonio-Stiftung, der von rechts gern unterstellt wird, sie kontrolliere ein Netzwerk linker politischer Akteure. Besonders die ehemalige Vorsitzende der Stiftung, Annetta Kahane, stieg im vergangenen Jahrzehnt zum Lieblingsfeind extrem rechter Ideologen und ihrer Medien auf. Die Feindbildprojektionen der Rechten bedienten gern auch antisemitische Klischees. In einigen Landtagen wollte die AfD in den vergangenen Legislaturperioden »Linksextremismus«-Untersuchungsausschüsse einsetzen. In Sachsen-Anhalt reichte es nur für eine »Linksextremismus«-Enquete-Kommission, die einiges Aufsehen ob der von der AfD geschürten Kultur des Verdachts und viel Papier produzierte, bevor sie ihre Arbeit im Februar 2021 vorzeitig einstellte und sich auflöste. In Thüringen setzte die AfD-Fraktion einen Untersuchungsausschuss durch, der sich unter dem Titel »Politische Gewalt« auch mit Linksextremismus befasste und 2023 einen Skandal verursachte, als der vormalige Verfassungsschutz-Chef, Hans-Georg Maaßen, den damaligen Thüringer Ministerpräsidenten einen Linksextremisten nannte. All das dient dem Ziel der AfD und ihres politischen Vorfeldes, sich möglichst umfassende Informationen über Akteure und Strukturen zu verschaffen, die ihren weiteren Aufstieg kritisch sehen oder ihm politisch im Wege stehen könnten. Die klassische Form der Anti-Antifa betreibt etwa das Patriotische Bürgernetzwerk Ein-Prozent, indem es Namen und Details aus diversen Strafverfahren gegen Antifaschisten veröffentlicht, die dem sogenannten Budapest-Komplex zugeordnet werden. Dabei handelt es sich um linke Aktivistinnen und Aktivisten, denen vorgeworfen wird, zu verschiedenen Anlässen an körperlichen Angriffen auf Neonazis beteiligt gewesen zu sein.

Dass es nicht einer AfD-Regierungsbeteiligung bedarf, um Antifaschisten ihre Arbeit zu erschweren, zeigte sich 2019. Da verlor die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) vorübergehend den Status der Gemeinnützigkeit. Damit wären Spenden steuerlich nicht mehr begünstigt worden. Eine breite

Kampagne für den Erhalt der Gemeinnützigkeit und eine intensive Debatte folgten.

Extrem rechte Strukturen wie Ein-Prozent sehen in der Infragestellung der Gemeinnützigkeit von Trägern der politischen Bildung und der Jugendarbeit ein Instrument, das Wirken einer kritischen Zivilgesellschaft langfristig zu beschneiden. Das Zusammenspiel von diskreditierenden Kampagnen in der Öffentlichkeit und juristischen Angriffen soll organisierte Kritik an der AfD und ihrer Politik zum Schweigen bringen, politisch delegitimieren und unter Druck setzen. Die Rhetorik und Bildsprache der rechten medialen Kommunikation setzt dabei Antifaschismus und (terroristische) Gewalt gleich. Dass dies mit Blick auf die Zahlen rechter Gewalttaten absurd ist, tut der emotionalisierenden Wirkung vom medialen Bild »der Antifa« als gewalttätiger, schwarz gekleideter Masse bei der Zielgruppe keinen Abbruch.

Bei der in rechten Medien geführten Debatte um ein Verbot »der Antifa« geht es also zunächst darum, den Feind propagandistisch zu markieren und die eigene Anhängerschaft politisch auf dieses Feindbild zu konditionieren. Wenn dies nebenbei den Effekt hat, dass rechtskonservative Politiker Maßnahmen ergreifen, die politisch missliebige Akteure still stellen, umso besser. Noch kann die extreme Rechte antifaschistische Initiativen und Strukturen, ob sie diese Bezeichnung nun im Namen führen oder nicht, nicht zerschlagen. Doch das kann sich schnell ändern, wenn die AfD Zugang zu exekutiver Macht in den Ländern oder im Bund erhält. Auf der Liste der politischen Gegner stehen Personen, Gruppen und Organisationen, die sich mit der AfD und ihrem extrem rechten Charakter kritisch auseinandersetzen, ganz oben. Das sind keineswegs nur solche, die politisch links stehen. Auch die bürgerliche Flüchtlingshilfe und engagierte Queer-Aktivist*innen sind der AfD ein Dorn im Auge. Die Partei und ihre ideologischen Einflüsterer werden alles ihnen dann zu Gebote stehende tun, um jede Art des Antifaschismus seiner Wirkung zu berauben. Wer das alles für übertriebene Panikmache hält, beschäftige sich näher mit den Geschehnissen in den USA und vor allem mit der Geschwindigkeit, mit der sich dort die autoritäre Formierung vollzieht. Den politischen Willen der AfD und der extremen Rechten, diese Blaupause auch hier umzusetzen, sollten alle, denen an einem Fortbestand demokratischer Mindeststandards gelegen ist, nicht unterschätzen. Dafür wird es nicht ausreichen, wie in den Wochen nach den Nachrichten zum Antifa-Verbot in den USA und den Niederlanden geschehen, in Sozialen Medien lapidare Bekenntnissätze à la »Ich bin Antifa« zu hinterlassen.

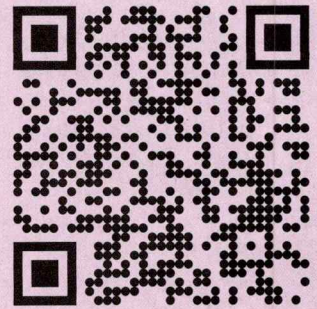
Marcel Hartwig lebt in Halle und Leipzig. Er ist in der Jugendarbeit tätig

Labournet TV ist bedroht.

Seit 2011 unterstützen wir Streiks und Mobilisierungen am Arbeitsplatz mit Videos.

Nun sind wir auf der Suche nach **100 neuen Fördermitgliedern**, um unsere Arbeit auch 2026 fortsetzen zu können.

Werde Teil des Projekts, werde Fördermitglied!



www.labournet.tv/foerdermitgliedschaft



LABOURNET-TV

Es sieht objektiv nicht gut aus im Königreich. Die rechtsextreme Partei Reform UK führt seit Monaten die Umfragen an und laut Daten des Instituts Ipsos im September mit 34 Prozent weit vor Labour (22 Prozent) und den Konservativen (14 Prozent). Umgelegt auf eine Parlamentswahl nach dem britischen Mehrheitswahlrecht gäbe es einen Erdrutschsieg der Rechtsaußen-Partei. Derweil arbeitet der Straßenkämpfer-Flügel der extremen Rechten eifrig, mit viel Unterstützung durch britische Boulevardmedien und mit mindestens moralischer Schützenhilfe mächtiger Brüder im Ungeiste wie JD Vance und Elon Musk daran, Krawalle zu inszenieren, um das Gefühl der Unsicherheit, das in Großbritannien wegen der ökonomischen Verwerfungen ohnehin wächst, zu verstärken, auf dass die extremen Rechten, die den Brand schürten, sich als Feuerwehr empfehlen können.

Die extreme britische Rechte wendet diese in ihrer Rohheit klassisch faschistische Taktik sehr beherzt an. Während Nigel Farage, der Vorsitzende von Reform UK, mit seinem Nussknackergesicht den bei oberflächlicher Betrachtung leutseligen Populisten gibt, der ja »nur« gegen »Sozialschmarotzer«, »illegale Ausländer« und andere Feindbilder der verhetzten Teile des Proletariats und des Mittelstandes polemisiert, ist der mehrfach vorbestrafte Gewalttäter, Drogenhändler, Stalker, Bankbetrüger, Terroristenfreund und Rundum-Drecksack Tommy Robinson für die Mobilisierung des rechten Mobs zuständig.

Nicht alle Britinnen und Briten schauen erschreckt oder gar begeistert dabei zu,

Misogynie, Islamophobie wie auch Islamismus vorgeht. Sie folgt somit nicht dem verkürzten Antifaschismus anderer linker Gruppierungen, die religiös grundierten Autoritarismus oder Faschismus gerne ausblenden, da sie in ihrer Verstrickung mit postkolonialer Theorie nicht zugeben oder auch nur verstehen können, dass es auch einen nicht-weißen und nichtchristlichen Neofaschismus gibt.

Hope not Hate hat die Unterstützung mehrerer Gewerkschaften, Politikerinnen, Intellektueller sowie einer der wenigen nicht rechtspopulistischen Boulevardzeitung, des »Daily Mirror«. Auch die linksliberale Zeitung »The Guardian« arbeitet immer wieder mit der Gruppe zusammen. Enge Beziehungen zu ihr unterhält auch das Jewish Labour Movement, eine der ältesten jüdischen sozialistischen Gruppierungen Großbritanniens. Am Rande sei erwähnt, dass sich der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan, ein sunnitisch-muslim, im Jahr 2019 dem Jewish Labour Movement anschloss, um seine Solidarität mit Großbritanniens Jüdinnen und Juden zu zeigen und gegen den faktisch antisemitischen Kurs von Labour unter der damaligen Führung Jeremy Corbys zu protestieren. Mehr als ein symbolischer Schritt, denn das Jewish Labour Movement ist auch klar proisraelisch positioniert.

Auch die Labour-Abgeordnete Jo Cox engagierte sich bei Hope not Hate. Nachdem die damalige Zukunftshoffnung der Sozialdemokraten von einem Rechtsextremisten 2016 ermordet wurde, benannte ihr Witwer Brendan Cox Hope not Hate als eine der Begünstigten der Stiftung, die in Erinnerung an die Politikerin eingerichtet worden war.

ominös, sie sollten dies bloß nicht voreilig als Sieg feiern.

Hope not Hate verfolgt eine mehrteilige Strategie gegen den Aufstieg der Rechten. Die Antifaschisten halten Vorträge und Seminare, in denen sie Lokalpolitiker lehren, wie man sich gegen die oft persönlich untergriffenen Kampagnen der Rechten wehren kann, sie unterstützen die Koordination von feministischen und antirassistischen Basisgruppen, beraten Journalisten bei Recherchen über Rechtsextreme und engagieren sich gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern. Am effektivsten sind die Aktivistinnen und Aktivisten aber beim Aufdecken rechtsextremer Netzwerke. Als 2011 der norwegische Faschist Anders Breivik 69 junge Sozialdemokratinnen und -demokraten abgeschlachtet und acht weitere Menschen mit einer Autobombe ermordet hatte, outete Hope not Hate die Verbindungen hunderter Unterstützer der rechtsextremen Gruppen National Front und English Defence Force zum Massenmörder.

Eine weitere wichtige britische antifaschistische Organisation ist Unite Against Fascism. UAF steht politisch weiter links als Hope not Hate und hat enge personelle Verbindungen zu den trotzkistischen Kleinparteien Socialist Workers Party und Socialist Action. Wie Hope wurde auch UAF Anfang der nuller Jahre gegründet, als die Rechtsextremen, damals in Gestalt der British National Party besorgniserregend gute Wahlergebnisse einfuhren. 2013 fusionierte die UAF mit Stand Up To Fascism, einer Gruppierung, die einen ähnlichen politischen Hintergrund hatte und teils aus denselben Personen bestand.

Ein Lichtblick

Der Widerstand gegen den Aufstieg der extremen Rechten ist in Großbritannien vergleichsweise gut organisiert.

Von Bernhard Torsch

wie ihr Land in den Griff der Neofaschisten gerät. Eine wichtige Gruppe, die schon seit 2004 gegen den Rechtsruck ankämpft, ist Hope not Hate. Gegründet vom ehemaligen Chefredakteur der antifaschistischen Zeitschrift »Searchlight«, Nick Lowles, ist diese Organisation auch deswegen ein Lichtblick, da sie gleichermaßen gegen Rassismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Homophobie,

Dies verleitete Farage zu einem projektiven Frontalangriff auf die Organisation, der er vorwarf, eine »extremistische Gruppierung« zu sein, die »gewalttätige und undemokratische Ziele« verfolge. Hope not Hate klagte und kurz vor der Verhandlung bot Farage eine außergerichtliche Einigung an. Die Antifaschisten nahmen diese an, doch Farage being Farage musste nachtreten und sagte

UAF genießt die Unterstützung bedeutender britischer Gewerkschaften, hat aber wesentlich weniger Rückhalt in den etablierten Parteien. Das liegt zum Teil daran, dass UAF an ihren Rändern eine unscharfe Abgrenzung gegen den militanten und unorganisierten Antifaschismus hat und sich außerdem nie zu einer klaren Verurteilung islamischer Faschismusvarianten durchringen



Freigesetzter Ultranationalismus: Ein Mob aus 100.000 Leuten nimmt am Aufmarsch »Unite the Kingdom« der extremen Rechten teil, London, September 2025

konnte. In trotzistischer Tradition führen Fraktionen von UAF zwar keine permanenten Revolution, aber immerhin einen permanenten Intrigen-Krieg gegeneinander.

Natürlich gibt es in Großbritannien auch die Antifa, wie man sie kennt und, falls man kein Faschist ist, auch schätzen sollte. Kleine, autonom agierende Zellen ohne hierarchische Strukturen, die sich meist aus anti-autoritären und anarchistischen Linken zusammensetzen und sich beim Kampf gegen Faschisten und Neonazis nicht an die Gesetze ihrer jeweiligen Staaten gebunden fühlen. Da diese Antifa keine Führung akzeptiert, keine Mitgliedsausweise vergibt und keinen Parteien nahesteht, ist sie für die bürgerlichen Repressionsapparate schwer zu fassen. Das weiß wohl auch der US-Präsident Donald Trump, der die Antifa genau deswegen zu einer Terrororganisation erklären ließ, denn was die tatsächliche Antifa schützt, kann nun allen anderen Antifaschistinnen, ja jedem Gegner des amerikanischen Rechtsautoritarismus zum juristischen Verhängnis werden.

Im parteipolitischen Feld ist der aus Labour rausgeworfene Jeremy Corbyn wieder hochaktiv und hat zusammen mit Zarah Sultana eine neue linke Partei gegründet, Your Party. Programmatisch erinnert diese an das Bündnis Sahra Wagenknecht, mit linken sozialpolitischen Positionen bei gleichzeitiger Blindheit gegenüber dem imperialistischen Charakter von Putins Möchtegern-Eroberungskrieg und, fast möchte man sagen »natürlich«, einer strikt propalästinensischen und antiisraelischen Positionierung. Ob diese neue Partei mehr zustande bringt, als Labour für Reform UK aus dem Weg zu boxen, ist ebenso fraglich, wie es nicht wünschens-

wert ist, wenn sich eine linksantisemitische Partei etablierte. Ob Your Party Labour dazu bewegen wird, einen dringend nötigen wirtschaftspolitischen Schwenk nach links zu vollziehen, ist ungewiss und dürfte, nach ähnlichen Erfahrungen in anderen Staaten, eher Wunschdenken sein.

Während sich die antifaschistischen Kräfte Großbritanniens gegen die Normalisierung eines Neofaschismus stemmen, surfen die Rechten derzeit auf einer Welle aus den ausgerechnet von ihnen selbst ausgelösten ökonomischen Brexit-Schockwellen und können sich dabei auf die Unterstützung von politisierenden Milliardären verlassen. Ob es dauerhaft gut ankommt, dass Reform UK und ihre Schlägertrupps inzwischen wie eine Filiale von MAGA wirken, bleibt abzuwarten. Auch die immer deutlicher werdenden Verbindungen in den Kreml könnten den angeblichen Oberpatrioten schaden. Im September bekannte sich etwa Nathan Gill, der zuvor Spitzenkandidat der rechtsextremen Partei Reform UK für Wales sowie Abgeordneter im Europaparlament gewesen war, schuldig der Bestechung. Achtmal hatte er Geld von Oleg Voloshyn angenommen, einem ukrainischen Journalisten und Politiker, der in Wahrheit ein russischer Agent ist und im Auftrag Putins nicht nur die Ukraine zu destabilisieren versuchte, sondern auch westliche Politikerinnen und Politiker zu rekrutieren trachtete.

Es steht aber zu befürchten, dass alle antifaschistische Aufklärungsarbeit und alle Verstrickungen der extremen Rechten in Bestechungsskandale wenig nützen werden, sollte der wirtschaftliche Abwärtstrend in Großbritannien anhalten. Und zum jetzigen Zeitpunkt sieht es so aus, als würde die

schrumpfende und vom Abstieg bedrohte Mittelklasse es ebenso gern mal mit Faschismus versuchen wie Teile der obersten fünf Prozent. Das Kleinbürgertum hingegen hat sich, marxistischen Vorhersagen spottend, nicht aus der Geschichte verabschiedet, sondern setzt in Großbritannien inzwischen dazu an, die Mittelklasse ökonomisch zu überholen. Bereits hat es regelrechte Stars wie Charlie Mullins hervorgebracht, einen Klempner, der Londons größte Sanitärfirma aufgebaut hatte und diese dann für 145 Millionen Pfund verkaufte. Bevor er seine Firma verhökerte, war Mullins gegen den Brexit und gegen Ukip, die Vorgängerorganisation von Reform UK. Als schwerreicher Privatier ist er aber der typische Kunde von Reform UK, würde er doch sehr von Farages angekündigten weiteren Steuersenkungen profitieren. Andere Kleinbürger jedoch leiden unter dem schon jetzt akuten Mangel an Arbeitskräften und wünschen sich daher keine weitere Isolation Großbritanniens. Diese nicht mehr traditionellen Deutungsmustern folgende, sich schnell verändernde britische Klassengesellschaft sollte analysieren, wer verstehen will, wer die Rechten wählt und wer vielleicht als Bündnispartner gegen sie gewonnen werden kann. Da der Weltgeist bekanntlich viel Humor hat, könnte es auch sein, dass ausgerechnet die Kleinbürger Reform UK noch aufhalten, da ihnen bei einer Umsetzung einer strikt xenophoben Politik die Mitarbeiter verlustig gehen könnten, die sie für die Erfüllung ihres Wunsches nach wirtschaftlichem Aufstieg doch so dringend brauchen.

Bernhard Torsch schrieb in konkret 10/25 über das Buch *Die Freiheit nehm' ich Dir*

»Sexismus wird wieder zum Nebenwiderspruch erklärt«

Interview mit der Gesellschaftstheoretikerin Roswitha Scholz über den Zustand der feministischen Theorie



Konkret: Ihr neues Buch heißt *Back to the Roots*.

Roswitha Scholz: Der Titel bezieht sich, wie der Untertitel sagt, auf die Regression in der marxistisch-feministischen Theoriebildung, eigentlich auf die linke Theoriebildung insgesamt, denn die bildet ja oft den Untergrund für feministische Theorien. Und da lässt sich ein Rückgriff auf den alten Arbeiterbewegungs-Marxismus mit Klassenkampf und Arbeitsontologie beobachten und auf den arbeitstüchtigen und -willigen Otto-Normalbürger. Da versucht man, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homo- und Transphobie einfach wieder über den Klassenwiderspruch zu erklären. Das ist zusammengefasst meine Kritik an der aktuellen linken Theoriebildung.

Wie kommt es zu dieser Regression?

Die findet vor dem Hintergrund der allgemeinen Regression in der Weltgesellschaft statt – der Rechtswende, der Hinwendung

zum Nationalismus, der Nationalisierung von Kapital durch Zölle und so weiter, mit der man darauf reagiert, dass es mit der Globalisierung nicht geklappt hat, obwohl abzusehen ist, dass das nicht hinhaut, sondern die Krise noch verschärft. Vor diesem Hintergrund muss man auch den linken Rückgriff auf den Klassenkampf-Marxismus und die Arbeitsontologie sehen. Er ist ein Reflex auf diese krisengeschüttelten gesellschaftlichen Verhältnisse und das linke Pendant zur rechten Regression.

Was ist denn das Problem mit dem Klassenbegriff?

Das Problem mit dem Klassenbegriff ist, dass er heute gar nicht mehr greift. Der Klassenbegriff, wie er bei Marx noch zu finden ist, kann die aktuellen Verhältnisse nicht mehr treffend beschreiben, denn die Gesellschaft hat sich von einer Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit einer breiten Mittelschicht entwickelt. Die zentrale Ursache für die Regression liegt hier: In der Angst der Mittelschichten vor dem sozialen Abstieg. Marx spricht in diesem Zusammenhang vom prozessierenden Widerspruch: Im Zuge der Produktivkraftentwicklung werden immer mehr Arbeiten wegrationalisiert bei gleichzeitig steigendem Produktionsausstoß. Zentral ist dabei, dass die abstrakte Arbeit nichts Ontologisches ist, sondern ein historisches Produkt des Kapitalismus und des Patriarchats, das in Frage gestellt werden muss. Daher kann auch der Arbeiter nicht mehr der sein, an den man einfach appelliert.

War er das jemals?

Das ist ja gerade der Gag. Bekanntlich ist ja auch das Proletariat ins Faschistische gekippt, schon in den dreißiger Jahren. Dieses ganze Konzept von der Klasse an und für sich von Marx hat sich total blamiert. Und es blamiert sich auch heute. Man könnte sich auf die Frankfurter Schule besinnen, wo in

der *Dialektik der Aufklärung* steht, dass der Mensch im Zuge der Selbsterhaltung zum Lurch wird. Also dass er zum Reizreaktionswesen wird, das seine Existenz nicht mehr in Frage stellt und sich mit den Verhältnissen gleichmacht.

Und was ist das Problem der marxistisch-feministischen Analyse?

Nehmen wir zum Beispiel die *Social Reproduction Theory* von Lise Vogel. Das Buch ist schon 1983 erschienen, wird aber gerade heftig diskutiert. Vogel nimmt den Marx so, wie er ist – also den Klassenkampf-Marx, nicht meinen Fetisch-Marx –, und pinselt den Reproduktionsbereich dann einfach feministisch aus. Was sie nicht macht, ist die Frau als das andere zu fassen, als Tätige in diesem Reproduktionsbereich, der minder bewertet ist. Dieses andere umfasst bei mir ja die sozialpsychologische Seite: also die Abspaltung auch innerhalb des männlichen Subjekts, das zugeschriebene weibliche Eigenschaften als minderwertig setzt, und der Umstand, dass sich das auch in naturwissenschaftlichen, theologischen und philosophischen Diskursen nachweisen lässt. Außerdem ist die Wertabspaltung ein Prozess. Früher gab es eine Polarisierung der Geschlechtscharaktere: Der Mann ist rational mit starkem Über-Ich und die Frau emotional und sinnlich und bla bla bla. Aber das ist nicht so geblieben. Seit den siebziger Jahren werden immer mehr Frauen erwerbstätig, das Bildungsniveau ist gestiegen. Heute machen mehr Frauen Abitur als Männer. Sie gelten heute ja nicht mehr nur als Hausfrauen, sondern sind, wie Regina Becker-Schmidt sagt, doppelt vergesellschaftet. Trotzdem ist es immer noch so, dass Frauen statusmäßig unter den Männern stehen.

Sie schreiben in Ihrem Buch, die gesellschaftliche Regression lasse sich schon seit Jahrzehnten in der Mitte der Gesellschaft nachweisen, habe aber in den letzten Jah-

ren Fahrt aufgenommen. Wann war das? Mit der Krise der Globalisierung 2007, 2008?

Wilhelm Heitmeyer beschreibt diese Regression schon in den achtziger Jahren, als die Republikaner Wahlausschläge hatten. Und die von Ulrich Beck beschriebene »Individualisierung«, die in dieser Zeit einsetzt, führte ja zu großen Verunsicherungen und zur konservativen Wende der Kohl-Jahre. Nach der »Wiedervereinigung« kamen dann Rostock, Mölln und Solingen. Aber richtig los ging es 2007, 2008 mit dem Finanzcrash. Dem folgten die Eurokrise, die Griechenlandkrise und Mitte der zehner Jahre die Flüchtlingsbewegungen. Und das Resultat sind solche Figuren wie Trump und dass in ganz Europa rechte Parteien auf dem Vormarsch sind. Den Finanzcrash haben meines Wissens in der Linken nur zwei Leute vorausgesehen: der amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein vor dem Hintergrund sei-

Gehört zur linken Regression auch, dass man glaubt, sich für Sexismus, Rassismus et cetera nicht mehr interessieren zu müssen?

In der Gegenüberstellung von Klassen- und Identitätspolitik schwingt der Affekt gegen die Wokeness mit. Den verkörpert zum Beispiel das BSW. Etwas anderes ist der Versuch, den »Z«, die Zeitschrift für marxistische Erneuerung, macht, das Problem der Intersektionalität über die Klassenkampfschiene zu erklären und zu lösen. Da finden sich keine plumpen Sexismen, aber da werden Rassismus und Sexismus und so weiter wieder zu Nebenwidersprüchen erklärt. Sexismus findet also nicht direkt statt, ist aber schon angelegt.

Wobei man natürlich auch sagen muss, dass die Identitätspolitik ebenfalls zu kritisieren ist. Die ist ja nicht total unschuldig, sondern selber autoritär geworden. Ich habe



Das Glück der doppelten Vergesellschaftung:
Diane Keaton in der US-Komödie »Baby Boom« (1987)

ner Weltsystemanalyse und Robert Kurz mit seiner Krisentheorie. Vorher ist er dafür verlacht worden. Das war der Kollaps-Kurz.

Warum regrediert linke Theoriebildung in der Krise des Kapitalismus? Müsste nicht eigentlich das Gegenteil der Fall sein?

Gerade nach 2008 haben sich viele Marx-Lesekreise gebildet, es gab eine neue philosophische Marx-Lektüre, Sammelband um Sammelband ist erschienen. Aber das war ein relativ kurzer Trend, und mit dem Aufstieg der Rechten ist die Linke wieder zu diesem Klassenkampf-Marxismus übergegangen und zu einem nicht geringen Teil zum Vulgär-Marxismus, weil auf die Linke zutrifft, was auf die Gesamtgesellschaft zutrifft, nämlich dass man sich in Krisenzeiten an alten Gewissheiten bzw. Dummheiten orientiert.

einen dezidiert antiziganistischen Text geschrieben, in dem öfter das Wort Zigeuner vorkam. Und dann hat tatsächlich bei einer Veranstaltung einer mitgezählt, wie oft ich diesen Begriff verwende. Wie der alte Oberstudienrat, der dauernd irgendwelche Rechtschreibfehler am Rand markiert. Total formalistisch. In einem Text über Antiziganismus muss auch die Negativkonnotation, wie sie in der Dominanzgesellschaft gebräuchlich ist, vorkommen. Sprachkritik hat ja nur dann einen Sinn, wenn sie den Kontext und die Intention berücksichtigt. ●

Roswitha Scholz: *Back to the Roots. Zur Regression marxistisch-feministischer Theoriebildung heute. Texte aus 30 Jahren.* Zu-Klappen-Verlag, Springe 2025, 334 Seiten, 32 Euro

TERMINE

31.10.–01.11. Berlin, Kopenhagener Straße 9: »18. Wissenschaftliche Peter-Hacks-Tagung«; Podiumsdiskussion und Tagung, unter anderem mit Ingar Solt, Özlem Demirel und Jörg Kronauer
01.11. Braunschweig, 10 Uhr, Kulturzentrum Brunsviga, Karlstraße 35: »Krieg als neue Normalität. Wie Politik und Medien militärisches Denken in der Gesellschaft prägen«; Vortrag von Mandy Tröger

04.11. Köln, 18 Uhr, Universität zu Köln, Seminargebäude, Raum S14, Universitätsstraße 37: »Hannah Arendt und die Linke«; Lesung und Gespräch mit Emmanuel Faye

06.11.–20.11. Köln, Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz: »Aktionswochen gegen Antisemitismus«; unter anderem mit Jakob Baier, Luise Henckel, Sven Ellmers, Nikolas Lelle, Niklaas Machunsky und Olaf Kistenmacher

17.11. Miesbach, 18 Uhr, Kulturhaus zur goldenen Parkbank, Rosenheimer Straße 2a: »Antisemitismus und die AfD«; Buchvorstellung mit Stefan Dietl

18.11. Düsseldorf, 19.30 Uhr, Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Straße 1: »Jean Paul als Aphoristiker. Ein dialogischer Vortrag zu seinem 200. Todestag«; mit Friedemann Spicker und Jürgen Wilbert, Eintritt 6 Euro

19.11. Düsseldorf, 19 Uhr, Jüdische Gemeinde, Paul Spiegel-Platz 1: »Projektiver Antizionismus: Antisemitismus gegen Israel vor und nach dem 7. Oktober«; Vortrag von Stephan Grigat

20.11. Bremen, 19 Uhr, Kulturzentrum Kukoon, Buntentorsteinweg 29: »Kritik des Rassismus«; Vortrag und Diskussion mit Ulrike Marz

20.11. Frankfurt a. M., 19 Uhr, Ort wird nach Anmeldung bekanntgegeben: »Gewalt als Bild. Die Bilder vom 7. Oktober im Spiegel der visuellen Erinnerung an die Shoah«; Vortrag von Tobias Ebbrecht-Hartmann

21.11.–23.11. Hamburg, an verschiedenen Orten: »Gegen Feminizide und geschlechterbasierte Gewalt. Gewalt gegenüber Frauen* muss endlich enden«; Konferenz unter anderem mit Judith Goetz und Eike Sanders

27.11. Berlin, 18 Uhr, Mathilde-Jacob-Saal der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8a: »Normal. Eine Besichtigung des Wahns«; ein Abend gegen Irrationalismus und instrumentelle Vernunft mit Thomas Ebermann und Thorsten Mense

28.11. Bonn, 19 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Straße 76: »500 Jahre Bauernkriege. Widerstand gegen Landraub und Ausbeutung von 1525 bis heute«; Buchvorstellung mit Florian Hurtig

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

Die Straße frei der roten Jugend!« Rote Schlauchschals im Gesicht, Hammer und Sichel aus Pappmaché über den Köpfen tragend: Anfangs wirkten die Blöcke autoritärer Gruppen auf linken Demos lächerlich altbacken. Doch erwiesen sich diese Wiedergänger aus der Vergangenheit als ziemlich agil. Mit Bezügen zu Lenin, Stalin und Mao treten die Antiimperialisten vom alten Schlag mit dem Anspruch auf, Avantgarde zu sein. So inszenierten sie medial wirkungsvoll die Besetzung der Roten Flora in Hamburg. Andere linke Läden überziehen sie mit Boykottaufrufen. In Dresden und Leipzig kaperten sie die Kritischen Einführungswochen an den Universitäten – eigentlich von undogmatischen linken Gruppen organisierte Veranstaltungen. Besonders junge Menschen erreichen sie mit ihren schlichten Gesellschaftsanalysen, locken mit einer vermeintlich historisch abgesicherten Revolutionstheorie. Durch die antiisraelischen Proteste der letzten zwei Jahre bekamen sie noch mehr Zulauf.

te den Hamas-Überfall vom 7. Oktober als »Befreiungsschlag«.

Ähnliches ereignete sich 2023 in Leipzig auf einer Demonstration gegen steigende Energiekosten. Gruppen wie Solidaritätsnetzwerk, Zora und Föderation kommunistischer Organisationen (FKO) traten als Block mit Palästina-solidarischen Schildern auf. Auf Gedenkdemonstrationen zum rassistischen Terroranschlag in Hanau tauchte die Parole auf: »Von Hanau bis nach Gaza – yalla Intifada!« Die Pro-BDS-Demo anlässlich der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig im Frühjahr 2025 wurde maßgeblich von solchen Gruppen getragen.

YS zählt zu den sogenannten roten Gruppen. Sie erinnern in Dogma und Hierarchie an die K-Gruppen der siebziger Jahre. Zu ihrem Erbe zählen Befreiungsnationalismus und als Antizionismus camouflierter Antisemitismus. Ihre aggressive wie einseitige Palästina-Parteinahme ist nicht neu, aber die Gruppen holen sich damit derzeit selbst aus der Deckung.

Autoritäre Renaissance

Autoritäre antiimperialistische Gruppen versuchen, mit einfachen Antworten, stalinistischen Merksätzen und straffen Hierarchien insbesondere junge Menschen zu rekrutieren.
Von Tobias Prüwer

»Wir haben die für morgen geplante Demonstration »Ihr kriegt uns nicht klein – Rechte Strukturen zerschlagen« in Eisenach kurzfristig abgesagt.« Die Nachricht der Thüringer Antifaschisten im Herbst 2023 erhellte schlaglichtartig ein Problem, das viele vorher höchstens am Rande wahrgenommen hatten. Die Gruppe Young Struggle (YS) bestand gegen den ausdrücklichen Wunsch der Veranstaltenden auf einer Teilnahme an der Demo. Diese sagten sie ab. Denn YS vertritt antisemitische Positionen und feier-

Hinter gerade besonders lärmenden Gruppen steckt wesentlich eine Organisation, die sich Kommunistischer Aufbau (KA) nennt. In Leipzig etwa etablierte sich 2019/20 eine kleine Zelle der Organisation. Anfangs aus zwei, drei Leuten bestehend, bildeten sich um den KA weitere ähnliche Zusammenschlüsse. Fast gleichzeitig entstanden KA-Ableger in Dresden und Chemnitz, weshalb man von einer gezielten Kampagne ausgehen kann: Nach dem Vorbild der alten K-Gruppen wurden vermutlich Kader aus dem We-

sten geschickt, um im von undogmatischen Linken geprägten Osten regionale Verbände aufzubauen. Neben dem KA existieren Gruppen wie der Rote Aufbruch oder die Kommunistische Partei (KP), ehemals kommunistische Organisation.

In Westdeutschland, wo es diese Gruppen schon länger gibt, wurden sie lange eher verspottet. Doch auch dort gewinnen sie an Einfluss innerhalb der radikalen Linken: Die Aachener Jugendantifa etwa nannte sich just in Rote Jugend Voran! um. All diese Organisationen agieren nicht gemeinsam und sind sich oft spinnefeind, bilden aber ein stalinistisch-maoistisches Spektrum. In Bündnisarbeit suchen sie Dominanz. Sie agieren intransparent und setzen sich auf Themen wie den Mietprotest. Und sie drängen sich in Demonstrationen hinein, wie beim Hanau-Gedenken und bei Black Lives Matters zu sehen war.

Die vielen Gruppennamen verschleiern, dass es sich oft um dieselben Leute handelt: Wenn YS, Zora und FKO (Föderation klassenkämpferischer Organisationen) auf den Fahnen stehen, signalisiert das Masse und Vielfalt. Laut Selbstdarstellung sehen sich alle diese Gruppen jeweils an der Spitze einer proletarischen Revolution und wollen eine neue kommunistische Partei alten Typs aufbauen. Ihre antiimperialistische Ideologie stammt aus den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Mao Zedong und Che Guevara machten sie populär und versprühten *revolutionary chic*. Ihre Stärke ist ihr integraler Dogmatismus. Mit der durch Lenin personifizierten Oktoberrevolution beruft sich dieser Antiimperialismus auf einen historischen Erfolg. Sein manichäisches Weltbild teilt die Menschheit in leidende Völker und imperialistische Ausbeuter. Alle gegen letztere gerichteten Kämpfe sind automatisch antiimperialistisch und damit gut. Der Antiimperialismus verbindet Lenins Theorie des Imperialismus, die Idee einer sich zuspitzenden Monopolbildung auf globaler Ebene als letzter Phase des Kapitalismus, mit Maos Kriegstheorie. Mit der Vorstellung der permanenten Revolution und des Partisanenkampfes können die roten Gruppen sich einreden, Vorhut einer kommenden Revolution zu sein. Mit der Hinwendung zu Kämpfen in der sogenannten Dritten Welt wird der Antiimperialismus ethnisiert: Es geht nicht mehr um Klassenkampf, sondern um Völker, die homogen gedacht werden. Das Individuum verschwindet so in einer völkischen Vorstellung. Hauptfeind sind die USA beziehungsweise USA und Israel auch »USrael«.

Antiimperialistische Parteinahme galt den »unterdrückten« Ländern, Binnenwidersprüche in Befreiungsbewegungen wurden ignoriert. Das entsprach Maos Widerspruchsidee: Auch komplexe gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sollten sich auf einen zu bekämpfenden Hauptwiderspruch

reduzieren lassen, nach dessen Überwindung sich auch jeder andere Antagonismus auflösen würde. Unter diesen Prämissen konnte sich die antiimperialistische Internationale mit allen Gruppen solidarisieren, die irgendwo einen Befreiungskampf führten oder dies behaupteten. Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen et cetera konnte man übergehen. So nannte der KA den Terror vom 7. Oktober 2023 »die größte Militäroperation des palästinensischen Widerstands der letzten Jahre«. Israel sei »kein normaler Nationalstaat«, sondern »ein multinationales Gemisch« und »siedlerkoloniales Projekt«, urteilte die KP, die im antisemitischen Duktus übliche Wurzellosigkeit der jüdischen Globalisten andeutend. »Im Ziel der Befreiung ist der Widerstand vereint: Alle nationalen Kräfte des palästinensischen Widerstands haben gemeinsam die Operationen seit dem siebten Oktober geplant und durchgeführt. Islamische, nationalistische und kommunistische Kräfte kämpfen Seite an Seite.«

Indem dieses dichotomische Verständnis eine komplexe Welt in Gut und Böse einteilt, macht es sie übersichtlich und vermittelt die Gewissheit, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Das befriedigt ein Gemeinschaftsbedürfnis, für das gerade junge und politisch Unerfahrene empfänglich sind. In diesem Zusammenhang wird auch die Wiederkehr des Volksbegriffs als politische Kategorie verständlich. »Volksverräter« beispielsweise wurde auf Wahlplakate in Leipzig gesprüht – mit Hammer und Sichel verziert. »Auch nehmen wir als Internationalisten keine feindliche Haltung zur Heimatverbundenheit oder den patriotischen Gefühlen der Massen ein«, heißt es entsprechend bei der KP. Wo man hingegen linke Gegner so einordnet: »Zwischen den ›Antideutschen‹, die der Rechten zurechnen sind, und Teilen der kleinbürgerlichen ›Linken‹ üben bestimmte ›antinationale‹ Spektren eine Scharnierfunktion aus.«

Inwieweit sich in dieser Hinwendung zum Autoritären das allgemein gegenwärtige Bedürfnis nach Unterwerfung spiegelt, muss hier Spekulation bleiben. Neu an der Ideologie der roten Gruppen ist, dass sie über Untergruppen mit vorgeblich feministischen Bezügen verfügen.

Für junge Leute sind die roten Gruppen sicherlich auch deshalb attraktiv, weil sie das Gefühl vermitteln, die Avantgarde in einem linear verstandenen Geschichtsverlauf zu sein. Man beruft sich auf den historischen Materialismus, der an einen unvermeidlichen Ablauf der Geschichte glaubt. Gemäß Lenins Vorgabe ist die Partei Motor der Revolution. Als solchen sehen sich die Gruppen. Das Individuum verschwindet im straf-

fen Kollektiv und erfährt hier Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Stärke, wenn es in Blockstärke im Fahnenmeer auftreten kann. Schon die K-Gruppen in den Siebzigern hatten einen sektenartigen Charakter, der die Aktivisten unter psychischen Druck setzte. Ähnliches hört man über ihre heutigen Wiedergänger. So veröffentlichte ein ehemaliges Funke-Mitglied in der Schweiz einen Brandbrief. Der Funke ist Teil der zentralistischen von London aus geführten Internationalistischen Marxistischen Tendenz. Der deutsche



Last call to all passengers: Die Lokomotive »Mao Zedong«, Beijing, China, 2024

Ableger gründete sich Ende 2024 als Deutsche Revolutionäre Kommunistische Partei neu. Ideologische Führungsperson des autoritären Netzwerks ist Alan Woods. Das Ex-Funke-Mitglied kritisiert den Personenkult und den Gruppendruck, durch den Mitglieder zum Spenden motiviert werden. Neueinsteiger stellt man durch vermeintlich private Treffen unter Dauerkontakt, um sie ideologisch an sich zu binden. Verbindungen zu Menschen außerhalb der Gruppe sollen minimiert werden.

Der Umgang mit dieser autoritären Linken wird sceneintern diskutiert. Manche Beobachter raten zu Gelassenheit. Das würde sich schon auswachsen, und es sei gut, dass junge Menschen überhaupt politisiert seien. Andere sprechen sich gegen eine Zusammenarbeit aus. Den Aufruf »Keine Kumpanei mit linken Antisemit:innen!« unterzeichneten 41 Gruppen: »Entschieden wird aber nicht im Blog oder auf Twitter, sondern indem für die richtigen Themen auf die Straße gegangen wird und korrekte Menschen sich für unterstützenswerte Themen politisch organisieren. Dass die antisemitischen Gruppen Zulauf erhalten, ist auch einem Versagen emanzipatorischer Zusammenhänge bei der Antifa-Jugendarbeit geschuldet.«

Die Gruppen selbst sind rabiat zugange. Die Strecke einer BDS-Demo in Leipzig soll-

te an einem Israel-solidarischen Wohnprojekt vorbeiführen. Teilnehmer der Demo versuchten später an Gegendemonstranten heranzukommen. Bundesweit richteten sich Boykottaufrufe an Künstler, Israel-solidarische Läden zu meiden. Zuletzt fiel in Dresden das selbstorganisierte Paranoia-Fest nach spontanen Band-Absagen ins Wasser – die antinationale Veranstaltung untersagte einer Band das Hissen der Palästina-Flagge. »Den Bands wurde klar gemacht, dass sie keine Gelegenheit mehr bekommen sollten, in anderen Teilen von Europa zu spielen, wenn sie auf unserem Festival auftreten«, so die Veranstalter. »Einzelpersonen wurde klar gemacht, es wäre besser sich von dem Festival zu distanzieren.« Das ist kein Einzelfall.

Der Erfolg der roten Gruppen resultiert zum einen aus den von ihnen vermittelten Gefühlen von Gewissheit und Gemeinschaft, zum anderen aus dem sogenannten Larpn, einer Art des Rollenspiels. Rote Gruppen tragen alte Symbole – mitunter aus Pappmaché – vor sich her. Sie frönen einem Märtyrerkult, wenn eine Jugendbroschüre fragt: »Werde ich unseren unsterblichen GenossInnen gerecht?« und dann in Kriegen Gefallene porträtiert. Unfreiwillig komisch ist ihre Sprache, wo alles als »notwendig, richtig, objektiv« bezeichnet wird. Ein Gruppenaccount twitterte: »Der sozialistische Block läuft diszipliniert in Reihen.« Und: »Unter der Parole ›Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft‹ wurde im sozialistischen Block erneut ein Rauchtopf gezündet.«

Trotz solcher Folklore sind die Gruppen nicht zu unterschätzen. Man kann ihnen allerdings nur inhaltlich beikommen und indem man versucht, die Lücke zu füllen, welche die autonome Selbstorganisation geschaffen hat. Denn ihr latenter Erfolg besteht in der Schwäche der Antiautoritären beziehungsweise der fehlenden Wirksam- und Sichtbarkeit und dogmatisch-linksradikaler Politik. Die alten K-Gruppen waren eine Reaktion aufs Scheitern der spontaneistischen 68er. Ihr neuerliches Auftreten kann als Anlass betrachtet werden, die eigene Attraktivität zu erhöhen, sich mehr in Jugendarbeit und im vopolitischen Feld zu engagieren und materialistischer Kritik und sozialer Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, statt gefühlt nur das Feld der Identitäten zu beackern. Das immunisiert gegen die roten Gruppen und macht antiautoritäre Ansätze insgesamt wieder sichtbarer. ●

Tobias Prüwer lebt als Journalist in Leipzig. Er ist Autor von *Kritik der Mitte (Parados)* und *1525: Thomas Müntzer und die Revolution des gemeinen Mannes* (Salier)

Jetzt, wo eine starke rechte Bewegung nicht nur in den USA alles, was als »woke« benannt wird, in einem Kulturkampf zurückzudrängen oder gar zu »vernichten« sucht, findet sich die US-Linke in einer fast beklemmenden Zuschauerrolle wieder. Verantwortlich für diese Schwäche ist zumindest teilweise die autoritäre Identitätspolitik der letzten Jahre.

Oberflächlich geht es bei der Aufregung um die Identitätspolitik oft um die Frage, wer legitimiert ist, sich zu welchen Unterdrückungsverhältnissen und mit welchen Begrifflichkeiten zu äußern? Über dieser Frage frant der gemeinsame antifaschistische Kampf aus in identitäre Einzelkämpfe, die puristisch voneinander getrennt geführt werden. Die sehr wohl wechselseitig verschränkten Diskriminierungsformen müssen sich nun erst wieder intersektional solidarisch aufeinander beziehen, um nicht im Kampf um Aufmerksamkeit zerfasert zu konkurrieren.

leuchtend erscheint dabei das eingeschränkte Verständnis von Sprache der identitätspolitischen Bewegung. Obwohl sich der überwiegende Teil dieser Bewegung positiv auf Judith Butlers *Queer Theory* bezieht, sieht Butlers Auffassung von Sprache, in der Begriffe dynamisch umkämpft und verschoben werden können, vollständig anders aus, als der von Verboten und Nicht-Sagbarkeiten zurückgestutzte Sprachraum der identitätspolitischen Bewegung. Derartige Versuche der autoritären Sprachregulation weist Butler als antiintellektuell und widerstandsverhindernd zurück.

Den Sprechakt maßgeblich festgelegt zu sehen durch die Sprechposition, in der die gesamte Erfahrung eines Sprechers kondensiert, ist eine ähnlich apolitische Reduktion im identitätspolitischen Diskurs. Lässt sich deutsche Kolonialgeschichte wirklich nur aus der schwarzen Perspektive erzählen und verstehen? Natürlich nicht – es gibt nicht die eine homogenisierte, schwarze Sichtweise,

möglichen ihm nur unter bestimmten Voraussetzungen analytische Schlüsse über Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus. Ein mit Millionen von Texten trainiertes Sprachmodell wie ChatGPT sammelt mehr Erfahrungen (kodierte in statistischen Häufigkeiten von Wortbeziehungen) als jeder Mensch und dennoch hat es keine Ahnung von den Dingen, über die es schreibt. Die notwendige Unterscheidung zwischen Erfahrung (Korrelationen) und Verstehen (Kausalität) bedeutet dabei keine Relativierung der gemachten Erfahrungen und auch keine Herabwürdigung der Erfahrungen machenden Person. Beide bilden zusammen die Grundlage für eine weitergehende beziehungsweise korrigierende Theoriebildung.

Das gewollt Binäre eines stereotypisierenden Identitätsbegriffs, der bewusst statisch im *wir* und *die* verharret, scheint im identitätspolitischen Diskurs allenthalben auf und wird der Komplexität von (Macht-)Beziehungen an keiner Stelle gerecht. Es er-

Identitätspolitik unter Beschuss

Die autoritären Tendenzen großer Teile der identitätspolitischen Bewegung haben die Linke zusätzlich geschwächt. Von Guido Arnold

ren. Statt dessen ginge es um eine linke Politik, die nicht nur um Anerkennung spezifischer Unterdrückungsformen innerhalb der bestehenden Verhältnisse kämpft, sondern für die Überwindung eben dieser Verhältnisse. Hier liegt ein eklatantes theoretisches und praktisches Versäumnis der aktuellen identitätspolitischen Strömungen, deren ganz und gar nicht radikale Perspektive mit einer stigmatisierungsreduzierten Integration in eine neoliberale Gesellschaft vereinbar ist. So weit, so schlecht.

Im Einzelnen: Es dürfte unstrittig sein, dass von Rassismus, Sexismus, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie anderen Diskriminierungen Betroffene sich gegenüber einer ignoranten Mehrheitsgesellschaft mehr Gehör verschaffen sollten, um die Öffentlichkeit für diese Themen zu sensibilisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. Weniger ein-

sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen, sogar widersprüchlichen (schwarzen) Standpunkten und Perspektiven. Die autoritäre Reduktion auf ein stereotypes *wir* und ein *die* treibt Robin DiAngelo in ihrem Buch *White Fragility* auf die Spitze, indem sie von Weißen folgende Etikette im Gespräch mit Schwarzen über »race« einfordert: »Widersprich nicht! Widersetze dich nicht! Schweige nicht! Entziehe dich nicht!« – kein besonders spannendes Gespräch; eher ein Orwell-scher Podcast.

Die einer kollektiven Identität zugeordnete Erfahrung wird darüber hinaus noch mit Verstehen gleichgesetzt. Viele Erfahrungen zu sammeln, ist eine hilfreiche Vorbedingung, aber keineswegs hinreichend für eine tiefere Erkenntnis. Ein Mensch, der Jahrzehnte auf der Straße lebt, hat viele Erfahrungen von Armut gemacht, aber die er-

scheint wie ein viel zu grober Holzschnitt – nicht aus Unvermögen, sondern in ideologischer Absicht. Das autoritär-identitäre Aufsplitten von Menschen nach künstlich vereindeutigter Gruppenzugehörigkeit sorgt für eine polarisierende Dynamik von Selbsteinschluss und Blasenbildung im (linken) Diskursraum. Diese Blasen zeichnen sich dadurch aus, dass *innerhalb* eine große Übereinstimmung an Wahrnehmungen und Meinungen besteht, während *nach außen* hin (zu anderen Blasen) eine gesteigerte Abgrenzung bis zur Feindseligkeit besteht.

Eine derartige soziale Fragmentierung (wie sie übrigens auch innerhalb einer zutiefst verunsicherten Linken hinsichtlich der Covid-Pandemie vorherrschte) lässt sich durch ein einfaches Gesellschaftsmodell beschreiben, welches alleinig die Dynamik einer binären Meinungsbildung (dafür oder



Picture Alliance / The Advertising Archives

Widerstand als Marke: Werbekampagne der Bekleidungsfirma Benetton, 2004

dagegen) zusammen mit der Dynamik binärer Freundschaftsbeziehungen (Freund oder Feind) in seine Vorstellung eines sozialen Gleichgewichts integriert. Die einzige Vorgabe, ein kategorisches Entweder-Oder bei der Bildung von Meinungen und Freundschaften reicht aus, um eigentlich komplexe soziale Prozesse von Ein- und Ausschluss erschreckend zutreffend zu beschreiben – verückt wie wirkmächtig binärer Reduktionismus ist!

Dieser Effekt des blasenförmigen Selbsteinschlusses und der Abgrenzung gegenüber anderen wird zusätzlich verstärkt durch die hauptsächliche Verbreitungsform identitärer Politik im Diskursraum der »Sozialen« Medien. Die Dynamik der algorithmischen Reichweitensteuerung bevorzugt binäre Muster der Ab- und Ausgrenzung, da Mitteilungen mit solchen Inhalten nachweislich für eine höhere »soziale Temperatur« im Netz sorgen. Netzpsychologen meinen damit erstens emotionale und unmittelbare Interaktion und zweitens einen längeren Verbleib der Diskursteilnehmer auf der Plattform. Beides sind exakt die ökonomisierbaren Kenngrößen, nach denen Plattformbetreiber wie Instagram, Tiktok und X den Preis für Werbetreibende auf ihrer Plattform bemessen: Je höher die Temperatur im »sozialen« Netz, desto höher die Werbeeinnahmen als einzige maßgebliche Einnahmequelle der Plattformen.

Noch beklemmender als diese diskursive Dynamik erscheint die fehlende revolutionäre Perspektive identitärer Politik, die sich im Konformismus der Anerkennung innerhalb des kapitalistischen Systems erschöpft. Soziale Ungleichheit lediglich als eine weitere Dimension der Diskriminierung (aufgrund sozialer Herkunft) zu interpretieren, stützt die mögliche Kritik an den materiel-

len Verhältnissen auf eine neoliberale Anerkennungsumverteilung zurecht. Der deutsche Sozialwissenschaftler Lars Distelhorst beschreibt in seinem Buch *Dekonstruiert Identitätspolitik* genau die »zahnlosen Formen der Kritik durch die Verschiebung vom Materialismus zum Kulturalismus«. Wenn die Unternehmerin und Aktivistin Lisa Jaspers in ihrem Artikel »Unlearn Kapitalismus« fordert, dass nicht nur weißen Männern, sondern allen (in der Lieferkette) eine faire Teilhabe am Mehrwert garantiert werden müsse, dann schütteln nicht nur Marxisten den Kopf.

Nach dem Mord an George Floyd 2020 legten US-Regierung und führende Unternehmen *Diversity*-Programme auf, nach denen mehr *people of colour* in den Vorständen vertreten sein sollten. Man gab vor, so dem Rassismus begegnen zu wollen. Microsoft setzte sich das Ziel, die Zahl schwarzer Mitarbeiter im Management zu verdoppeln. Derartige Förderprogramme für *upper class people of colour* mussten der armen Community von George Floyd wie Hohn vorkommen. Die identitätspolitische Analyse der Bedingungen sozialer Ungleichheit lässt hingegen solche Befriedungsangebote wie echte Zugeständnisse erscheinen. Diese Kritik an der identitären Selbstbeschränkung ändert allerdings nichts an der Notwendigkeit, den derzeitigen ultrarechten Roll-back in der Unternehmenspolitik etwa des Meta-Konzerns, die jetzt so aussieht, dass Mark Zuckerberg Diversität als Sackgasse bezeichnet und nun lieber auf maskuline Aggressivität setzt, feministisch und antirassistisch anzugreifen.

Die identitätspolitische Schwächung der Linken ist nicht nur ein US-amerikanisches Phänomen – dabei ist Identitätspolitik bei weitem nicht der alleinige Grund für die aktuelle Schwäche der Linken und auch nicht

die einzige linke Fraktion, die autoritäre Tendenzen aufweist. Bereits 2012 kaperten Aktivisten der identitätspolitischen Gruppe *reclaim society* ein antirassistisches Camp in Köln. Vielen ist dieses Camp immer noch als unrühmlicher Höhepunkt eines linken Autoritarismus in Erinnerung. Die meisten waren geschockt und paralysiert von der missbräuchlich-autoritären Auslegung des Konzepts von *critical whiteness*. Zahlreiche ungläubige (also zweifelnde) Campteilnehmer wurden mit Rassismusbewerfen belegt und vom Camp ausgeschlossen. Die Vorwürfe durften nicht diskutiert werden. Während des Camps hatte es die autonome Linke nicht geschafft, sich erfolgreich und konsequent gegen einen derart machtbewussten Missbrauch einer vorgeblichen »Awareness« zu wehren. Im Nachhinein haben einige ihre Sprache wiedergefunden und ein solches Vorgehen als autoritär-antilinks, regressiv-inquisitorisch und strukturell rechts kritisiert. Ein Paradestück in Sachen Selbstzerlegung linker Strukturen. Würste man nicht von der offenen Flanke weiter Teile der radikalen Linken gegenüber autoritären Anwendungen, hätte manch einer eine externe Inszenierung vermuten können.

Von den damaligen identitätspolitischen Akteuren der Gruppe *reclaim society* ist heute übrigens nur noch einer in der antirassistischen Szene aktiv – er hält seinen einstigen Auftritt heute für »den größten Schwachsinn«. In weiten Kreisen des linken Aktivismus wurde und wird das identitäre Ausfransen eines ehemals über viele Teilbereiche solidarisch gebündelten Kampfes jedoch weiter hofiert und damit normalisiert.

Guido Arnold schrieb in konkret 9/25 über amerikanischen Pronatalismus

Volksfeinde an den Futtertrögen

Warum die Rechte den Kulturkampf liebt und gewinnt. Von Ingar Solty

Der rechtsautoritäre Nationalismus, wie er heute in den USA, den Niederlanden, in Belgien, Finnland, Schweden, der Schweiz, in Italien, Kroatien und Ungarn (mit-)regiert und bald wohl auch in Frankreich, Großbritannien und Österreich (wieder) an die Macht kommen wird, geriert sich rebellisch. Er ist aber seinem Wesen nach pseudorevolutionär.

Er sehnt sich nach den gesellschaftlich und familiär »geordneten« Verhältnissen der fünfziger Jahre, als ein nicht studierter Mann noch mit einem Gehalt eine Familie ernähren, ein Haus bauen und abbezahlen, seine Kinder von seiner Frau großziehen lassen und sie an die Hochschule schicken konnte; aber zugleich wendet er sich mit seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung gegen alle Voraussetzungen dieses »Goldenen Zeitalters des Kapitalismus«: gegen starke Gewerkschaften und Klassenparteien, Einschränkungen der Kapitalmobilität, hohe Kapital- und Vermögenssteuern, hohe Spitzensteuersätze, eine an Vollbeschäftigung (und nicht Geldwertstabilität) orientierte Geldpolitik, einen starken öffentlichen Sektor et cetera.

Der rechtsautoritäre Nationalismus behauptet Vaterlandsliebe und Lokalpatriotismus, befördert aber mit seinem oft ins Marktradikale gesteigerten Wirtschaftsliberalismus genau die Kapitalmobilität, die ein Land in funktionierende Wohlstandszonen, die in die globalen Wertschöpfungsketten integriert sind, und solche Regionen zerfallen lässt, wo die Eigenheime unverkäuflich geworden sind, weil sich weder Kaufläden noch Gaststätte halten, weil kein Bus mehr fährt und kein Arzt mehr praktiziert, und von wo die jungen Leute auf Jobsuche in die Städte fliehen müssen.

Der rechtsautoritäre Nationalismus wendet sich gegen Zuwanderung, aber nicht gegen Freihandelsimperialismus, nationalistische Geopolitik, Aufrüstung und Waffenexporte, obwohl diese neben Kriegen Fluchtursache Nummer eins sind.

Er behauptet, die Familie zu schützen, befördert aber, weil sein Wirtschaftslibera-

lismus und sein Antifeminismus die Einrichtung flächendeckend kostenloser Kitas und Altenpflegereinrichtungen blockieren, die Belastungen von Familien und damit die Wahrscheinlichkeit von Scheidungen, Güterteilung und der Trennung von den eigenen Kindern, die den Humus der sogenannten Männerrechtsbewegung bilden.

Der rechtsautoritäre Nationalismus behauptet, mit Nulltoleranzpolitik das wirksamste Mittel der Verbrechensbekämpfung zu liefern, und verschärft im Namen des »freien Marktes« genau jene Ungleichheit und Perspektivlosigkeit, die nachweislich die Hauptursachen von Kriminalität sind.

Kurz, der rechtsautoritäre Nationalismus verfügt über keine Lösung der Widersprüche bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung und keine Strategien zur Linderung ihrer Verwerfungen. Das überrascht nicht, schließlich ist der bürgerliche Konservatismus der ideologische Kitt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und der rechtsautoritäre Nationalismus seine Radikalisierungsform in der kapitalistischen Krise, wenn es angeblich noch weniger als sonst für alle reicht.

Die historische Funktion des Konservatismus war stets, das Eigentum zu schützen und soziale Ungleichheit als natürlich und unveränderbar zu rechtfertigen. In diesem Sinne waren konservative und rechtsautoritäre Bewegungen stets reaktionär, denn sie zielten nicht auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern darauf, ihn zu bekämpfen. Der rechtsautoritäre Nationalismus mag zunehmend Arbeiter als Wähler ansprechen, eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse hat er ihnen nicht anzubieten. Seine Politik, die an den Symptomen der bürgerlich-kapitalistischen Widersprüche andockt, verschärft diese in der Regel.

In der AfD-Führung ist man sich dessen bewusst. In der Partei, die das Wort »Alternativen« im Namen trägt, ist eben diese Mangelware. Aber beim rechtsautoritären Nationalismus ist Macht nicht Mittel zum Zweck, sie ist der Zweck, der sich mit Hilfe des ma-

teriell folgenlosen Kulturkampfs am schnellsten erreichen lässt.

Dies zeigen strategische Dokumente aus einer Klausurtagung der AfD-Bundestagsfraktion, die Anfang Juli vom Politikmagazin »Politico« geleakt wurden. Aus einer mit »Einleitung des Strategieprozesses« betitelten Power-Point-Präsentation geht hervor, dass die Partei Kulturkämpfe anheizen will, um so die Union an die Seite der AfD zu drängen und dazu zu bewegen, die Brandmauer einzureißen. Das Ziel ist, Alice Weidel zur nächsten Bundeskanzlerin einer AfD-geführten Regierung mit der Union als Juniorpartnerin zu machen. Der strategische Kompass der Partei sieht ein Spiel über Bande vor, mit der Linkspartei als nichts ahnendem Vollstrecker der Ziele der Rechtsradikalen. Mit Hilfe der »kulturellen Polarisierung zwischen AfD und Linken« könne das Parteienspektrum zwischen die beiden Pole »bürgerlich-konservativ« und »linksradikal« gezwungen werden und die AfD in diesem Kulturkampf die »Issue Ownership« auf der rechten Seite behaupten.

Wie dieses Vorhaben erfolgreich sein kann, zeigte noch im selben Monat die gezielt Unionsabgeordnete avisierende Kampagne des Medienportals »Nius« gegen die von der SPD als eine der neuen Bundesverfassungsrichter/innen nominierte Frauke Brosius-Gersdorf, die trotz ihrer harmlos zentristisch-neoliberalen Positionen als »Linksradikale« gebrandmarkt wurde.

Die Frage ist: Wie reagieren sozialistische Kräfte auf Kulturkämpfe, die ihnen von rechts aufgezwungen werden und auf linke Identitätspolitik als Erfüllungsgehilfe hoffen? Die Antwort beginnt mit einer weiteren Frage: Was sind eigentlich Kulturkämpfe? Beispiele hierfür sind polarisierte Wahlkämpfe etwa um Autoparkplätze versus Fahrradwege, um den »Veggie Day«, die dritte Geschlechtsoption in staatlichen Ausweispapieren, Antidiskriminierungspraktiken, die historischer Diskriminierung mit »positiver Diskriminierung« begegnen, etwa in Gestalt von Frauenquoten in DAX-Konzernen, Aufsichtsräten oder bei der Stellenvergabe an



Ausgeträumt: 1978 verabschiedeten die Wähler Kaliforniens einen Volksentscheid, der die Grundsteuern für Millionen von Hausbesitzern des Bundesstaates senkte

Hochschulen, das Gendern in Schulbüchern und öffentlichen Dokumenten und letztlich alles, wogegen sich ressentimentgeladene Politik betreiben lässt.

Aber, sollte linke Politik sich nicht eher mit den materiellen Problemen der lohnarbeitenden Mehrheit beschäftigen, zum Beispiel mit der kapitalgetriebenen Vierten Industriellen Revolution und der damit einhergehenden sozialen Verunsicherung? Sollte sie nicht Lösungen finden für die Infrastruktur mit ihren maroden Schulen, Brücken und Zügen, gegen die wachsende Ungleichheit der Vermögen und Einkommen, die Inflation der Energie- und Lebensmittelpreise, die wachsende Armut unter Rentnerinnen, Auszubildenden, Studierenden und Niedriglöhnern, gegen den Erzieher- und Pflegenotstand und die entsprechende Überbelastung der Familien, die geopolitische Blockbildung, das Wettrüsten und die wachsende Kriegsgefahr, die drohende Klimakatastrophe ... Wie kommt es, dass Politik sich angesichts dieser Herausforderungen um solche Kinderlitzchen kümmert? Es ist der rechtsautoritäre Nationalismus, der tagaus tagein beklagt, es gehe nur noch um »Gender und Co.«, bei dem es um nichts anderes geht.

Doch wie gelingt es den Rechten, damit die Gemüter zu erhitzen? Die Antwort: Nicht nur der rechtsautoritäre Nationalismus hält die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und ihre wirtschaftsliberale Steuerung des Markts für alternativlos. SPD, Grüne, Union und FDP unterscheiden sich höchstens in der

Frage, wie sehr der Staat welchen Fraktionen des Kapitals zu welchen Zwecken dienen soll. Der rechte Kulturkampf kann erfolgreich sein, weil die wesentlichen Fragen der politischen Ökonomie durch Fiskalpakte, Schuldenbremsen und der demokratischen Kontrolle entzogene Zentralbanken entpolitisiert wurden und sich alle Parteien weitgehend einig sind, dass es nicht mal eine klassisch-sozialdemokratische, keynesianische Alternative zum Status quo gibt oder geben kann. Aus diesem Grund rücken die Themen des Kulturkampfes ins politische Zentrum.

Kulturkämpfe entfalten zudem Relevanz, weil diejenigen Kräfte, die wenigstens programmatisch noch eine Alternative anbieten, wenig Erfolge vorweisen können, die das Leben der lohnarbeitenden Bevölkerung tatsächlich verbessert haben. Die SPD strebt programmatisch noch den »demokratischen Sozialismus« an, hat sich durch zweieinhalb Jahrzehnte neoliberale Politik aber selbst erledigt. Dass sie die Regierung Merz als politische Kraft überleben wird, ist nicht ausgemacht. Auch den Wählern der Linkspartei mögen die von der rotroten Regierung Berlins zwischen 2002 und 2012 vollzogenen Privatisierungen der Genossenschafts-Wohnungsbestände stärker in Erinnerung bleiben als der kurze Sommer des Berliner Mietendeckels oder der konsequenzlos gebliebene Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«. Dass Jan van Aken die Milliardäre abschaffen möchte, mag man ihm glauben; aber wer glaubt, dass ihm das

gelingen könnte? Sozialdemokratische Politik requalifizierte lange Zeit erfolgreich erwerbslose Kohle- und Stahlarbeiter, aber welcher in naher Zukunft von der Vierten Industriellen Revolution um seinen Job gebrachte Journalist, Webdesigner, Anwalt, Arzt oder Übersetzer vertraut darauf, dass die Politik ihn rettet?

Wenn jedoch die kapitalistische Wirtschaft theoretisch und praktisch bleibt, wie sie ist, greift der »Narzissmus der kleinsten Differenz« (Sigmund Freud), und der Kulturkampf wird zum letzten Politikbereich, in dem Parteien sich noch unterscheiden und der Staat Entscheidungen treffen kann, die ins Privatleben eingreifen und bei denjenigen auf Widerstand stoßen, die angesichts der Überwachung, Kontrolle und Gängelung am Arbeitsplatz keine Lust auf weitere Verbote in ihrer Freizeit haben.

Der rechte Kulturkampf funktioniert auf Grund der Ungleichzeitigkeit von ökonomischem und kulturellem Wandel, die er erfolgreich als »Früher war das nicht so«-Gegensatz zwischen Alt und Jung mobilisiert und mit dem klassischen Motiv des Antintellectualismus verbindet. Die Rechten gewinnen die Kulturkämpfe, weil sie sie beherrschen. Sie lieben sie, weil sie es ihnen erlauben, auf der ganzen Klaviatur des Ressentiments zu spielen und die anderen Parteien auf ihr Terrain zu locken. Der rechte Kulturkampf operiert mit dem Elite-Volk-Gegensatz des Populismus, und meint damit nicht oben-unten, sondern innen-außen, Stadt-

Meine Freiheit muss nicht deine sein

Für das deutsche Kapital ist die EU ein Erfolgsgarant. Das hiesige Exportmodell basiert vor allem darauf, die europäischen Nachbarn mit Gütern deutscher Produktion zu überschwemmen. Ohne Zölle und dank des Euro sogar ohne Währungsauf- und abwertungen. Die europäische Einigung ist für den Standort Deutschland die Voraussetzung zur Durchsetzung in der internationalen Staatenkonkurrenz.

Doch das Ressentiment ist für die deutsche Politik bekanntlich oft größerer Antrieb als schnöder Mammon, und so werden aus rassistischen Erwägungen Grundprinzipien der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft trotz allem immer wieder in Frage gestellt. So derzeit einmal mehr von der CSU. Dass nicht nur Waren und Dienstleistungen ungehindert die europäische Binnengrenzen überqueren können, sondern auch deren lohnabhängige Produzenten, ist der CSU schon lange ein Dorn im Auge. »Armutsmigration«, »Einwanderung in die Sozialsysteme«, »organisierter Sozialbetrug« sind die Stichworte, unter denen sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit, insbesondere für osteuropäische Beschäftigte, ins Visier nimmt.

»Wer betrügt, der fliegt«, hieß es einst bei Seehofer. Heute klingt es etwas feinsinniger, aber die Melodie bleibt gleich. CSU-Generalsekretär Martin Huber will »die Arbeitnehmerfreizügigkeit schützen, indem man sie einschränkt«. Das ist ungefähr so logisch, wie das bayerische Wirtshaussterben durch ein Alkoholverbot aufhalten zu wollen. Dass diese argumentative Absurdität kaum auf Kritik stößt, verdankt die CSU vor allem dem Umstand, dass sie damit die weitverbreiteten rassistischen Stereotype der deutschen Mehrheitsgesellschaft bedienen kann.

Während das Bild des Bulgaren und Rumänen, der auf der Jagd nach Hartz IV die deutschen Grenzen überquert, die Medienöffentlichkeit bestimmt, redet niemand über die Hunderttausenden osteuropäischen Arbeitsmigranten, deren gnadenlose Ausbeutung am Rande der Legalität die Grundlage für die Milliardenprofite in zahlreichen Branchen legt. Ob Spargelstechen in der deutschen Landwirtschaft, Schlachten bei Tönnies, das Schleppen von Paketen oder die Pflege von Alten und Kranken – ohne migrantische Arbeitskraft würde das »Modell Deutschland« schlicht zum Erliegen kommen.

Schade, dass wir nicht in Verhältnissen leben, in denen es den Ausgebeuteten und anschließend Erniedrigten möglich ist, einfach zu sagen: Dann macht euren Dreck doch alleine. **Stefan Dietl**

Land, modern-traditionalistisch, jung-alt, Fahrradfahrer-Autofahrer ...

Sozialistische Politik, die den Kampf für gemeinsame Interessen ins Zentrum rückt, kann nur scheitern, wenn Politik plötzlich zu einer Frage der Gesinnung und Identität wird: Bist du »woke«-fortschrittlich oder »rechts«-rückschrittlich, für oder gegen Fleischkonsum, für oder gegen Atomkraft? An diesem Punkt hat die Rechte die Linke in der Falle, die nicht mehr für ihr eigentliches Anliegen der Klassensolidarität streitet, sondern sich im Kampf zweier Fraktionen des Klassenfeindes auf eine Seite schlagen muss: auf die Seite des jüngeren, urbanen, durch Studium, Fremdsprachen- und interkulturelle Kompetenz an die Erfordernisse der globalisierten Wirtschaft angepassten Bürgertums oder auf die des tendenziell älteren, nicht studierten, noch stärker handwerklich und mittelständisch-industriell geprägten, vom Ressentiment gegen die neuen städtischen (Bildungs-)Eliten getriebenen alten Bürgertums mit seiner rechtsliberalen, autoritären Ideologie. Kurz, sozialistische Klassenpolitik gerät so unter die Räder der Polarisierung von Grünen und AfD, von Kamala Harris und Donald Trump.

Eine Linke in dieser Situation muss vor allem die Arbeiterklasse an die Rechte verlieren. Denn insofern sie sich aus guten Gründen eher an den Linksliberalismus anschließt, erleichtert sie es dem rechtsautoritären Nationalismus, sie in den Kulturkämpfen als abgehobene Elite darzustellen. In dem Maße, in dem linksliberale Antidiskriminierungspolitik an die Stelle der alten universalistischen Gleichheitspolitik des Sozialismus tritt, erscheint die Linke plötzlich als Kraft, die die Interessen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen vertritt, die in den Augen der bürgerlichen Gesellschaft schon immer als minderwertig galten – von Frauen, Arbeitern und Arbeitslosen, Homosexuellen, psychisch Kranken et cetera. An die Stelle einer sozialistischen Partei als Selbstorganisation der Arbeiterklasse tritt eine sozialdemokratisch umverteilende Partei linksliberaler Akademiker, in der das Gros der Arbeiter nicht ihre Interessenvertretung erkennt.

Der rechte Kulturkampf ist ein Mittel, die Arbeiterklasse gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen zu mobilisieren. Er zielt darauf ab, die Linke als elitär abgehoben, weltfremd und volksfeindlich darzustellen. Ihre Erzählung geht ungefähr so: Aus Lohn- und Konsumsteuern sowie Zwangsgebühren für den öffentlichen Rundfunk bezahlt, erhebe sich eine privilegierte Kaste, die noch nie gearbeitet habe, über das hart arbeitende, marktkonforme »Volk«. Diese Elite wolle die »einfachen Leute« umerziehen zu Klimaschutz, Vegetarismus, Nichtrauchen, Fahrrad- und Bahnfahren, Abtreibungen, Geschlechtsumwandlungen und zum »Kampf gegen Weihnachten«.

Die einfache Bevölkerung erscheint so als Opfer nicht der Industriekonzerne, der privaten Banken, der Versicherungskonzerne oder des Staates. Als Elite gelten statt dessen die mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlichen Rundfunkanstalten, die viel linker seien als »das Volk«, die mit Steuergeldern finanzierten Universitäten, die die Kinder Nichtstudierender von ihren konservativen Eltern entfremdeten, Nichtregierungsorganisationen und Auftragnehmer öffentlicher Ausschreibungen, die vom steuerfinanzierten Futter lebten. Es entsteht die Vorstellung vom Staat als einem linken Selbstbedienungsladen. Der Kapitalismus erscheint als krisenfrei, wäre da nicht die »Linke« mit ihrer weltfremden Ideologie und ihrem sozialistischen Gesellschafts-Engineering. Der Mindestlohn zerstöre das ökonomische Kleinbürgertum, niemand wolle mehr Spargel ernten, die Jugend bestehe auf Work-Life-Balance, weil sie durch 68er-Lehrer verlernt habe, hart zu arbeiten, der Umweltschutz verteuere durch Verknappung das Benzin und erhöhe die Strom- und Heizkosten, der Klimaschutz, der mit Wärmepumpen die Energie künstlich verteuere, deindustrialisiere das Land. Klimaschützer, die die Straße blockieren oder anders nerven, und Demonstrationen »gegen rechts« hätte man nicht, wenn der Staat die Demonstranten und ihre Organisationen nicht finanzieren oder als »gemeinnützig« fördern würde. Obdachlose gäbe es nicht, wenn man den Markt nur einmal machen lassen würde. Diese Vorstellungen mobilisiert der AfD-Slogan: »Deutschland, aber normal!«

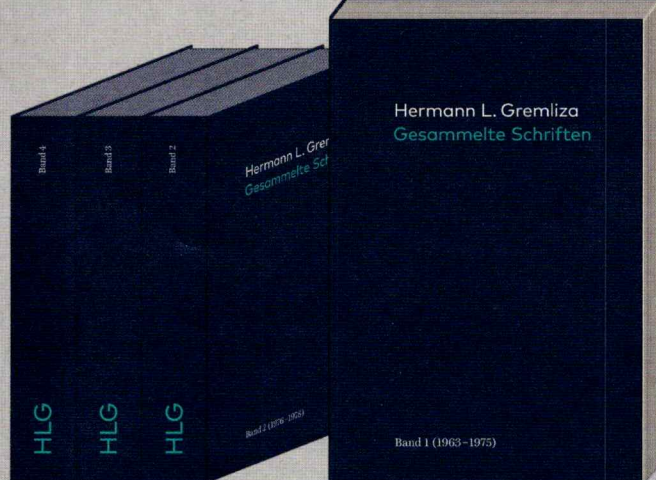
Der rechte Kulturkampf nimmt also die eigentlich ökonomisch Herrschenden, die besitzenden Klassen, aus dem Blickfeld. Das macht ihn neben der radikalen Klientelpolitik so attraktiv. Die Rechten identifizieren als Elite nicht etwa die 872.000 Privatiere in Deutschland, die so viel Kapital in Form von Aktienportfolios und Immobilieneigentum besitzen, dass sie ausschließlich von fremder Lohnarbeit leben. Statt dessen steht für solche Leute wie Trump und Weidel ganz oben auf der Gesellschaftspyramide der freiberufliche Regisseur von Fernsehspiel Filmen über ein homosexuelles Paar, der fast bankrotte Verleger von Kinderbüchern, in denen das Wort »Neger« nicht mehr vorkommt, die mit Kettenverträgen beschäftigte Hochschuldozentin, die über Ungleichheit forscht, und die syrische Kriegsflüchtlinge, die eine besondere Sprachförderung erhält, damit sie die Voraussetzungen für die Beschäftigung auf der untersten Stufe der Pflegestation erfüllt. Dieses Weltbild ist absurd. Plausibel erscheint es nur unter der Annahme, die herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse seien alternativlos. ●

Ingar Solty schrieb in konkret 9/25 über Trumps »Big Beautiful Bill«

Hermann L. Gremliza

Gesammelte Schriften

in 18 Bänden



Bisher sind vier Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen; im Frühjahr nächsten Jahres folgen zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeitschrift »Notizen« 1963, werden in chrono-

logischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken (Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von circa 500 Seiten und kosten 30 Euro pro Band. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über konkret-magazin.de oder per E-Mail an verlag@konkret-magazin.de

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Ich verpflichte mich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden mir jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Ich kann meine Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

E-Mail

Datum, Unterschrift

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Eine deutsche Bildungslücke

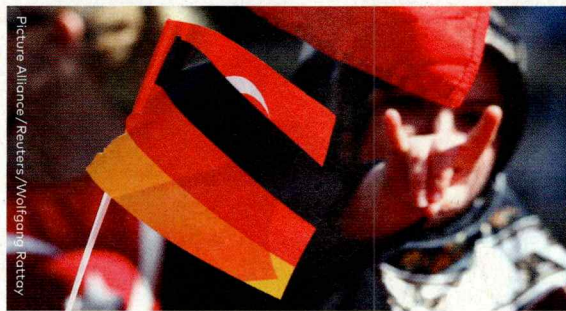
Die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Deutschland, ihre Vernetzung und ihre Hintergründe erläutert Ismail Küpeli in seinem jüngst im Unrast-Verlag erschienenen Buch und kritisiert dabei auch die deutsche Politik für ihren zögerlichen Umgang mit der rechtsextremen Bewegung.
Von Moritz Rau von Nobbe

Als der türkische Fußballspieler Merih Demiral während der Europameisterschaft im vergangenen Sommer mit dem sogenannten Wolfsgruß jubelte, dem Erkennungszeichen der Grauen Wölfe, war die mediale Empörung hierzulande groß. Doch solidarierten sich gleichzeitig zahlreiche türkischstämmige Fans mit dem Spieler und imitierten die Geste auf den Straßen deutscher Großstädte und in den sozialen Netzwerken. Nicht alle, die den Gruß zeigten, sind rechtsextrem. Viele brachten wohl eher eine Trotzhaltung gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft zum Ausdruck.

Genau darin sieht der an der Ruhr-Universität Bochum tätige Ismail Küpeli in seinem neuen Sachbuch *Graue Wölfe. Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland* ein Problem: Ihm zufolge bereiten die Ausgrenzungserfahrungen türkischstämmiger Menschen in Deutschland türkischem Rechtsextremismus einen fruchtbaren Nährboden. Anders als in der Türkei, wo rechtsextreme Ideologie benutzt werde, um politische Macht zu sichern, stehe in Deutschland dessen »identitäre Funktion« im Vordergrund. Dabei diene die Überhöhung des »Türkischen« dazu, eine »positive Selbstidentität aufzubauen«, die im Gegensatz zur real erfahrenen gesellschaftlichen Abwertung Stärke und Überlegenheit signalisiere. Küpeli bezeichnet dieses Phänomen als Spezifikum »eines migrantischen Rechtsextremismus in einer rassistischen Gesellschaft«.

Wie erfolgreich die Mobilisierung der Grauen Wölfe in Deutschland tatsächlich ist,

belegen Erhebungen des Verfassungsschutzes. Laut diesen zählt deren Anhängerschaft im Jahr 2023 bereits mehr als 12.000 Mitglieder – womit sie nach der AfD die zweitgrößte rechtsextreme Bewegung in der Bundesrepublik darstellen. Kritisch stellt Küpeli fest, dass der türkische Rechtsextremismus in der hiesigen Öffentlichkeit und politischen Bildung dennoch bisher kaum Beachtung findet. Mit seinem Buch, das einen Überblick über dessen Entwicklung bis heute bietet, versucht er diese Lücke zu schließen.



**Hauptsache nationalistisch:
Demonstration in Düsseldorf, Mai 2016**

Mit dem Ende des Osmanischen Reichs und der Entstehungsgeschichte der Türkei beginnend, beleuchtet er die historischen und ideologischen Hintergründe der Bewegung. Es folgt eine Beschreibung der Herausbildung des türkischen Rechtsextremismus in den dreißiger und vierziger Jahren bis hin zur islamisch-nationalistischen Synthese, die er als Brückennideologie der gesamten türkischen Rechten bezeichnet. Auch für die heutige Regierungallianz der AKP unter Erdoğan und der MHP, der zentralen rechtsextremen Partei der Türkei, sei diese von gro-

ßer Bedeutung. Als ideologische Grundlagen der Grauen Wölfe nennt der Autor ein auf übersteigertem Stolz auf alles »Türkische« basierendes Überlegenheitsdenken, die Leugnung des Völkermords an den Armeniern sowie ein rassistisches und antisemitisches Weltbild, das sich in Fremdenfeindlichkeit gegenüber nichttürkischen und nichtmuslimischen Minderheiten – insbesondere Armeniern, Kurden und Juden – ausdrücke.

Nach einer ausführlichen Darstellung dieser Hintergründe kommt Küpeli erst im letzten Drittel seines Werks auf den türkischen Rechtsextremismus in Deutschland zu sprechen. Was als langer, vorangestellter Exkurs betrachtet werden könnte, dient letztlich dem grundlegenden Verständnis des zentralen Themas des Buches, sind doch ohne die Entstehungsgeschichte des Rechtsextremismus in der Türkei auch dessen seit Mitte der siebziger Jahre in Deutschland auflebende Ableger nicht zu verstehen. Um die Entwicklung, Organisation und das Wirken der Grauen Wölfe in Deutschland zu vermitteln, wählt Küpeli konkrete Bilder und Eckpfeiler: So hätten sie als Auslandsorganisation der MHP in der Bundesrepublik zunächst Gelder für den Wahlkampf in der Türkei gesammelt und seien auf Grund ihrer Haltung gegen den Kommunismus nicht nur vom damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hofiert worden. Auch zur NPD unterhielten sie Kontakte.

Organisatorisch gilt der 1978 gegründete Zusammenschluss Türk Federasyon als ältester und größter dem türkischen Rechtsextremismus nahestehender Verband in

Deutschland. Ihm werden bis heute über 200 Ortsvereine sowie Moschee- und Kulturvereine zugeordnet. Auch Organisationen wie die Atib (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa), die ATB (Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa) und die Partei BBP (Partei der Großen Einheit) zählt Küpeli zum erweiterten Milieu der Grauen Wölfe.

Politische Brisanz habe türkischer Rechtsextremismus in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt durch Morde an türkischen und kurdischen Linken sowie durch gewalt-

same Übergriffe und andere Formen der Angstmacherei erlangt. Mit den Osmanen Germania im Jahr 2015 und kurz danach mit Turan e. V. seien erstmals Gruppen gegründet worden, die primär auf organisierte Kriminalität und politisch motivierte Gewalt abzielten. Den Osmanen Germania wiesen der »Spiegel« und das nordrhein-westfälische Innenministerium direkte Verbindungen zur türkischen Regierung nach; in Folge des gescheiterten Putschversuchs in der Türkei 2016 schüchterten sie bis zu ihrem Verbot 2018 in Deutschland lebende türkische Op-

positionelle, Exilanten und Intellektuelle ein. Doch auch vermeintlich harmlose Moschee- und Vereinsverbände, in denen Rechtsextreme organisiert sind, mobilisierten beispielsweise gegen die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch den Deutschen Bundestag oder gegen das Vorhaben des Landtags NRW, das Schulcurriculum um eine kritische Auseinandersetzung mit der türkischen Geschichte zu erweitern.

Spätestens an dieser Stelle drängt sich beim Lesen des Buches die bisher nur umkreiste Kernfrage auf: Wie kann türkischer Rechtsextremismus in Deutschland eingedämmt werden? Dazu stellt Küpeli zunächst fest, dass die Symbole der Grauen Wölfe und der ihnen zugeordneten Gruppen hierzulande – anders als in Frankreich und Österreich – in aller Regel nicht verboten sind. Zwar stünden ihre traditionellen Verbände unter Beobachtung, insgesamt gebe es mit der Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus in NRW, perspektivisch in Hamburg und DIALOG in Schleswig-Holstein aber nur drei Monitoringprojekte, die sich explizit mit der Bewegung auseinandersetzen. Der Autor bilanziert ein monetäres und personelles Defizit deutscher Behörden und setzt im Umkehrschluss auf eine Sichtbarmachung und Agitation der deutschen Zivilgesellschaft durch Bildungsarbeit. Vor allem in den Bereichen Prävention und Aufklärung über Ziele, Narrative und Codes des türkischen Rechtsextremismus sieht er Handlungsmöglichkeiten. Außerdem schlägt er mehr direkte Dialoge mit Betroffenen vor, um zu deradikalisieren.

Wie wichtig all das ist, führt Küpeli am Ende seines Buchs nachdrücklich vor Augen: Er diagnostiziert einen deutlichen Trend zunehmender Anschlussfähigkeit der Grauen Wölfe in Deutschland über Türkei-bezogene Themen hinaus. So gewinne der auch bei türkischen Rechtsextremen weit verbreitete Antisemitismus immer mehr Einfluss. Gerade im Zuge des 7. Oktober und des Gaza-Krieges sei es ihnen gelungen, sich dem antiisraelischen Protest anzuschließen. Gestützt würden sie außerdem durch den Aufschwung der globalen Rechten, die sich in den sozialen Medien und im Internet immer stärker vernetzt. Neurechte Narrative wie die Mär vom großen Bevölkerungsaustausch und andere Verschwörungstheorien fänden auch unter türkischen Rechtsextremen Anklang. Im Zweifel gelte die geteilte rechtsextreme Ideologie als Brücke über sprachliche oder kulturelle Grenzen hinweg. ●

Ismail Küpeli: *Graue Wölfe. Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland*. Unrast-Verlag, Münster 2025, 136 Seiten, 14 Euro

Moritz Rau von Nobbe ist Politikwissenschaftler und studierte unter anderem in Ankara



Was tun?

1902, als Lenin so fragte, war die Antwort: als Avantgarde des Proletariats die Revolution vorbereiten. Ein Jahrhundert später triumphiert von Berlin bis Kairo die Reaktion. Eine Zeit, in der nichts zu tun wäre also? Jeder Tag bietet die Chance, da und dort ein Schäufelchen Sand ins Getriebe zu werfen, die Kritik der deutschen Weltmacht zu schärfen und den Gedanken an eine bessere Ordnung zu bewahren. All das tut, wer sich entschließt, einer der Verleger von **konkret** zu werden. Als Kommanditistin/Kommanditist. Wie das – und auf Kosten des Fiskus – geht, erklärt gerne die Geschäftsführerin des Verlags. Anruf (040/851 25 31) oder E-Mail (verlag@konkret-magazin.de) genügt.

Grunddaten zur Ausschreibung:

Beteiligungsform: Handelsgesetzbuch (HGB) §§ 161 ff.
 Registergericht: Hamburg
 HRA Nummer: HRA 87321
 Tag der Eintragung: 29.10.1993
 Komplementärin: Verwaltung KVV **konkret**
 Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien
 HRB Nummer: HRB 54079
 Tag der Eintragung: 26.10.1993
 Gründung: 26.8.1993

Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Druckwerken, Bild- und Tonträgern jeder Art und sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte
 Stammkapital: 30.677,51 €
 Zeichnungssumme der KG: mindestens 1.600 €
 Laufzeit: zehn Jahre
 Gewinn- und Verlustbeteiligung: entsprechend der Kommanditeinlage
 Haftung: ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, nach Eintragung beim Gericht, auf die Einlage beschränkt
 Anlagekonto: KVV **konkret**, Deutsche Bank, IBAN: DE 11 2007 0024 0841 2710 00, BIC: DEDBDEUTHAM

Ich habe € auf das Anlagekonto überwiesen und bitte Sie um ein Formular, damit ich Ihnen eine Vollmacht zur Eintragung meines KG-Anteils ausfertigen lassen kann. Erst danach kann Ihre Gesellschaft über das Geld verfügen.

☐ Mein zu versteuerndes Einkommen ist für Ihre Verluste zu niedrig, um sinnvoll eine Anlage zu zeichnen. Ich möchte **konkret** mit einer Spende/mit Abonnements/mit Anzeigen unterstützen. Wie geht das am besten? (Zutreffendes bitte unterstreichen.)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Aus Anlass eines Untoten

Vor 50 Jahren starb der spanische Diktator Francisco Franco eines natürlichen Todes. Der Franquismus aber lebt. Von Rolf Surmann

Als am 20. November 1975 gemeldet wurde: »Spanier, Franco ist tot«, bildeten sich Schlangen von Menschen, die ihren Caudillo betrauernten. An die herrschende Ordnung rührte niemand. Aber fünf Jahre zuvor hatte es den Prozess von Burgos gegen 16 Eta-Mitglieder gegeben, der zum Auslöser für Demonstrationen und Streiks in einem lange nicht gekannten Ausmaß und nicht zuletzt sogar für eine Besetzung des Goya-Saals im Madrider Prado geworden war. Die Tötung des designierten Franco-Nachfolgers Carrero Blanco durch eine Autobombe im Jahr 1973 schließlich bezeichnete der Spanienhistoriker Walther L. Bernecker als Ausdruck des Verlusts jeglicher Zukunftsperspektive des Franco-Regimes. Doch Franco blieb in der spanischen Gesellschaft länger lebendig, als es die damalige Lage vermuten ließ. Denn bekanntlich beseitigte niemand die zahlreichen Standbilder des Generalissimo in den Städten, die unzähligen Straßennamen mit faschistischem Bezug wurden ebensowenig entfernt, und seine vom Benediktinerorden betreute Begräbnisstätte im Valle de los Caídos bei Madrid, wo Franco neben dem Gründer der faschistischen Falange, José Antonio Primo de la Rivera, begraben worden war, blieb bis zu seiner Umbettung 2019 auf einen städtischen Friedhof eine Kultstätte für Faschisten und Schaulustige.

Auch an die Opfer des Franquismus erinnerte lange Zeit niemand, mehr als hunderttausend Ermordete blieben anonym in Massengräbern verscharrt. Als man vorsichtig mit der Beseitigung des ganzen Spuks begann, kam es zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, die bis heute unvermindert heftig aufgetragen werden. Das Aufkommen der ultrarechten Partei Vox hat die Lage in den letzten Jahren zusätzlich verschärft.

Um der Nachwirkung des spanischen Faschismus im Alltagsleben ein Ende zu set-

zen oder sie zumindest stark einzuschränken, beschloss die Regierung unter Pedro Sánchez (PSOE), den 50. Todestag Francos zum Anlass zu nehmen, um unter dem Motto »Spanien in Freiheit« in mehr als 100 über das Jahr 2025 verteilten Veranstaltungen die politische Entwicklung seit 1975 zu überdenken. Allerdings wurde auch dieses Vorhaben von Beginn an zum Ausgangspunkt innenpolitischer Auseinandersetzungen. So lautete die weitverbreitete Kritik, dieses Projekt würde lediglich alte Wunden aufreißen. Einige, wie der Schriftsteller und Dichter Andrés Trapiello, spitzten sie zu und verbreiteten, die Regierung wolle Spanien in Brand setzen und »in das Gedächtnis der Bürger eingreifen, wie die Larve, die das Gedächtnis der Schafe verschlingt und sie in Schläfrigkeit versetzt«. Der König blieb, ebenso wie die konservative Oppositionspartei Partido Popular und Vox, der Auftaktveranstaltung Anfang des Jahres fern.

Die Gegensätze in der spanischen Gesellschaft, die sich in der Erinnerungspolitik zeigen, sind jedoch nicht lediglich Ausdruck von unterschiedlichen Auffassungen über »Erinnerung«, sondern beruhen auf unterschiedlichen Vorstellungen über den Charakter der spanischen Gesellschaft. Konzentriert kommen sie nicht nur in der Haltung zum Franco-Regime, sondern auch in seiner Klassifizierung zum Ausdruck. War es lediglich eine Form autoritärer Herrschaft oder eben die spanische Variante von Faschismus? Haben wir es also mit Franquismus oder mit Faschismus zu tun? Und vor allem: Welche Bedeutung hat Franco für das heutige Spanien?

Das Problem resultiert aus der Schwierigkeit der Abgrenzung der Franco-Herrschaft von der als Demokratie bezeichneten Herrschaftsform. Das gilt sowohl für ihre Entstehung wie für ihre Umstrukturierung nach dem Tod des Caudillo. Als dieser eine

politische Form für seine Herrschaft suchte, griff er auf die Falange zurück und entwickelte sie schließlich zum Movimiento Nacional weiter. Damit scheint die Frage zwar formal entschieden, doch fehlten seiner Machtausübung einige typisch faschistische Merkmale. Andere wandelten sich im Lauf der Jahrzehnte. Für die mangelnde politische Abgrenzung nach seinem Tod steht vor allem das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1977, das seinen Handlangern nicht zuletzt in den staatlichen Apparaten die gesellschaftliche Existenz sicherte sowie ihre Rechenschaftslegung vereitelte, und der »Pakt von Moncloa«, durch den zwar unabhängige Arbeiterorganisationen in das gesellschaftliche Leben integriert wurden, aber die alte Gesellschaftsstruktur ansonsten unangetastet blieb.

Was auf den ersten Blick ein lediglich spanisches Problem zu sein scheint, erweist sich in einer Zeit, in der sich in den demokratischen Gesellschaften, die auf die Hochzeit des Faschismus und Nazismus nach dem Zweiten Weltkrieg folgten, tiefgreifende rechte Tendenzen in unterschiedlicher Form herausbilden, gerade wegen der mangelnden Eindeutigkeit des spanischen Transformationsprozesses als ein Vorgang, der über Spanien hinausweist.

Demokratie kontra Faschismus?

Sieht man sich an, wie Nazi-Deutschland nach der erzwungenen bedingungslosen Kapitulation von den Siegermächten die künftige Gesellschaftsform oktroyiert bekam, oder wie Portugals Nelkenrevolutionäre mit Elan die Voraussetzungen für eine neue Gesellschaft zu schaffen schienen, mag der Weg Spaniens wie eine Ausnahme erscheinen. Doch es wäre falsch, den spanischen Schleichweg aus den faschistischen Verhältnissen für außergewöhnlich zu halten. Zudem spielten nicht nur innenpolitische Faktoren eine Rolle, sondern auch außenpolitische.

Die außenpolitische Isolierung, in die Spanien durch die Zusammenarbeit mit dem nazistischen Deutschland geraten war, wurde schon durch den Kalten Krieg gelockert. Bereits 1953 schloss Franco den Pakt von Madrid mit den USA ab, der gegen militärische und wirtschaftliche Unterstützung die Errichtung von US-Militärbasen auf spanischem Boden zuließ und Franco-Spanien grundsätzlich den Weg der Integration in die Strukturen des Westens eröffnete. 1982 trat das Land schließlich vollständig der Nato bei, 1986 auch der EU.

Weniger Aufmerksamkeit haben die Schritte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden. Ausgangspunkt war die Aufgabe der franquistischen Autarkiepolitik und der Aufbau von Beziehungen zur Vorläuferin der EU, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Im Verlauf dieser Entwicklung bildete sich im spanischen Herrschaftssystem eine »aperturistas« genannte politische Strömung heraus, die – in Verbindung mit dem katholischen Laienorden Opus Dei – auf einen technokratischen Liberalisierungsprozess setzte. Hierin sah das westliche Europa Ansätze für Kooperation und entsprechende Einflussnahme. Es folgte dabei der Idee, im Prozess der Modernisierung werde es auch zu politischen Reformen kommen.

Diese Neuausrichtung der Außenpolitik machte die Änderung einer Haltung nötig,

die seit Francos Machtübernahme die Politik der demokratischen Staaten weitgehend bestimmt hatte: die Aufgabe des »Cordon sanitaire« um das franquistische Spanien. Allerdings gab es unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der praktischen Konsequenzen. Während zum Beispiel in der BRD die Unionsparteien Entscheidungen vermieden, die die Stabilität des franquistischen Staats hätten gefährden können, hielt die SPD auch Kontakt zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (PSOE) im Exil, ohne sich jedoch deren politische Positionen zu eigen zu machen. 1964 beschloss sie, nicht nur die Kontaktsperre zu den Kräften des Franco-Regimes zu beenden, sondern auch auf äußeren Druck gegenüber der spanischen Politik zu verzichten. Damit gab sie zugleich eine Politik auf, die auf grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen abzielte, und konzentrierte sich lediglich auf politische Veränderungen, deren Realisierung sie zum Beispiel durch die Mehrheitsposition der »apertura« in der spanischen Regierung ab 1969 erwartete. Sie setzte sich mit dieser Kursänderung explizit in Widerspruch zur damaligen Position des PSOE.

Führende SPD-Politiker gaben damit den »antifranquistischen Katechismus« auf und beriefen sich unter anderem auf den Historiker Golo Mann, der 1966 in der »Zeit« einen vielbeachteten Essay mit dem Titel »Auch unter Franco wächst die Freiheit« ver-

öffentlicht hatte. In diesem Sinn begann ein politischer Aushandlungsprozess, in dessen Mittelpunkt die Zusammenarbeit im Rahmen der EWG stand. Als 1970 ein Präferenzabkommen geschlossen wurde, verzichtete die EWG nicht zuletzt auf Grund des Drucks von deutscher Seite auf explizite politische Forderungen. Statt dessen setzte man auf die Attraktivität des westlichen Demokratie- und Wohlstandsmodells.

Als sich zu Beginn der siebziger Jahre die politischen Auseinandersetzungen in Spanien zuspitzten und die franquistischen Kräfte ihre reformerischen Ambitionen weitgehend aufgaben, setzte man seitens der SPD auch aus Sorge vor dem Erstarken politischer Strömungen wie dem »Eurokommunismus« einerseits auf den moderierenden Einfluss von Kräften des Übergangs wie dem designierten König Juan Carlos, andererseits auf den politischen Reputationsgewinn junger Politiker wie des späteren Ministerpräsidenten Felipe González, der sich gegen die alte PSOE-Führung durchgesetzt hatte.

Entgegen dem später gezeichneten Bild, die westlichen Demokratien hätten konsequent zum Kampf gegen den spanischen Faschismus beigetragen, zeigt die tatsächliche Entwicklung, dass europa- und geopolitische Interessen vorherrschend waren und tatsächlich eine Politik des politischen Arrangements betrieben wurde. Eine solche Vorgehensweise beschränkt sich nicht auf Spanien. Erst vor kurzem wurde sie in ähnlicher Form praktiziert – siehe die Haltung, die die EU nach dem Wahlsieg Giorgia Melonis gegenüber Italien einnahm. Da stand vor allem die Frage im Vordergrund, welche außen- und europapolitischen Positionen Meloni einnehmen werde (vgl. **konkret 11/22**). Als sich keine entscheidenden Widersprüche zu den EU-Interessen abzeichneten, ist es um die faschistische Gefahr in Italien dann sehr still geworden. Es ist sinnvoll, die gesamte aktuelle Kontroverse über Rechtspopulismus und Faschismus unter dem Aspekt der jeweiligen Interessen zu überprüfen.

Ideologische Tradierungen

In welchem Ausmaß ist im Sinne Golo Manns die Freiheit unter Franco und im anschließenden Transformationsprozess (spanisch: *Transición*) nun tatsächlich gewachsen? Auskunft hierüber geben die beiden eingangs erwähnten Gesetze. Während der Pakt von Moncloa die Integration der wichtigsten Arbeiterorganisationen – mit Ausnahme der anarchistischen CNT – in den Demokratisierungsprozess und damit deren Verzicht auf Forderungen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen festschrieb, führte das Amnestiegesetz zu einem »Pakt des Schweigens«. Hieraus folgte zwar einerseits, dass sich für die politischen Gefangenen die Gefängnistore öffneten, andererseits blieben die Täter aber unbehelligt. So konnten sie



Wann sie schreiten Seit' an Seit' ...: Adolf Hitler und Francisco Franco beim Abschreiten einer deutschen Ehrenkompanie im französisch-spanischen Grenzort Hendaye, Oktober 1940

auch unter demokratischen Vorzeichen ihre gesellschaftliche Stellung und damit auch ihren Einfluss sichern. Für die Zeit des Postfranquismus war das zweifellos eine schwere Hypothek. Sie führte zu gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie für die fünfziger Jahre in ähnlicher Form auch für die BRD bekannt (siehe **konkret** 7/25 und 8/25) und in Spanien selbst heute offensichtlich nicht überwunden sind.

Das Ausbleiben eines umfassenden Bruchs mit der Franco-Herrschaft hatte zur Folge, dass die Verbrechen des Regimes nicht aufgearbeitet wurden. Abgesehen davon, dass dessen Opfern Gerechtigkeit verweigert wurde, fehlten damit auch wesentliche Voraussetzungen, um die Ursachen für das Entstehen des spanischen Faschismus und die Triebkräfte für seine Verbrechen sowie deren Auswirkungen zu erfassen. Ein Beispiel hierfür sind die über hunderttausend ermordeten und anschließend in Massengräbern verscharrten Menschen, um deren Auffinden und würdige Bestattung noch heute gerungen wird.

In welchem Ausmaß Spanien damit hinter der internationalen Entwicklung zurückblieb, zeigte sich besonders in den Jahren um 2010 an der Kontroverse zwischen der spanischen Regierung und der Uno, bei der es eben auch um diese »Verschwundenen« (Desaparecidos) ging. Die Uno forderte Spanien nachdrücklich auf, die Beschränkungen durch das Amnestiegesetz aufzuheben und die in der Zeit des Franquismus begangenen Verbrechen als Verbrechen gegen die Menschheit uneingeschränkt zu untersuchen. In einer diplomatischen Note wies die spanische Regierung diesen Appell jedoch unter anderem mit der Begründung zurück, das Gesetz sei mit der Zustimmung des gesamten spanischen Volkes zustande gekommen und ein Beitrag des Übergangs Spaniens zur Demokratie. Trotz mancher Arbeitsansätze, wie sie auch mit der Geschichte der »Desaparecidos« verbunden sind, bleiben also weiterhin selbst spektakuläre Verbrechen weitgehend unaufgeklärt. Das ist nicht nur angesichts des moralischen Anspruchs, mit dem die westlichen Demokratien weltweit auftreten, ein bemerkenswerter Umstand, sondern weist auch auf die Oberflächlichkeit der Auseinandersetzung mit dem Faschismus hin.

Blickt man auf den Verlauf des Transformationsprozesses zurück, dann zeigt sich die unzureichende Auseinandersetzung mit dem Faschismus besonders an zwei Punkten: zum einen an der bereits erwähnten programmatischen Einschränkung des PSOE in der Zeit des Exils, die dann in Übereinstimmung mit den westlichen Interessen durch Politiker wie Felipe González politisch exekutiert wurde; zum anderen an der Fixierung auf formale institutionelle Veränderungen des Herrschaftsapparats, die aus dem westlichen Politikverständnis abgeleitet werden. Mit dem Coverbegriff »Demokratie« können dann ganz unterschiedliche gesellschaftliche Verhältnisse abgedeckt werden. Wie untauglich ein solches Politikverständnis unter Umständen ist, eine grundsätzliche Neustrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen, ist den Protagonisten einer solchen Strategie bewusst. Sprechen sie doch selbst, wie zitiert, von der »Anziehungskraft« des westlichen Demokratie- und Wohlstandsmodells und suggerieren damit die quasi automatische Weiterentwicklung des Fortschrittsprozesses. Was passiert, wenn diese Erwartungen nicht eintreffen, zeigt das Beispiel Spanien. Die Gesellschaft bleibt in alten Widersprüchen gefangen.

Diese Stagnation bedeutet zugleich, dass Tradiertes und Unaufgearbeitetes unter entsprechenden Bedingungen politisch und ideologisch erneut Bedeutung bekommt. Bezogen auf Deutschland ist zum Beispiel die weitgehende Akzeptanz der Vorbereitungen eines Kriegs gegen Russland nicht erklärbar, ohne dass die Auswirkungen der über 100jährigen Geschichte deutscher Kriegsplanung und Kriegführung zunächst gegen das Zarenreich und dann gegen die Sowjetunion in Betracht gezogen werden. Wie die einschlägigen Talkshows gezeigt haben, kann »der Russe« bei Bedarf im Nu wieder zum »Iwan« mutieren. In Spanien ist der aktuell zur Schau gestellte Hass auf Israel in ähnlicher Weise weder ohne die jahrhundertalte katholische Judenverfolgung und den franquistischen Antisemitismus noch ohne die spezifische Geschichte der Linken zu erklären.

Das Beharren von Teilen der Gesellschaft auf Elementen des Franquismus ist deshalb nicht Ausdruck von Nostalgie, die man mit dem Abschrauben einiger Straßenschilder oder der Umbettung des Caudillo überwinden kann – das sind zwar notwendige, aber unzureichende äußere Zeichen –, sondern dieses Beharren drückt die mangelnde Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft aus, die in der Nachfolge Francos konstituiert wurde. Insofern greift die gegenwärtige Kampagne »Spanien in Freiheit« zu kurz. Das gilt nicht nur für Spanien. Solange die westlichen Demokratien nicht bereit sind, sich ihrem reaktionären Potential zu stellen, werden sie nicht in der Lage sein, seine Reaktualisierung zu vermeiden.

Rolf Surmann wird sich in der nächsten konkret-Ausgabe mit der Geschichte des spanischen Antisemitismus beschäftigen

»Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn«

Monat für Monat 128 Seiten
pointierte Kommentare und Analysen
zum Zeitgeschehen.

Im Kombiabo die »Blätter« gedruckt
und digital lesen.

Jetzt bestellen: blaetter.de/kombiabo

Einzelheft 12 €
Im Abo 8,75/6,92 € (Inland)

11'25

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

**+ Abo-
Prämie**

Sehnsucht nach
Zerstörung
Carolin Amlinger und
Oliver Nachtwey

Warnungen aus Weimar
Daniel Ziblatt

Die dunklen Seiten der USA
Frank Biess

UK: Regimechange leicht gemacht
Annette Dittter

Im Glashaus

Christian Stache spießt die Halbwahrheiten und Klischees in der ökosozialistischen Theoriebildung auf. Von Matthias Becker

Die Treibhausgasemissionen steigen weiter, die ökologischen Verwerfungen werden immer drastischer. Sie zu beenden und Schlimmeres zu verhüten, ist vernünftig, naheliegend, unverzichtbar. Aber die herrschenden Klassen verzichten zunehmend sogar auf die klimapolitischen Tarnmanöver, mit denen sie bisher ihre Bevölkerungen zu beruhigen versuchten. Sie treffen kaum auf Widerstand. Das liegt auch daran, dass ihnen theoretisch wie praktisch kein ernstzunehmender Gegner gegenübertritt.

Diesen Eindruck gewinnt der Leser jedenfalls in *System Update oder System Change?* des Sozial- und Wirtschaftshistorikers Christian Stache. »Kapitalismus und Nachhaltigkeit sind schlicht miteinander unvereinbar.« So bestimmt er den gemeinsamen Ausgangspunkt der Ökosozialisten in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Er vergleicht die theoretischen Positionen unterschiedlicher ökosozialistischer Strömungen zu den Ursachen und Verantwortlichen der ökologischen Krise, dem Subjekt und der Strategie der Veränderung und den Zielen oder Utopien, die sie anstreben.

Unter dem Banner des Ökosozialismus segeln bewegungsorientierte linke Sozialdemokraten wie Bernd Riexinger, Klaus Dörre und Raul Zelik, Wertkritiker wie die Gruppe Exit! und Thomasz Konicz, versprengte Anhänger der Kritischen Theorie, Wachstumskritiker, Intersektionalisten und schließlich eine Handvoll Trotzkiten. Die Flotte ist also bunt und divers, treibt aber dennoch laut Stache in die gleiche Richtung: Reformismus und Symbolpolitik.

Als geteilte theoretische Mankos macht Christian Stache den »Zirkulationismus« und den »Politizismus« aus. Ersterer hebt ausschließlich auf die Konkurrenz zwischen Unternehmen und Subjekten ab und dringt nicht zu den Klassenverhältnissen vor – »eine Kapitalismusinterpretation, mit der die handelnden Subjekte in der Gesellschaft und sozialen Praxis nicht mehr als ökonomisch verankert verstanden werden müssen«. Dies gilt beispielsweise für die massiv verkürzte Ideologiekritik oder die Theorie der »imperialen Lebensweise«, die von den

Politologen Ulrich Brand und Markus Wisen entwickelt wurde.

Der Politizismus wiederum »konzipiert Subjekte und soziale Praxis vor allem als zivilgesellschaftliche (Selbst-)Formierung über Macht und Kultur«, schreibt Stache. Klassen und ihre Kämpfe tauchen in den entsprechenden Theorien nicht auf, lediglich die (vermeintlichen) Zwangsgesetze der Verwertung. Die politische Sphäre dagegen erscheint in ihnen geradezu als Reich der Freiheit, was für Bewegungsstrategen natürlich praktisch ist. »Machtbeziehungen treten an die Stelle des Wertgesetzes.« Den linkssozi-



Kein revolutionäres Subjekt. Nirgends: Klimademo in Berlin, September 2025

aldemokratischen Ökosozialismus, wie ihn die Linkspartei und ihr Vorfeld vertreten, charakterisiert Stache als »Strategie der schrittweisen Eindämmung des Großkapitals und des Marktes beziehungsweise der schrittweisen Ausweitung gegenkultureller Projekte und Lebensweisen«. Ein weiteres Kernproblem sei die unkritische Haltung gegenüber Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, die von vermeintlich progressiven liberalen Eliten dominiert würden.

Staches Gegenvorschläge überzeugen nur bedingt. Er empfiehlt Kommunisten, Bündnisse mit reformistischen Kräften aufzugeben und statt dessen eine »innersozialistische und kommunistische Bündnispolitik« zu betreiben. Nötig sei die Organisation der Arbeitsklasse als revolutionäres Subjekt und eine politische Strategie, um die Staatsmacht zu erobern beziehungsweise

»Akkumulation von Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen«. Vor einer verfrühten Parteigründung müsse die theoretisch-inhaltliche Klärung stehen.

Seine Interpretation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses lässt Naturzerstörung und Mehrwertproduktion in eins fallen. Es handle sich buchstäblich um denselben Prozess: je mehr Mehrwert, umso kaputter die Natur. Das Subjekt der Veränderung verengt er auf Lohnarbeiter, die zur Akkumulation des Kapitals beitragen. Krankenschwestern in öffentlichen Kliniken beispielsweise seien höchstens Zuarbeiterinnen im Klassenkampf für ihre Kolleginnen in privaten Einrichtungen, weil nur kapitalproduktive Beschäftigte das Kapital vermehren. So vermischt er die besondere Machtressource solcher Arbeiter, mit der sie zum Beispiel Zugeständnisse abpressen können, mit der Möglichkeit, eine neue Gesellschaft zu errichten, so als würde sich der Kapitalismus in sozialistisches Wohlgefallen auflösen, sobald die Akkumulation stillsteht.

Solche Zuspitzungen auf alte und neue Haupt- und Nebenwidersprüche mögen eine Reaktion auf das selbstzufriedene Wischiwashi der vorherrschenden ökosozialistischen Theoriebildung sein – zukunftsweisend sind sie nicht. Staches durchaus treffende Kritik an der Praxis der sozialen Bewegungen mündet in ein Plädoyer für den demokratischen Zentralismus, der allerdings den heutigen Bedingungen angepasst werden müsse. Leider tauchen diese Bedingungen höchstens am Rande auf. *System Update oder System Change?* bewegt sich auf einem hohen Abstraktionsniveau, die konkreten Kämpfe um Natur und Arbeit dienen der Illustration, die bisherige Praxis der Klimabewegung taucht nicht auf.

Der Vorwurf linker Akademiker an ihre Kollegen, sie seien eben solche, kommt offenbar nicht aus der Mode. Ökosozialistische Kritik findet gegenwärtig im akademischen Glashaus statt, bestenfalls drängt es sie nach draußen. »Eine kollektive politische Orientierung (der ökosozialistischen Strömungen) ist aktuell schlicht nicht vorhanden«, stellt Stache zusammenfassend fest. Seine Analyse zeigt ein desolates Bild. Noch schlimmer als die Ungenauigkeiten und Fehler der Theoriebildung ist wohl die Tatsache, dass es im politischen Alltag auf sie überhaupt nicht ankommt. Im Resonanzraum der linken Milieus, maßgeblich mit Stiftungsgeldern finanziert und sicher vor störenden äußeren Einflüssen, dient sie in erster Linie der Selbstvergewisserung und Selbstbeschäftigung. ●

Christian Stache: *System Update oder System Change? Glanz und Elend des Ökosozialismus*. Papyrossa, Köln 2025, 334 Seiten, 24 Euro

Matthias Becker schrieb in konkret 10/25 über Die Deutschen und der Gehorsam von Martin Wagner

Der Feind meines Feindes

Warum der Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen« bei Springers »Welt TV« vor der Islamisierung warnt. Von Stefan Gärtner

Man muss nicht immer einer Meinung sein mit Leuten, mit denen man einer Meinung ist, und geht es vielleicht um anti-russische Propaganda und darum, an wessen Seite der heutige Nato-Partner Finnland 1944 stand (auf der falschen), dann würde ich, schon um mich nicht dem Vorwurf prorussischer Propaganda auszusetzen, den sowjetischen Überfall nicht unterschlagen, der im Nachgang des Hitler-Stalin-Pakts zum sogenannten Winterkrieg 1939/40 führte und mit Annexionen auf Kosten Finnlands endete.

Genauso hat Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen«, erst mal Recht, wenn es um Israel geht und darum, wie tendenziell einäugig die deutsche Berichterstattung ist und dass »fast nie erwähnt wird, was die israelische Regierung alles unternimmt, um Zivilisten zu schützen, und was die Hamas zugleich tut, um den Blut-zoll der eigenen Bevölkerung in die Höhe zu treiben, damit der Krieg der Bilder gegen Israel gewonnen wird« (**konkret 7/25**). Und wirklich hört es ja nicht auf; »Süddeutsche Zeitung«, 1. Oktober: »Das israelische Vorgehen hat laut den Vereinten Nationen und der Gesundheitsbehörde in Gaza bereits 65.000 Palästinenserinnen und Palästinenser das Leben gekostet.« Als gehörten zum Kriegführen nicht immer zwei; und dass die Hamas hier nicht mehr vorkommt und an all den Toten ganz unschuldig ist, kennzeichnet den Stand der Ermittlungen.

In dieser Atmosphäre hat sich Engel ins »Welt TV« gesetzt, um eine »Welt«-Recherche zu kommentieren, wonach Asylanträge in Deutschland zu 90 Prozent befürwortet werden, wobei jetzt Springer unterschlägt, dass immer weniger Menschen dazu kommen, überhaupt einen zu stellen. »Wir sitzen«, sagt also Engel, »gesellschaftlich auf einem Pulverfass mit Blick auf Migration und mit Blick auf illegale Migration, und auch das bekommen die Bürger natürlich mit: Überlastung der Kommunen, Überlastung des

Bürgergeldes, Überlastung der großen Vermögen«, halt, das war ein Witz, das hat Engel nicht gesagt. Gesagt hat er: »Ich bin da immer sehr dafür, uns nur aufzuhalten bei empirischen Fakten und nicht sozusagen bei der politischen Wertung dann; es gibt diese Umfragen beziehungsweise Studien, dass rund um das Jahr 2040 beziehungsweise 2050 in Deutschland dann womöglich – oder nicht womöglich, sondern voraussichtlich – es eine islamische Mehrheit geben wird«; womit er, der sich mit Wahnerzählungen doch eigentlich auskennen müsste, tatsächlich die

Ich möchte nicht ausschließen, dass es einen jüdischen Deutschen besorgen kann, wenn zu den deutschen Antisemi- ten noch muslimische hinzukommen

Wahnerzählung vom Bevölkerungsaustausch weiterträgt. »Das Gros der muslimischen Bürger in diesem Land ist genauso bürgerlich wie Sie und ich, und es gibt aber innerhalb dieser Gruppe, die sehr, sehr groß ist, eine Minderheit, die dann aber wieder so groß ist, (dass sie) dieser Gesellschaft Probleme bereitet. Das Thema Kriminalität, das Thema innere Sicherheit, das Thema Antisemitismus, das Thema Frauenbilder, das Thema Nicht-arbeiten-Wollen«, und mindestens dieses Thema kenn' ich; und möchte aber nicht ausschließen, dass es einen jüdischen Deutschen besorgen kann, wenn zu den deutschen Antisemiten noch muslimische hinzukommen. Denn zwar ist das Geschmackssache, ob man es für diskriminierend hält, Muslimen ihren Antisemitismus

vorzuwerfen, wo der sich von unserem am Ende nicht unterscheidet; gleichwohl ist jeder Judenfeind einer zuviel, und ganz unverständlich ist das dann nicht, wenn Engel die Aussicht auf eine Million Muslime als Neubürger bedrohlicher findet als die auf eine Million Buddhisten.

Einer der Hauptbeschleuniger des Nahost-Zanks ist immer das vererbte »Rückkehrrecht« gewesen, also die groteske Zumutung, die es für Israel bedeuten würde, im eigenen Staat unter »zurückgekehrten« Palästinensern – von denen die meisten das Land, in das sie da zurückkehren würden, nie gesehen hätten – als Minderheit zu leben; denn wenn man wo weiß, wie das enden kann, Minderheit unter feindlicher Mehrheit zu sein, weiß man's da. In der Minderheit sind deutsche Juden auch, und zwar gegenüber gleich zwei Mehrheiten, und wer Angst hat, da unter die Räder zu kommen, mag hoffen, es werde bei relativer Toleranz und Miteinander unter Polizeischutz bleiben; sicherer ist der Schulterschluss mit der stärkeren Mehrheit, die das Gewaltmonopol und offiziell nichts gegen Juden hat, auch wenn darauf kein Verlass ist: So sind wir mit den Juden gegen die uns überfremdenden Kaffer, stellen uns aber sofort auf deren Seite, wenn es gegen Israel geht. Es mag die Lage der deutschen Juden kennzeichnen, dass es unterm Aspekt von Leib und Leben noch dann plausibel ist, sich als guter Deutscher zu empfehlen, wenn wir uns daran erinnern, dass auch 1933ff. die jüdischen Landsleute dachten, als gute Patrioten und Kriegsteilnehmer könnten sie doch unmöglich zu Vaterlandsfeinden und für vogelfrei erklärt werden. Kriminalität, innere Sicherheit, Antisemitismus, Frauenbilder, Nicht-arbeiten-Wollen – Engel verpackt seine Sorge in die Sorgen der Mehrheit, und ein Freund ist allemal der, der denselben Feind hat. Der Deal lautet hier: Ich mit euch gegen die Clan-Faulenzer, die ihre Frauen verschleiern, ihr mit mir gegen dieselben Faulenzer, die mich als Israeliten hassen.

Daran ist zumal das pauschale Urteil hässlich, das der muslimischen Judenfreundschaft nicht eben zuarbeitet; wer aber die Szenen vom 7. Oktober 2023 noch vorm geistigen Auge hat, als Muslime vor Freude auf Berliner Straßen tanzten, und wer die deutsche Opfererzählung kennt, die sich, kostet das israelische Vorgehen Menschen- und zumal Kinderleben, darin wiedererkennt, dass Krieg und Verderben tatsächlich stets von Juda kommen, wird vielleicht verstehen, warum sich der Chefredakteur einer jüdischen Zeitung rechts andient: Da ist die Macht. Und links, da liebt man den Islam und hasst Israel. Noch Fragen?

Stefan Gärtner schrieb in konkret 10/25 über eine üble Verrenkung der »Süddeutschen Zeitung«

Als erklärte »Tabubrecherin« hat die AfD jedoch wesentlich zur Normalisierung antisemitischer Codes, Symboliken und Verschwörungsmythen beigetragen und mit ihren zahlreichen, folgenlos gebliebenen antisemitischen Skandalen dafür gesorgt, dass die Hemmungen vor öffentlichen antisemitischen Positionierungen gefallen sind. Antisemitismus ist wieder gesellschaftsfähig – und wählbar.

Antisemitismus ist in der AfD allgegenwärtig. Immer wieder attackiert die Partei unter Rückgriff auf antisemitische Stereotype prominente Vertreter/innen jüdischen Lebens, teilen führende AfD-Funktionärinnen und Funktionäre antisemitische Verschwörungserzählungen oder relativieren die Verbrechen des Nationalsozialismus. Trotz der zahlreichen einschlägigen Skandale in ihrer noch jungen Parteigeschichte wird dem Antisemitismus in der Analyse der AfD jedoch kaum Beachtung geschenkt.

In seinem Buch beschreibt Stefan Dietl den Antisemitismus als wesentliches Ideologeelement und Welterklärungsmodell der AfD. Dabei nimmt er die verschiedenen Erscheinungsformen des Judenhasses in der Partei ebenso unter die Lupe wie die Versuche der AfD, sich als Bollwerk gegen Antisemitismus und Fürsprecherin Israels zu inszenieren.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt das Buch geschenkt.

STEFAN DIETL

ANTISEMITISMUS UND DIE AfD

Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich im Voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch *Antisemitismus und die AfD*

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC, Kreditinstitut

E-Mail

Datum, Unterschrift

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsmuster aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: ZENIT Pressevertrieb GmbH, konkret-Aboservice, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart.

ZENIT Pressevertrieb GmbH, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die ZENIT Pressevertrieb GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ZENIT Pressevertrieb GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zurück auf Anfang?

Die deutsch-polnische Annäherung in der Reparationsfrage fußt auf einem revisionistischen Geschichtsverständnis. Von Rolf Surmann

Die Reparations- und Entschädigungsforderungen Polens gegenüber Deutschland sind anders begründet als etwa die griechischen oder italienischen. In juristischer beziehungsweise vertragsrechtlicher Hinsicht ist ihre Rechtfertigung schwach. Als Polen 1953 auf Geheiß der Sowjetunion – sie wollte sich nach dem 17. Juni der DDR gegenüber der mit Marshallplan-Geldern hochgepöppelten und de facto von Reparationszahlungen weitestgehend befreiten BRD wirtschaftlich etwas Spielraum verschaffen – den Verzicht auf weitere Reparationen von Seiten des ostdeutschen Staats erklärte, entsprach das sicher nicht seinen staatlichen Interessen, auch nicht den Konsequenzen aus den deutschen Verbrechen, sondern den Erfordernissen der durch den Kalten Krieg bestimmten Weltlage.

Ein anderes Beispiel: Als 1990 mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag das Ende des Zweiten Weltkriegs vertraglich geregelt wurde, war es für Polen existentiell wichtig, die völkerrechtliche Anerkennung seiner Westgrenze durch die BRD zu erreichen, was diese, anders als die DDR, über Jahrzehnte vermieden hatte. Reparations- und Entschädigungsforderungen hätte es außerdem unter Bedingungen stellen müssen, in denen der westdeutsche Staat sowieso alles daran setzte, sich ihnen grundsätzlich zu entziehen. Trotz juristischer Argumentationsversuche der Art, die Entscheidung 1953 sei unter Zwang erfolgt und deshalb nicht rechtsgültig, entwickelte Polen parallel auch eine andere Begründung seiner fortbestehenden Reparationsforderungen.

Ihren Ausgang nahm sie neben einer diesbezüglichen Parlamentskommission in der Gründung eines wissenschaftlichen, nach dem Widerstandskämpfer Jan Karski benannten Instituts zur Erforschung der Kriegsschäden. In akribischer Arbeit wurden die Schäden aufgelistet, die Deutschland Polen zugefügt hatte. Konsequenz: 1,3 Billionen Euro forderte Polen von Deutschland.

Diese Summe war nicht lediglich als Aufschlag für Verhandlungen gedacht, sondern sie stellt zugleich eine detaillierte Auflistung deutscher Schuld und Verantwortung dar. Sie beziffert keine nur vergangenheitsorientierte Dimension, sondern sie steht zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Umstand, dass der heutige polnische Lebensstandard vor diesem Hintergrund weit hinter dem deutschen zurückliegt.

Damit bekamen die polnischen Forderungen ein neues Gewicht. Sie verloren ihre zeitgeschichtliche Verhaftetheit; über Kompensationsleistungen für die konkreten Nazi-Verbrechen hinaus wuchs ihnen eine dauerhafte nationale Bedeutung zu. So gewannen sie an politischem und moralischem Gehalt. Sie sind bekanntlich fester Bestandteil der PiS-Politik gegenüber Deutschland. Darüber hinaus kann sie mittlerweile keine polnische Regierungspartei ignorieren.

Die deutsche Regierung reagierte auf diese Lage wenig überraschend in der üblichen Weise. Grundsätzlich lehnte sie die Forderungen ab und bestritt ihre Berechtigung. Doch ergänzte sie diese Zurückweisung, wie seit einigen Jahren üblich, mit den bekannten *soft skills*: Aufarbeitung und Erinnerung wurden ebenso versprochen wie ein paar Almosen für die letzten Überlebenden. Denkmal und Ausstellung sind mittlerweile in der Mache, hinsichtlich der Opfer-Almosen wird Jahr für Jahr die Notwendigkeit schnellen Handelns angemahnt. Olaf Scholz' provokante politische Verheißung, Polen könne seine die Gesellschaft prägenden Schäden durch Teilhabe an der deutschen Fortschrittsentwicklung überwinden, überzeugte auch nicht sonderlich. Denn unabhängig von parteipolitischen Präferenzen sitzen die lebensgeschichtlichen Erfahrungen in der polnischen Gesellschaft so tief, dass weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf Reparationsleistungen besteht. Angesichts seiner Bedeutung für die politische Hegemonie in Osteuropa kann man Polen auch nicht einfach wie

Griechenland oder Italien behandeln, ganz zu schweigen von den polnischen Avancen gegenüber den USA.

In dieser Pattsituation wurde Putin zum rettenden Engel. Nach dem Regierungswechsel in Polen beschloss man anlässlich der ersten Regierungskonsultationen einen vierzigseitigen Aktionsplan, in dem Russland zur zentralen Gefahr erklärt und als deutsch-polnisches Hauptinteresse die Arbeit an einem »gemeinsamen Sicherheitskonzept« festgeschrieben wurde. Das Wort »Reparationen« verschwand ganz nebenbei und wurde durch das unverbindliche »Wiedergutmachung« ersetzt. Der neue polnische Regierungschef Donald Tusk formulierte schließlich den goldenen Satz, Deutschland könne seinen Verpflichtungen ja auch dadurch nachkommen, dass es in Polens militärische Sicherheit investiere. Seitdem verbreitet sich diese Idee wie ein Lauffeuer.

Als der neue polnische Staatspräsident Karol Nawrocki im September Deutschland besuchte, versicherte ihm Bundeskanzler Merz im selben Geist die feste und unverbrüchliche Solidarität Deutschlands beim Schutz vor der russischen Bedrohung. Der deutsche Polen-Beauftragte, Knut Abraham, konkretisierte diesen Ansatz in reparations- und entschädigungspolitischer Hinsicht. Er griff die Bemerkung Tusks auf und unterstrich, das Füreinandereinstehen Deutschlands und Polens müsse von der Bundesregierung auch finanziell und militärisch unterlegt werden. Dies sei die »moderne Übersetzung der Verpflichtung Deutschlands für Polen während des Zweiten Weltkriegs«. Von den nicht geleisteten Reparationszahlungen aus dem letzten Krieg gegen die damalige Sowjetunion zu neuer gemeinsamer Kriegspolitik gegen das heutige Russland – das ist tatsächlich eine erstaunliche Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg.

Doch neu ist diese politische Entwicklung nicht. Denn vor dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 waren auch gemeinsame deutsch-polnische Entwürfe für Osteuropa konzipiert worden. Es sei hier an Marschall Piłsudskis Pläne für die Schaffung eines Großpolens nach dem Ersten Weltkrieg erinnert und an den Piłsudski-Hitler-Pakt 1934 und der »deutsch-polnischen Raumgemeinschaft im Gesamt-Ost-raum«, nicht zuletzt auch an die Besetzung des Sudetenlandes durch Nazi-Deutschland, während Polen nach dem Münchner Abkommen 1938 in das Teschener Gebiet der Tschechoslowakei einmarschierte. Die »moderne Übersetzung« deutscher Kriegsschuld und -schulden weckt deshalb auch Erinnerungen an etwas Altbekanntes. »Zurück auf Anfang«, gewissermaßen. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 10/25 über den Umgang der Bundesregierung mit den deutschen Kolonialverbrechen

Bündnissfall ... verzweifelt gesucht

Reinhard Lauterbach über den Hype um die mysteriösen Drohnensichtungen

Zitieren wir zum Auftakt zwei Absätze von der Internetseite des Bayerischen Rundfunks, abgerufen am 10. Oktober:

»Die Drohnen wurden nach Angaben eines Bundespolizeisprechers am Freitag kurz vor 23 Uhr gleichzeitig im Bereich zweier Landebahnen gesehen. Ihm zufolge handelte es sich um mindestens zwei Drohnen. Zuvor war die Bundespolizei einem Hinweis über eine mögliche Drohnensichtung nachgegangen. Die Flugsicherung habe den Flugbetrieb gegen 21.30 Uhr vorsorglich eingeschränkt und bis auf Weiteres eingestellt, so der Sprecher. Die Polizei – Bundes- und Landespolizei – durchsuchte Gelände und Luftraum, auch mit einem Polizeihubschrauber, aber ohne Erfolg. Ab 7 Uhr wurde der Flugbetrieb am Samstag schrittweise wieder aufgenommen.«

Wir haben mithin eine subjektlose Leadzeile: Die Drohnen wurden gesehen. Wer hat sie gesehen? Wir wissen oder sagen es nicht. Aber der Polizeisprecher weiß: Es waren zwei. Ausgangspunkt war ein Hinweis – von wem? –, dem die Bundespolizei nachgegangen sei, allerdings ohne Erfolg. Am darauffolgenden Morgen sei nach etwa neun Stunden der Flugbetrieb wieder aufgenommen worden. War also irgendetwas? Früher sind Meldungen über Ufo-Sichtungen in Nachrichtenredaktionen umstandslos in den Papierkorb gewandert, jetzt setzt man den ganzen Staatsapparat in Bewegung – Bayern will seine Polizei ermächtigen, künftig Drohnen abzuschießen. Dreht da jemand durch oder ist das Durchdrehen (der Öffentlichkeit) genau das, was mit der Drohnenhysterie erreicht werden soll?

Mit den vorherigen Drohnensichtungen war es ja auch nicht besser: Drohnen über dem Nord-Ostsee-Kanal und dem schleswig-holsteinischen Landtag, über der Kieler Universitätsklinik. Alle Drohnen wurden angeblich »gesichtet«, aber irgendwelche Belege oder Nachweise fehlen. Über dem Kopenhagener Flugplatz sollen »mehrere Drohnen aus mehreren Richtungen« gekreist sein, von »kundiger Hand gesteuert« – klar, eine unkundige hätte sie ja gar nicht in die Luft

gekriegt –, die aber anschließend spurlos verschwunden seien. Die dänische Polizei habe keine Spuren oder Trümmer sicherstellen können, meldeten die Behörden, ohne sofort die Aktendeckel über dem Vorfall zu schließen. Im Gegenteil: Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen war sich sicher, dass es sich um den »schwerwiegendsten Angriff auf Dänemarks kritische Infrastruktur« seit Menschengedenken gehandelt habe. Ein Angriff auf was? Mit welchen Schäden, wenn die eigene Polizei meldet, es habe keine gegeben?

Wir leben im Zeitalter heillosen Spekulation nach dem Motto: Wenn man nicht weiß, was und wer es war, dann war es der Russe. Waren die Drohnen vielleicht von russischen Schiffen aufgestiegen, als die gerade den Öresund zwischen Dänemark und

War also irgendetwas?

Schweden passierten? Sind diese Schiffe nicht nur zum Transport von Öl da, sondern auch noch Plattformen zum Start der modernen Ufos? Weit weg vom Drohnenflug, im Ärmelkanal vor der Küste der Bretagne, enterten französische Spezialkräfte ein unter der Flagge von Benin fahrendes Schiff, das zur »Schattenflotte« gehören soll, und eskortierten es zur Durchsicherung in den Hafen von St. Nazaire. Und? Was kam dabei heraus? Wurde etwas gefunden? Nichts dergleichen. Nach ein paar Tagen konnte das Schiff wieder auslaufen.

Außer Spesen nichts gewesen? Eher nicht. Das ganze Geschrei liest sich wie die propagandistische Vorbereitung einer Sperrung der Ostsee-Ausgänge für russische oder nach Russland laufende beziehungsweise von dort kommende Schiffe. Im Prinzip illegal und jedenfalls ein Akt an der Grenze des Krieges. Eine Reederei mit Sitzadresse in Oslo machte sich dadurch verdächtig, dass sie ein Büro im russischen Kaliningrad unterhält; in den Medien war zu lesen, das Büro habe seine Internetadresse zuerst mit por-

nographischen Inhalten gefüllt und sie dann gelöscht. Und warum der Umweg über die Pornos? Abschalten geht doch viel einfacher. Das Ganze folgt der Logik: je absurder, desto meldenswerter und je meldenswerter, desto plausibler. Wenn hier etwas ausgetestet werden soll, dann ist es am Ende weniger die Drohnenabwehr der Nato, als der Grad, in dem die Öffentlichkeiten der Nato-Länder bereit sind, ihren Regierungen und Geheimdiensten aus der Hand zu fressen und jeden Unsinn zu akzeptieren, der mit hinreichendem Gedröhn und offiziellem Segen in die Luft geblasen wird. Getestet wird, wie es aussieht, die Resilienz des logischen Denkens und der elementaren journalistischen Quellenkritik gegenüber staatlichen Fake News.

Aber, wird jemand vielleicht einwenden, die 21 Drohnen über dem Osten Polens in der Nacht vom 9. auf den 10. September – die hat es doch gegeben. Ja, die hat es gegeben, aber nach wie vor ist völlig unklar, wer sie abgeschossen hat und in welcher Absicht: Um die polnische Luftabwehr zu testen? Sie hat diesen Test nicht bestanden. Der schwerste Schaden am Dach eines Wohnhauses wurde nicht durch eine eingedrungene Drohne verursacht, sondern durch eine Luft-Luft-Rakete, die ein polnischer F-16-Jäger abfeuerte. Die Regierung in Warschau versuchte tagelang, die Peinlichkeit zu vertuschen, bis irgendjemand im Militär der Zeitung »Rzeczpospolita« den wirklichen Hergang steckte. Oder war die Absicht vielleicht eine ganz andere: Die Stimmung in Westeuropa in Richtung eines direkteren Engagements im Ukraine-Krieg zu beeinflussen?

Es reicht, sich drei Fakten in Erinnerung zu rufen: Die Ukraine hat nach eigener Angabe Drohnen, die in der Lage sind, 1.500 Kilometer nach Osten zu fliegen. Sie können also auch die 1.300 Kilometer von Kiew nach Kopenhagen fliegen und dort für Aufregung sorgen. Sie hat zweitens – dies jedenfalls die offizielle Version der Bundesanwaltschaft – keine Hemmungen gehabt, Angriffe auch gegen Einrichtungen von Verbündeten zu verüben: Stichwort Nord Stream. Und sie hat drittens nichts zu verlieren außer dem Krieg. Aber wer in diese Richtung auch nur denkt, macht sich verdächtig: nicht nur als Opfer »russischer Desinformation«, sondern als deren Verbreiter (Donald Tusk). ●

Reinhard Lauterbach schrieb in konkret 10/25 über das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine

Punkt für Beijing

Wie Donald Trumps Wirtschaftskrieg die internationale Position Chinas stärkt. Von Jörg Kronauer

Es war kein Paukenschlag, es war ein politischer Trommelwirbel: Ende August und Anfang September zelebrierte die Volksrepublik China vor den Augen der Weltöffentlichkeit einen Mix aus globaler Diplomatie und nationaler Stärke. Es begann mit dem Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), deren inzwischen zehn Mitglieder rund 40 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren und die zudem mittlerweile 17 Partnerstaaten hat. Zum Vergleich: In den 32 Nato-Staaten leben nur zwölf Prozent der Weltbevölkerung. Auf den SCO-Gipfel, der am 31. August und am 1. September in der nordchinesischen Hafenstadt Tianjin abgehalten und von diversen bilateralen Treffen begleitet wurde, folgte am 3. September eine große Militärparade in Beijing. Anlass war der 80. Jahrestag des Sieges über Japan, den China am 3. September 1945 ausgerufen hatte – einen Tag nach Japans formeller Kapitulation, mit der der Zweite Weltkrieg in Asien zu Ende ging. Auch dazu war internationale Prominenz zahlreich angereist. Beide Ereignisse fanden ein ungewohnt starkes Echo in der globalen Öffentlichkeit.

Zu Recht. Mehrere Faktoren sicherten diesen Veranstaltungen eine besondere Bedeutung, und das nicht nur für die Volksrepublik selbst, sondern auch für die Weltpolitik. Da war zunächst das Waffenarsenal, das die Volksbefreiungsarmee auf der Militärparade zur Schau stellte. Die Wahl des Datums lieferte die Erklärung: Nie wieder soll ein Land China überfallen und so übel verwüsten können, wie Japan es im Zweiten Weltkrieg tat. Um dies zu verhindern, hat sich die Volksrepublik in den vergangenen Jahrzehnten sehr effizient für ihre Verteidigung gerüstet. Dies, nur nebenbei, mit einem Rüstungshaushalt, der seit mehr als zwei Jahrzehnten nie zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschritt. Chinas Rüstungskonzerne, deren Produkte am 3. September in Beijing öffentlich vorgeführt wurden, haben es in den vergangenen Jahren vermocht, allerlei High-Tech-Waffen zu entwickeln, die in vielen Fällen bereits mit US-Rüstungsgütern gleichgezogen haben und sie zuweilen

sogar übertreffen. Die Debatte darum bewegte Wochen vor der Militärparade die Fachöffentlichkeit.

Erste Details konnte man bereits im August der »South China Morning Post« aus Hongkong entnehmen, die in einer ausführlichen Serie detailliert über die modernsten Waffen des chinesischen Militärs informierte. Dort erfuhr man etwa, dass die Volksrepublik nicht nur über zwei Kampffjets der heute modernsten fünften Generation verfügt – den Shenyang J-35 und den Chengdu J-20, Äquivalente zum US-Jet F-35 –, sondern dass sie zudem ihre erste Tarnkappendrohung, die Feihong FH-97, inzwischen in Dienst gestellt hat. Die USA, so berichtete das Blatt, planten die Einführung einer derartigen Drohne für 2029. Erste einsatzbereite Hyperschallraketen habe China schon seit 2019 im Arsenal. Mittlerweile verfüge die Volksrepublik, während die Vereinigten Staaten ihre erste dieses Jahr in Dienst stellen wollen, über mehrere Modelle, darunter Hyperschallschiffsabwehrraketen. Das ist keine Marginalie, denn im Fall eines Krieges gegen China wären die USA in höchstem Maß – *it's the geography, stupid* – auf ihre Marine angewiesen. Modernste Kampfpanzer, Kampfroboter, Drohnen, Drohnenabwehr und Mikrowellenwaffen und anderes mehr komplettieren das chinesische High-Tech-Kriegsmaterial.

Die Waffen, die die Volksrepublik am Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg zur Schau stellte, machten deutlich: Die Chancen der USA, China militärisch zu bezwingen, sind gesunken. Militärexperten, die die Parade am 3. September analysierten, hatten bereits zuvor registriert, dass die rasch fortschreitende chinesische Aufrüstung auch eine stärkere Machtprojektion zulässt. Schon im Februar dieses Jahres hatte Beijing drei Kriegsschiffe zunächst zu Übungen in die Tasmansee zwischen Südostaustralien und Neuseeland entsandt und sie anschließend Australien umrunden lassen: eine Demonstration des wachsenden Operationsspielraums der chinesischen Marine. Im Juni kreuzten erstmals zwei der bereits drei chinesischen Flugzeugträger gleichzeitig außerhalb der strategisch wichtigen Er-

sten Inselkette vor Chinas Küste, deren Kontrolle den USA im Fall der Fälle eine Seeblockade der Volksrepublik ermöglichte. Die chinesische Flugzeugträgerexpedition sei im Hinblick auf Chinas Fähigkeit, »Macht in den Indo-Pazifik zu projizieren«, ein »strategischer Schritt nach vorn«, räumte das Militärportal »Breaking Defense« ein: gut für die Verteidigung der Volksrepublik, ärgerlich für ihre Feinde.

Fortschritte macht die Volksrepublik nicht nur auf militärischer Ebene. Es gelingt ihr auch, ihre Bündnisysteme zu stabilisieren, zu stärken und zu erweitern. Das zeigt nicht nur das fortgesetzte Wachstum der Brics, des wohl zentralen Zusammenschlusses der aufstrebenden Schwellenländer, das mittlerweile zehn Mitglieder und eine ganze Reihe Kandidaten für die Aufnahme in das Bündnis hat. Die Brics umfassen inzwischen fast die Hälfte der Weltbevölkerung; ihre Wirtschaftsleistung ist größer als die der G7. Man konnte den Ausbau von Chinas internationalen Kooperationsstrukturen auch auf dem SCO-Gipfel in Tianjin erkennen. Die SCO, einst gegründet, um Separatisten und jihadistische Terroristen in Zentralasien zu bekämpfen, ist gewachsen; sie hat Indien und Pakistan, Belarus und den Iran aufgenommen, und ihre Partnerstaaten reichen von Kambodscha über Sri Lanka, Ägypten und Saudi-Arabien bis zur Türkei. Darüber hinaus dehnt sie ihre Aktivitäten systematisch aus: Sie fördert die politische, zuweilen die militärische, nicht zuletzt auch die ökonomische Kooperation der Mitgliedsstaaten untereinander. Letzteres hat China in Tianjin gezielt vorangetrieben.

Der Grund ist offensichtlich. Wie die meisten Länder sind die SCO-Staaten – mit Ausnahme Russlands – von den Zöllen, die US-Präsident Donald Trump gegen sie verhängt hat, hart getroffen worden. Für ausfallende Exporte benötigen sie Ersatz. Sie sollen stärker auf die riesigen Märkte anderer SCO-Mitglieder orientieren, schlug Chinas Präsident Xi Jinping in Tianjin vor – und quasi als Anschubinitiative dafür kündigte er an, China werde SCO-Plattformen einrichten, die eine intensive Kooperation in Sachen Energie, Klima und Industrie fördern sollen.

Zudem regte er an, eine eigene SCO-Entwicklungsbank zu schaffen, um wichtige ökonomische Vorhaben der Mitgliedsstaaten zu fördern. Die Brics verfügen über ein solches Instrument schon – die New Development Bank, eine Alternative zu den vom Westen kontrollierten Bretton-Woods-Institutionen. Xi gab zudem bekannt, China sei bereit, allen SCO-Mitgliedsstaaten Zugang zum chinesischen Satellitennavigationssystem Beidou zu gewähren. Sie wären dann nicht mehr auf GPS angewiesen: ein Schritt aus der technologischen Abhängigkeit von den USA. Pakistan gehört zu den Staaten, die heute schon Beidou nutzen; laut Einschätzung pakistanischer Militärs hat das System sich kürzlich im Fünf-Tage-Krieg gegen Indien bewährt.

Was Ende August, Anfang September in Tianjin und Beijing die globale Öffentlichkeit jedoch am meisten interessierte, waren die bilateralen Zusammenkünfte diverser Staats- und Regierungschefs am Rande des eigentlichen Gipfels: Zusammenkünfte, die erkennen ließen, dass sich die Welt jenseits des Westens enger gegen dessen Bestre-

bungen zusammenschließt, seine globale Dominanz mit allen Mitteln zu behaupten. Xi zum Beispiel traf am 2. September in Beijing mit Russlands Präsident Wladimir Putin zusammen, was im Westen die üblichen verärgerten Reaktionen und wüste Tiraden über eine feindliche Achse Moskau–Beijing auslöste. Xi hatte sich in der Tat schon auf dem SCO-Gipfel gegen die westliche Dominanzpolitik gewandt und »Kalte-Kriegs-Mentalität, Lagerkonfrontation und Mobbing« in der Staatenwelt kritisiert; dass eine Reihe von Ländern – gemeint war der Westen – bestrebt sei, anderen »ihre Hausordnung« aufzunötigen, sei inakzeptabel, erklärte er und stellte fest, »die Gestaltung der Welt« sei »an einer Wegkreuzung angelangt«.

Die Beziehungen zwischen Russland und China hätten »die Prüfung des internationalen Wandels« bestanden, konstatierte Xi bei seinem Treffen mit Putin und erläuterte, die fast zwei Dutzend Kooperationsabkommen, die beide Seiten anlässlich des Treffens unterzeichnet hätten, würden noch mehr als bisher für »eine tiefe Integration der Interessen« der beiden Staaten sorgen. Das trifft

zu, ist aber nicht die ganze Wahrheit. Zu dieser gehört, dass Moskau und Beijing sich zwar in der Auseinandersetzung mit dem Westen gegenseitig unterstützen, dass sie aber unverändert Differenzen haben. Ein Beispiel bietet die am Rande des Treffens von Xi und Putin geschlossene Vereinbarung über den Bau der Pipeline Power of Siberia 2. Mit ihr soll Erdgas von der russischen Jamal-Halbinsel, das einst in die Nord Stream-Pipelines floss, nach China geleitet werden. Russland braucht die Pipeline, um seine Verluste in Europa auszugleichen. Beijing hat da lange gezögert: Es will nicht zu stark von Moskau abhängig werden. Zudem drückt es nach Kräften den Preis.

Aufschlussreich war in jenen vier Tagen auch der Aufenthalt des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un in Beijing. Er kam nicht nur zu einem mehr als zweistündigen Gespräch mit Putin zusammen; dabei sei es um die »langfristige« Zusammenarbeit gegangen, aufbauend auf Nordkoreas Unterstützung für Russland mit der Entsendung von Soldaten im Ukraine-Krieg, hieß es. Vor allem aber nahm Kim direkt an Xis Seite an

der Militärparade teil; anschließend wurde er von Xi zum Bankett in der Großen Halle des Volkes empfangen. Über Jahre waren die Beziehungen zwischen Beijing und Pyöngjang alles andere als entspannt. Zwar profitierte die Volksrepublik geostrategisch davon, dass Nordkorea als Pufferstaat gegenüber der massiven US-Militärpräsenz in Südkorea fungiert. Der nuklearen Bewaffnung des Landes aber standen chinesische Politiker stets kritisch gegenüber. Das scheint Vergangenheit zu sein. Die beiden Länder sollten ihre »strategische Zusammenarbeit« stärken, »um gemeinsame Interessen zu wahren«, riet Xi, während es aus Pjöngjang hieß, man werde Beijing »ausnahmslos« unterstützen – »unabhängig« von der internationalen Lage. Dem Schulterchluss zwischen Moskau und Pjöngjang folgt also offensichtlich auch einer zwischen Pjöngjang und Beijing.

Wurde all dies im Westen sorgfältig und mit Unmut registriert, so richtete sich spezielle Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten von Indiens Ministerpräsident Narendra Modi in Tianjin – nur dort, denn Modi besuchte zwar den SCO-Gipfel, nicht aber die Militärparade in Beijing. Für die Aufmerksamkeit gab es einen doppelten Grund. Zum einen setzen die westlichen Staaten und



Picture Alliance/Associated Press

Eigene Weltmachtambitionen: Russlands Präsident Wladimir Putin, Indiens Premierminister Narendra Modi und Chinas Präsident Xi Jinping beim Treffen der Shanghai Cooperation Organization in Tianjin, September 2025

ganz besonders die USA in ihrem Machtkampf mit China auf die traditionelle indisch-chinesische Rivalität und konkret darauf, dass Indiens Bourgeoisie eine Position zumindest auf Augenhöhe mit der Volksrepublik anstrebt. Dazu fehlt ihr heute das politische und vor allem das ökonomische Gewicht, weshalb sie zur Stärkung ihrer Stellung in Asien Rückendeckung vor allem aus den Vereinigten Staaten sucht. Der Westen will sich dies zunutze machen, um Neu-Delhi in seine Front gegen Beijing einzubinden. Und zum anderen hatte US-Präsident Trump erst kurz zuvor Zusatzzölle von 25 Prozent auf Importe aus Indien verhängt – zusätzlich zu ohnehin verhängten allgemeinen 25-Prozent-Zöllen –, um Indien zu einer Einstellung seines umfangreichen Russland-Geschäfts zu zwingen und einen Keil zwischen Moskau und Neu-Delhi zu treiben. Indien aber war nicht bereit nachzugeben.

Nun reiste Modi also nach Tianjin – und traf dort mit Putin zusammen. Er ließ sich sodann von dem russischen Präsidenten demonstrativ in dessen Auto herumkutschieren und dehnte das Gespräch mit ihm in dem Fahrzeug nach Ankunft am Ziel für alle Welt sichtbar auf eine Dreiviertelstunde aus. Russland ist für Indien nach wie vor ein bedeutender Waffenlieferant, auch wenn Neu-Delhi seine Abhängigkeit von Moskau inzwischen mit Eigenprodukten und mit Käufen etwa in Europa zu verringern sucht; man will schließlich nicht aufgeschmissen sein, sollte der Ukraine-Krieg Lieferausfälle verursachen. Außerdem hat sich Indien seit Beginn des Kriegs zum zweitgrößten Käufer russischen Erdöls entwickelt, das es vergünstigt bezieht. Auf beides will Neu-Delhi, strikt auf Eigenständigkeit bedacht, nicht verzichten – trotz des Zolldrucks aus Washington. »In den schwierigsten und herausforderndsten Zeiten haben Indien und Russland immer zueinander gehalten«, sagte Modi in Tianjin, als er Putins Auto endlich verlassen hatte; und er fügte hinzu, er erwarte einen Besuch des russischen Präsidenten in Indien noch in diesem Jahr.

In Tianjin traf Modi zudem beinahe ebenso demonstrativ wie mit Putin auch mit Xi zusammen. Für den Westen und vor allem für Trump war das, was beide nach ihrem Gespräch äußerten, eine politische Ohrfeige. Denn Indien, statt dem ökonomischen Druck aus den USA nachzugeben, bemüht sich um Ausgleich für die zollbedingten Verluste im US-Geschäft nun ausgerechnet in China. Im Anschluss an sein Gespräch mit Xi erklärte Modi, die Beziehungen zwischen beiden Seiten entwickelten sich positiv; im Konflikt um die indisch-chinesische Grenze im Himalaja habe man Fortschritte erzielt, und an der Grenze selbst entwickle sich inzwischen eine »friedliche Umgebung«. Xi erklärte, man dürfe die bilateralen Beziehungen nicht nur an den Grenzstreitigkeiten messen; man sol-

le lieber auf die wirtschaftliche Entwicklung setzen. Trumps Versuch, Indien mit hohen Zöllen von Russland zu lösen, hätte einen Schulterchluss zwischen Indien, Russland und China bewirkt. Wie zum Beweis ließ sich Modi in trauter Dreierrunde mit Putin und Xi fotografieren.

Was war da geschehen? Hatte Indien plötzlich seine Strategie gewechselt, war es von enger Kooperation mit den USA nun zum Bündnis mit China übergelaufen? Nein. Neu-Delhi ist lediglich nicht bereit, sich Washington bedingungslos unterzuordnen. Die indische Bourgeoisie verfolgt eigene Weltmachtambitionen. Wer das tut, kann sich nicht in eine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zwingen lassen; daher das offene Aufbegehren gegen die Trumpschen Diktate, daher der taktische Schulterchluss mit Beijing. Modi wartete ab, bis Trump nur wenige Tage nach dem Treffen des Inders mit Putin und Xi klagte, die USA hätten »Indien und Russland« offenbar an das »dunkelste China« verloren, um am Tag darauf seinen »großartigen Freund« Modi und Washingtons »spezielle Beziehung« zu Neu-Delhi in den höch-

War Indien von seiner Kooperation mit den USA zum Bündnis mit China übergelaufen?

sten Tönen zu preisen. Trump, so zeigte sich, hatte gelernt, dass Modi sich nicht herumkommandieren ließ; damit war die Voraussetzung für Gespräche über die Zukunft der indisch-US-amerikanischen Beziehungen gegeben.

Und in der Tat: Schon bald nahmen beide Seiten Verhandlungen über eine Lösung des Zollkonflikts auf. Zunächst kamen Indiens Handels- und Industrieminister Piyush Goyal und der US-Handelsbeauftragte Jamie Greer zu Gesprächen zusammen. Dann trafen sich am Rande der Uno-Generalversammlung die Außenminister Subrahmanya Jaishankar und Marco Rubio zu weiteren Absprachen. Anfang Oktober machten Berichte die Runde, Indien sei durchaus zu gewissen Zugeständnissen bereit; so hätten indische Staatsunternehmen begonnen, ihre Ölimporte aus Russland zu reduzieren. Allerdings hätten gleichzeitig private Unternehmen die Einfuhr russischen Öls deutlich gesteigert; Moskau müsse sich daher keine Sorgen machen. Zudem hieß es, Neu-Delhi beharre darauf, seine Staatskonzerne sollten zum Ausgleich für das fehlende russische Öl solches aus dem Iran oder Venezuela erwer-

ben dürfen – etwas, das Washington eigentlich ebenfalls verhindern will. Klar war: Modi war in gewissem Ausmaß zu Deals, aber nicht zur Preisgabe der indischen Eigenständigkeit bereit. Quasi als taktische Rückversicherung hielt er zudem an einer intensiveren Kooperation mit China fest.

Für Washingtons Machtkampf mit Beijing ist das ein herber Rückschlag. Und beileibe nicht der einzige; denn in seinen Zoll- und Sanktionsschlachten gegen die Volksrepublik trägt es auch wirtschaftliche Blessuren davon. Erstmals wurde das deutlich, als Trump sich im Mai genötigt sah, seine 145-Prozent-Zölle auf Einfuhren aus China auf immer noch heftige, aber nicht mehr völlig absurde 30 Prozent zu senken. Hauptgrund für diesen Rückzieher: Die Volksrepublik hatte harte Exportkontrollen auf einige Seltene Erden verhängt. Ohne diese aber kommen weite Teile der modernen Industrie nicht mehr aus; das gilt nicht zuletzt für die Rüstungsindustrie. Als US-Kfz-Konzerne erste Produktionsstilllegungen bekanntgeben mussten – nur zeitweise, aber immerhin –, war klar: Washington würde im Gegenzug gegen die Lieferung von größeren Mengen Seltener Erden etwas leisten müssen. Relativ rasch einigte man sich auf die erwähnte Zollsenkung. Punkt für Beijing.

Es war nicht der letzte. Dass Trump nun tatsächlich einen weitergehenden Zolldeal wollte, wurde kurz vor seinem Telefongespräch mit Xi am 19. September deutlich. Es sollte um die Zukunft von Tiktok gehen, der chinesischen App, die die USA eigentlich verbieten wollten, die Trump nun aber – siehe Charlie Kirk – für die Rekrutierung von Anhängern unter jungen Menschen dringend braucht. Darüber hinaus wollte Trump mit Xi aber auch über den Zollkonflikt insgesamt sprechen; man sei inzwischen, behauptete er, »sehr nah an Deals für alles«. Unmittelbar nach dem Gespräch ergänzte er: Man habe »ein sehr produktives Telefonat« gehabt und eine Einigung im Streit um Tiktok erzielt. Dumm nur, dass die chinesische Seite die angebliche Einigung nicht bestätigen wollte; sie hielt den US-Präsidenten hin – und das tat sie auch im Streit um die Zölle. China konnte sich das leisten: Es war der Volksrepublik gelungen, die zollbedingten Einbrüche in ihrem US-Geschäft durch eine Ausweitung des Geschäfts mit anderen Staaten mehr als auszugleichen. Ging die Ausfuhr der Volksrepublik in die USA im August um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück, so wuchs ihre Gesamtausfuhr gleichzeitig um 4,4 Prozent. Damit agierte Beijing aus einer Position der Stärke.

Für Washington galt das nicht. Es stand in zweierlei Hinsicht unter Druck. Zum einen hatte China – der mit Abstand größte Soja-Importeur weltweit – den Kauf von US-Soja komplett eingestellt. Als im September in

den USA die Ernte begann, die Speicher der Farmen überquollen und der Export nicht in Gang kam, wurde es für zahlreiche Sojabauern eng – bereits zum zweiten Mal übrigens: In Trumps erster Amtszeit waren sie ebenfalls in die Mühlen der Wirtschaftskriege geraten. Damals hatte die Regierung sie mit über 20 Milliarden US-Dollar über Wasser halten müssen. Anfang Oktober stellte die Trump-Administration erneut Staatshilfen für die Sojafarmer in Aussicht, die eigentlich vorwiegend treue Anhänger des Präsidenten waren. Dass Trump sie mit seinen Zöllen nun schon zum zweiten Mal an den Rand der Pleite trieb – und womöglich darüber hinaus –, war seiner Popularität nicht förderlich.

Zum anderen drohte der strategisch hochbedeutende KI-Chip-Hersteller Nvidia, von dem der gesamte KI-Sektor in den USA mehr oder weniger abhängig ist, strukturell in Schwierigkeiten zu geraten. Schon die Regierung Biden hatte Nvidia lediglich den Export gezielt in ihrer Leistung geminderter KI-Chips in die Volksrepublik erlaubt, um die chinesische KI-Entwicklung zu behindern. Trump verbot den Export zunächst ganz. Im August gelang es Nvidia, eine Ausnahmegenehmigung für die Ausfuhr der minderwertigen Halbleiter zu erhalten; das war dem Konzern aus zwei Gründen wichtig. Zum einen war er auf den Profit aus dem riesigen chinesischen Markt angewiesen. Zum anderen wollte er mit neuen Lieferungen den Anreiz zur Entwicklung eigener chinesischer KI-Chips reduzieren. Zu spät: Huawei und andere chinesische Firmen, darunter der neue Branchenstar Cambricon, sind mit ihren KI-Halbleitern mittlerweile so weit, dass Beijing im September chinesischen Unternehmen den Kauf von Nvidia-Chips untersagen konnte. Hält die chinesische KI-Branche durch, dann hätte Trump in seinem Wirtschaftskrieg eine wichtige Schlacht verloren.

War es vor diesem Hintergrund ein Zugeständnis an Beijing, dass die Regierung Trump, wie die »Washington Post« Mitte September berichtete, Anstalten machte, Taiwan im Kern zugesagte Militärhilfe im Wert von 400 Millionen US-Dollar zu streichen? Tatsächlich hatte die US-Administration eine kleine Charmeoﬀensive gestartet. Bereits am 9. September hatte Verteidigungsminister Pete Hegseth – ungewöhnlich großzügig – in einem Gespräch mit seinem chinesischen Amtskollegen Dong Jun erklärt, die USA strebten »keinen Regime-Change und keine Strangulierung der Volksrepublik an«. Trump kündigte nach seinem Telefonat mit Xi an, er werde diesen Ende Oktober am Rande des Apec-Gipfels in Südkorea treffen und Anfang 2026 sogar persönlich nach China reisen. Kurz danach traf zum ersten Mal seit 2019 eine Delegation des US-Repräsentantenhauses in China ein. Nachdem die Abgeordneten jahrelang bloß nach Taiwan gereist

waren, hieß es nun, man wolle »das Eis brechen«, das zwischen Washington und Beijing entstanden sei. Es geht, so kann man vermuten, vor allem darum, in der für die USA nicht ganz einfachen Lage neue Spielräume zu gewinnen.

Und Taiwan? Was die 400 Millionen US-Dollar Militärhilfe angeht: Trump dringt ganz allgemein darauf, dass Verbündete ihre aus den USA bezogenen Waffen selbst bezahlen. Auf seinen Druck ist Taipei dabei, seinen Wehretat im Jahr 2026 auf 3,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts und fünf Prozent im Jahr 2030 zu erhöhen. Damit kann es beispielsweise ein milliarden-schweres Rüstungspaket bezahlen, auf das sich Vertreter der USA und Taiwans im August geeinigt haben und das Drohnen, Raketen, Sensoren und weiteres Material umfasst, das man braucht, um Großwaffen einer Invasionsmacht mit kleinen, guerillaartig operierenden Einheiten zu bekämpfen. Im Mai wurde bekannt, dass die US-Streitkräfte mittlerweile rund 500 Soldaten auf Taiwan stationiert haben – zwölfmal soviel wie die 41 Militärausbilder, die die US-Regierung noch im Vorjahr einräumte. Das Szenario, das sich abzeichnet: Im Kriegsfall wird das von US-Spezialisten ausgebildete taiwanische Militär die womöglich einrückenden Truppen der Volksrepublik mit Mitteln bekämpfen, die den Operationen ukrainischer Einheiten in den ersten Wochen des Ukraine-Kriegs nachgebildet sind. Der Vorteil für die USA: Sie kämen um die Entsendung eigener Truppen herum und könnten sich auf andere Schlachtfelder konzentrieren.

Wo diese liegen könnten, zeigen nicht nur die fortdauernden Bemühungen der USA, die Philippinen in neuerliche Auseinandersetzungen mit China zu treiben und zumindest Abschussanlagen für Mittelstreckenraketen im Norden des Landes – also in größtmöglicher Nähe zur Volksrepublik – zu stationieren. Auch Äußerungen aus Washington zum Ausbau militärischer Anlagen auf Pazifikinseln und Trumps jüngste Einlassungen zu Afghanistan geben da Hinweise. Die einstige US-Militärbasis in Bagram im Norden von Kabul wollte er »zurückhaben«, tönte der US-Präsident Mitte September. Das Ziel verfolgt die US-Außenpolitik in der Tat bereits seit März. Die Militärbasis liegt nicht weit von China, erläuterte Trump; insbesondere sei sie »nur eine Stunde« von dem Ort entfernt, an dem »China seine Atomwaffen baut«. Ob das nun stimmt oder nicht: Bagrams relative Nähe zur Volksrepublik beziehungsweise zu deren westlichster Region Xinjiang lässt sich auf jeder Weltkarte leicht nachvollziehen. Mit Kampfjets oder Raketen ist chinesisches Territorium von dort aus schnell zu erreichen.

Jörg Kronauer schrieb in konkret 10/25 über die Militarisierung des Ostsee-Raums



Peter Wahl
Erhard Crome
Frank Deppe
Michael Brie

Weltordnung im Umbruch

Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

171 Seiten | € 14,90
978-3-89438-842-3

Die Dominanz des Westens über den ›Rest der Welt‹ neigt

sich, der Globale Süden gewinnt an Gewicht. Ob beim Blick auf geopolitische Dynamiken oder auf jene Kontroversen, die angesichts aktueller Kriege aufgebrochen sind: Den Autoren geht es um eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit.



Patrick Schreiner
Kai Eicker-Wolf

Sozialstaat

Basiswissen
Politik / Geschichte /
Ökonomie

127 Seiten | € 12,00
978-3-89438-860-7

Die Autoren skizzieren Theorie, Praxis, Kritik und Geschichte des Sozialstaats. Ihre grundlegende

Annahme: Der heutige Sozialstaat ermöglicht und begrenzt den Kapitalismus zugleich. Ihn auf eine dieser beiden Funktionen zu reduzieren, würde seiner Bedeutung in kapitalistischen Klassengesellschaften nicht gerecht.



Raphael Molter
Lara Schauland

Matchplan Meuterei

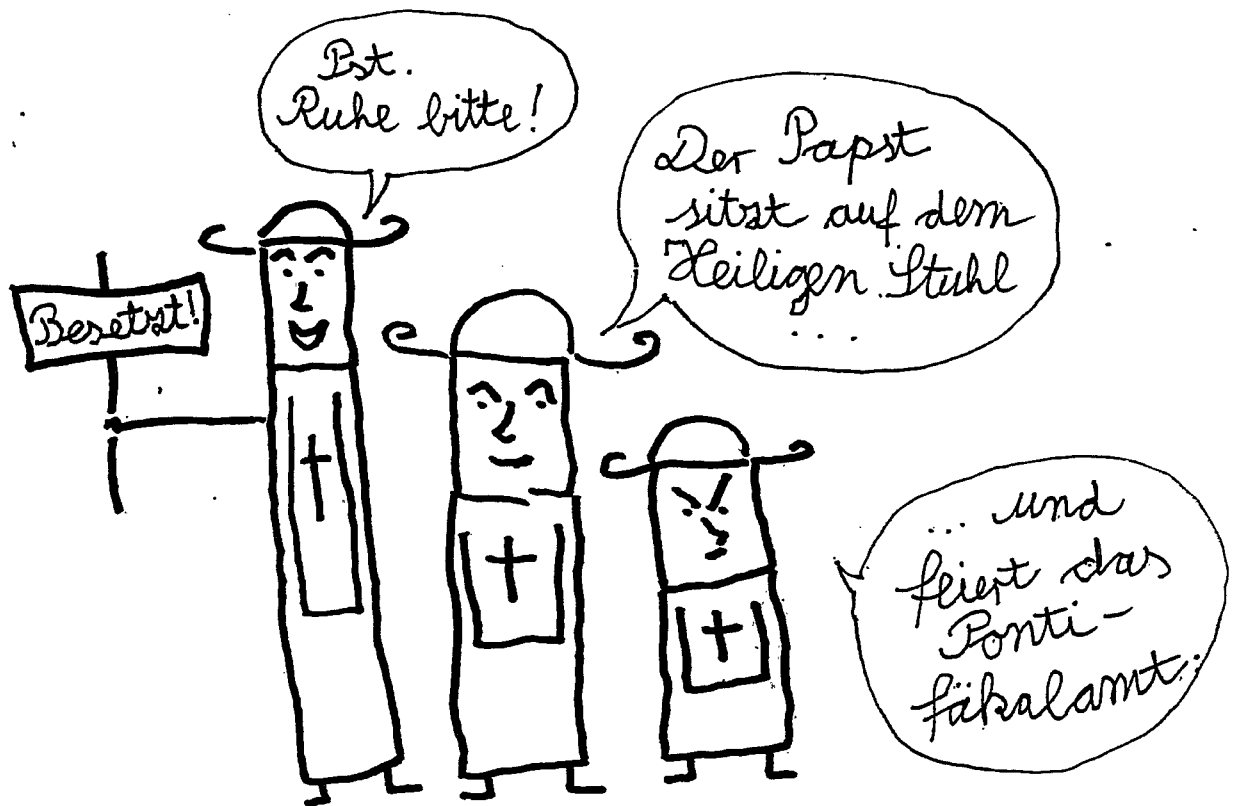
Fußballfans zwischen Kommerz und Widerstand

212 Seiten | € 17,90
978-3-89438-844-7

Investorenmacht, 50+1, Ausverkauf des Fußballs: Die Kommerzialisierung

ist zu Genüge beklagt. Doch wie lässt sich der ›Ball zurückholen‹? Lara Schauland und Raphael Molter fordern nicht weniger als den Aufbau einer Gegenmacht, um das Spiel noch zu drehen: von der Kritik über den Protest zum Widerstand.

Morgens um acht vor dem Petersdom



Weckruf zum Wegfegen

Jede Erweckungsbewegung braucht ihre Märtyrer, Menschen aus Fleisch und Blut, die beweisen, dass es sich lohnt, für eine gerechte Sache zu leben und, noch wichtiger: zu sterben. Denn ihnen ist das ewige Leben sicher – und sei es nur in den Köpfen der zurückgebliebenen Jünger. Das Trauer-Event für den erschossenen rechten Aktivisten Charlie Kirk in Phoenix, Arizona, am 21. September geriet entsprechend zu einem Vereinigungsgottesdienst der MAGA-Gemeinde und der religiösen Rechten, von dem aus eine finstere Botschaft an die Ungläubigen gerichtet wurde: »Ihr habt gedacht, dass ihr Charlie Kirk umbringen könnt. Ihr habt einen Märtyrer aus ihm gemacht. Und jetzt werden Millionen sein Vermächtnis weiterführen.« Die Worte stammen vom stellvertretenden Stabschef im Weißen Haus, Stephen Miller. Er ist der Mann fürs Grobe in der ohnehin radikalisierten Trump-Administration.

Der »Turning Point USA«, so der Name von Kirks Bewegung, ist erreicht. Das weiß auch Miller, wenn er im schneidigen Ton ruft: »Wir stehen für das Gute, das Tugendhafte, das Edle. (...) Was habt ihr? Ihr habt nichts. Ihr seid nichts. Ihr seid Schlechtigkeit, ihr seid Eifersucht! Ihr seid Neid! Ihr seid Hass! Ihr seid nichts!« Dass er mit diesen Worten auch an das schlechte Gewissen der MAGA-Sekte appelliert, gehört zum Kalkül der »Falschen Propheten«. Leo Löwenthal schreibt in seiner gleichnamigen Studie zum Autoritarismus, der Körper der Agitatoren sei »unverwundlich, aber die hilflosen Körper des Feindes – diese parasitären, krankheitsbrütenden Tiere niedriger Ordnung – sind dem Untergang geweiht. Hinter den wimmernden Klagen und der triumphierenden Selbstbewunderung dieses unzerstörbaren Märtyrers lauert die Vision des rassistisch überlegenen Sturmbannführers.«

Die MAGA-Bewegung hat den Tod eines Märtyrers förmlich herbeigesehnt, um endlich die Sau rauslassen zu können. Der Furor richtet sich mehr denn je gegen alles, was ihr auf ihrem Kreuzzug gegen das Böse im Wege steht. Und das Böse verkörpern: »die« Antifa, LGBTQ-Aktivist:innen, »illegale« Migranten, die Demokratische Partei und, natürlich, die »Systemmedien«. Wer nicht an MAGA glaubt, muss selbst dran glauben. Wie etwa der Comedian Jimmy Kimmel, dessen Late-Night-Show auf Druck der US-Regierung kurzzeitig abgesetzt wurde. Erst als die Proteste allzu heftig wurden und die Sender um ihre Einnahmen fürchteten, durfte Kimmel weitermachen – gegen den Willen Trumps, der Niederlagen nicht duldet. Der rachsüchtige Narzisst kann es bis heute nicht verkraften, dass er vor fünf Jahren die Wahl gegen »Sleepy Joe« Biden verloren hat, denn: Wer verliert, ist nichts wert. Trump ist es gewohnt, andere Leute zu feuern. Sogar vor laufenden Kameras. Seine Reality-TV-Show »The Apprentice« schloss er regelmäßig mit dem Satz: »You're fired!« Das war kein Spaß, sondern Sozialdarwinismus in Reinform und zugleich eine Warnung an die Untertanen: Ihr seid die nächsten!

Und der autoritäre Charakter gehorcht. MAGA-treue Medien wie »Fox News« kopieren die Rolle von Staatsmedien in autoritären Regimen. Jüngstes Beispiel: Moderator Brian Kilmeade. Dieser forderte in der Sendung »Fox & Friends« unverhohlen die Euthanasie für Obdachlose: »Just kill 'em«, am besten durch eine »unfreiwillige

tödliche Injektion oder so etwas«. Später entschuldigte er sich halberzig dafür und blieb auf Sendung. Zum Märtyrer hat es für Kilmeade zwar noch nicht gereicht, am 28. September durfte er aber Stephen Miller im Format »One Nation« zu den Schüssen auf die US-Einwanderungsbehörde ICE in Dallas interviewen. Wobei Interview der falsche Begriff ist: Es war ein Schwatz unter Freunden. »Könnte Dallas ein Weckruf sein?« fragte Kilmeade, und Miller antwortete: »Es ist mehr als ein Weckruf.« Zwei Menschen, darunter ein Häftling, starben, der Schütze nahm sich das Leben. Seitdem terrorisieren verummte und bewaffnete ICE-Truppen die Innenstädte von Chicago oder Portland und gehen wahllos und brutal gegen »illegale« Migranten und solche, die sie dafür halten, vor. Bislang kommt ICE noch ohne Märtyrer aus, auch weil es kaum Gegenwehr gibt. Dennoch behauptet Miller: »Die Demokratische Partei unterstützt offen Gewalt.« Auch hier funktioniert die Täter-Opfer-Umkehr.

In Deutschland hoffen Julian Reichelt und sein Krawallmedium »Nius« auf einen ähnlichen Effekt. Die Reichweite der »Stimme der

Mehrheit« (Eigenbezeichnung) ist zwar mager, inhaltlich ist man aber längst auf MAGA-Kurs, frei nach dem Motto von Steve Bannon: »Flood the zone with shit!« Reichelt berichtete live aus Phoenix, und der Möchtegern-Märtyrer, der sich gern als Opfer der »Systemmedien« inszeniert, konnte nicht mehr an sich halten: »Die Wahrheit ist, dass mit der Ermordung von Charlie Kirk eine Revolution von Vernunft und konservativen Werten losgebrochen ist, besonders unter jungen Menschen, die jede linke Ideologie wegfeigen wird.«

Eine potentielle Märtyrerin gibt es bereits, die Journalistin Julia Ruhs. Nun wurde sie nicht erschossen, sondern lediglich vom NDR abgesetzt. Beim BR darf sie weiter die Sendung »Klar« moderieren und gegen Migranten und den »linken Zeitgeist« agitieren. Das rechte Magazin »Cicero« titelte trotzdem: »Wenn

NDR-Mitarbeiter eine einzige konservative Journalistin nicht ertragen können.« »Nius« veröffentlichte ein »Protokoll des Angriffs auf Julia Ruhs«. Die »Verkehrung ins Gegenteil« gehört zum Prinzip. Den »Systemmedien« wird unterstellt, wovon Reichelt und Co. träumen: die Säuberung des Rundfunks von unliebsamen Stimmen. »Verachtung für den Ermordeten – das ist Dunja Hayali, stellvertretend für einen Abgrund von Unmenschlichkeit, der sich in den deutschen Medien seit dem Attentat aufgetan hat«, geifert Reichelt. Hayali hatte im ZDF-»Heute-Journal« gesagt, der Mord an Kirk sei trotz seiner »rassistischen, sexistischen und menschenfeindlichen Aussagen« zu verurteilen. Das war zuviel der Wahrheit und animierte den radikalisierten Liberalen Ulf Poschardt in der »Welt« dazu, den Märtyrer heimzuholen: »Es könnte sein, dass mit Charlie Kirk der letzte rechte Republikaner erschossen wurde, der noch ernsthaft daran geglaubt hat, dass ein Dialog mit der radikalisierten Linken überhaupt möglich sei.«

In den USA sind sie schon ein paar Schritte weiter. So titelte »Breitbart« am 6. Oktober: »Pete Hegseth donnert beim 250jährigen Jubiläum der Marine gegen woke Diversität.« Es ist eine Mobilmachung gegen die Moderne, und die benötigt mehr Märtyrer denn je.



»Liebe Kunden, wir lieben alle Menschen, egal woher sie kommen. ... Unser Protest hat keinen politischen, geschweige denn rassistischen Charakter. Israelische Bürger sind in diesem Lokal nicht willkommen.«

Für die meisten Kulturschaffenden leider zu weit: Aushang an einer Pizzeria in Fürth

Wildwechsel

Was ist eigentlich am Deutschen Theater, Berlin, so los?

Menschen, die sich nachts im Park verirren, auf der Suche nach Nähe, Rückzug oder auch Exzess – bei Marcus Peter Tesch wildert nicht nur der Wald, sondern auch die Sprache. Mit Lust an der Überspitzung erkundet er vielstimmig und lautmalersich Sehnsüchte und Abgründe menschlichen Zusammenseins und nimmt sich vor, ein modernes Antimärchen zu schreiben. Lustvoll vergärtet er das Dickicht der heteronormativen Grammatik, um neue Lichtungen der Begegnung zwischen Körpern zu erfinden.

So sind wir Gärtner: Lust an der Überspitzung, vielstimmig, nie um die Erfindung einer Lichtung verlegen; falls das nicht Sache des Försters ist. Wie wär's, wir tauschen: Ich werde wilder Hauptstadtautor, und Kollege Tesch, so er Bock aufs Theater des Täglichen hat, vergärtet für mich das Dickicht der unmärchenhaften Moderne? (Abgelehnt, d. Red.)

Funkmast

Apropos Bock und Gärtner:

Das limitierte Online-Gruppenseminar »Writing A Book« begleitet dich aktiv, effektiv und kreativ auf dem Weg zu deinem eigenen Buch. In einem strukturierten Zeitraum von drei Monaten und mit einem klar aufge-

bauten Lehrplan erarbeitest du alle zentralen Schritte, um dein Buchprojekt professionell umzusetzen – von der ersten Idee bis zum Pitch beim Verlag. Das Seminar umfasst 4 Sessions pro Monat à 60 Minuten – insgesamt also 12 intensive Einheiten in drei Monaten. Jede Sitzung baut auf der vorherigen auf und folgt einer strategisch abgestimmten Dramaturgie.

Denn von den Besten lernen heißt siegen lernen, und Seminarleiterin und Buchprojektsprofi Mirna Funk, mit streng limitierten Romansätzen auffällig geworden wie

All der Druck fiel von mir ab, all die Erwartungshaltungen

und
Diese Tatsache hatte sein Leben nachhaltig verändert

oder
Es gab eine neue Dimension in ihm, die ihn fragiler machte

folgt einer strategisch abgestimmten Dramaturgie, deren Intensität sich darauf verlassen kann, dass, wer Mirna Funk druckt (S. Fischer, DTV), alles druckt.

Wahlschlappe

Aber auch dieser exzellenten Null (»Fakt ist«) hat der Betrieb einen Uwe-Johnson(!)-Preis hinterhergeworfen, derselbe Betrieb, der sich zuletzt nicht einkriegen konnte, als es um den Erfolg und die Bewertungsmaßstäbe von »Unterhaltungsliteratur« ging, vor der das Feuilleton nämlich versage. »Scheitert die Literaturkritik an Caroline Wahl?« wollte da, angesichts von deren drittem Roman *Die Assistentin* (Rowohlt), nicht nur Deutschlandfunk Kultur wissen, und in der »Zeit« hatte Iris Radisch brühheiße Neuigkeiten und beklagte »freundlichen Kundenservice«.

Wer, wie auch Philipp Bovermann (»SZ«), der den Quatsch losgetreten hatte, harte Literaturkritik vermisst, kann freilich mich lesen, und apropos ist es gar nicht einzusehen, warum Wahls in der Aussage konformes, formal aber ganz plausibles Buch, das in einem Mix aus Peter Kurzeck und Poproman ihre Leidenszeit als Verlagsassistentin beschreibt,

banaler sein soll als Martina Hefter, die sterbensfad relevanzbesorgte Buchpreisträgerin vom letzten Jahr, oder Charlotte Gneuß, die in *Gittersee* (Longlist 2023) ihr DDR-Personal groteskerweise so sprechen ließ wie westdeutsche Netflix-Tote (»Alles gut, flüsterte ich«). Ist das vielleicht, hm, der Klassenstaat, der einen schönen Vorwand gefunden hat, dem Kleinbürgertum seinen Aftergeschmack hinzureiben, derselben Kundschaft, der Wahl aber doch ausweislich der Amazon-Kommentare neuerdings zu kompliziert ist?

Nein, dieser ganze Betrieb ist eine auto-poietische Veranstaltung, der mit Literatur, geschweige der Frage, was sie sei, zuletzt zu tun hat und dem es gar nicht mündgerecht genug sein kann, wenn es nur in eine Debatte passt. Wahls Pech: dass Patriarchat am Arbeitsplatz schon wieder keinen mehr schert, und mein Pech, dass ich eine Unsympathin, über deren erste Romane Markus Ströhllein in **konkret 2/25** alles gesagt hat, da nun in Schutz nehmen muss. Tesch, wollen nicht Sie ...?

Landwehr

Aus der Welt der Musik – wir schalten um zur Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern:

Das israelische Kfar-Vradim-Orchester gibt unter anderem am 5. Oktober auf einer Großkundgebung gegen Antisemitismus auf dem Münchner Königsplatz ein Konzert. Hierfür hat es bei einem Münchner Unternehmen, das Tontechnik verleiht, eine Anfrage für einen Bassverstärker gestellt. In der Antwortmail schreibt die Firma ...: »Wer heute den Wahnsinn in Gaza verteidigt, kann nicht unser Kunde sein, genauso wie wir nicht mit deutschen Nazis oder Rechtspopulisten zusammenarbeiten.«

In Flensburg schaffte es derweil der Betreiber eines Buchladens in die Zeitung, der folgendes Schild in sein Fenster gehängt hatte:

Juden haben hier Hausverbot. Nichts Persönliches, kein Antisemitismus, kann euch nur nicht ausstehen.



Und endlich trug die Berliner Mohrenstraße den Namen des ersten schwarzen Philosophen im deutschsprachigen Raum, als der emeritierte Kölner Geschichtsprofessor und Sklavereiforscher Michael Zeuske mal ins Archiv stieg und Grund zu der Annahme fand, »dass weder der junge Amo noch der Amo am Hof in Wolfenbüttel jemals Sklave gewesen ist. Der Vertrag von 1706 erlaubt es im Gegenteil, von Amo als Mitglied einer indigenen Sklavenjäger- und Sklavenhalter-Gemeinschaft zu sprechen, die damals Agonnaze-Nation oder Agonnazen genannt worden sind (!) und mit den Niederländern verbündet waren.« Nun wird man finden können, Holger Friedrichs »Berliner Zeitung« habe auf diesen Scoop gerade noch gewartet; als Zwischenergebnis kann, mit Günter Grass als Mitglied einer hiesigen Sklavenjägergemeinschaft, vielleicht festgehalten werden, dass jene Gerechten, die schlecht hören, auch nicht fragen.

Und ebenso ist das Kontaktverbot für jüdische Orchester in der Alt- wie zugleich Neustadt der Bewegung kein Antisemitismus, sondern bloß ein Zeichen gegen den Wahnsinn, korrigiere: für. Und prüft ja auch die Europäische Rundfunkunion, ob sie Israel vom European Song Contest ausschließt, damit auch das einmal geklärt wäre: dass auch böse Menschen Lieder haben. Das ist nichts Persönliches, nur können wir halt Nazis nicht ausstehen, also jüdische. Aus dem »Spiegel«:

Die Ausladung von Michel Friedman von einem Auftritt im Literaturhaus »Uwe Johnson« in Klütz in Mecklenburg-Vorpommern sorgt für Kritik. Der jüdische Publizist sollte im Oktober 2026 anlässlich des 120. Geburtstags von Hannah Arendt über Demokratie sprechen. Doch nun wurde die Veranstaltung mit dem 69jährigen abgesagt, wie der Leiter des Literaturhauses, Oliver Hintz, der Nachrichtenagentur DPA mitteilte. Nach Darstellung von Hintz hat der Bürgermeister der Stadt Klütz, Jürgen Mevius, ihm am Telefon mitgeteilt, dass sich die Mehrheit eines städtischen Gremiums gegen eine Lesung von Friedman ausgesprochen habe. Man habe Sorge, dass rechte Störer oder Hamas-Sympathisanten nach Klütz kommen und demonstrieren könnten. Daraufhin lud Hintz nach eigenen Angaben Friedman von der Veranstaltung aus. Zuvor hatte sich Hintz zufolge eine Mitarbeiterin des Literaturhauses gegen den geplanten Friedman-Auftritt ausgesprochen und die Stadt als Träger des Literaturhauses eingeschaltet.

Aus Angst vor rechten Störern oder Hamas-Sympathisanten? Die »Süddeutsche« wusste es besser, nämlich die Wahrheit:

Hintz schildert es heute so: Eine Mitarbeiterin des Literaturhauses, deren Gesinnung schon zuvor kein Geheimnis war, drohte offen, die Lesung von Michel Friedman zu verhindern oder aber sich mindestens der Organisation der Veranstaltung komplett zu verweigern.

Nein, unsere Gesinnung ist kein Geheimnis, und bevor Frankfurter Anzugjuden in unsere schöne Heimat kommen, in deren Literaturhäusern Leute mit erfreulich eindeutiger Haltung arbeiten, machen wir Boykott. Aus der »FAZ«:

Die Linke im Schweriner Landtag nannte die Absage an Friedman »nicht nachvollziehbar und deutlich zu kritisieren«. Alle Argumente, die bislang öffentlich kolportiert worden seien, wirkten schlicht vorgeschoben.

Dann schiebe ich eins nach: »All eyes on Gaza« (Heidi Reichinnek, Bundeslinke); und so was kommt von so was. Immerhin bleibt die Kunst wehrhaft und protestiert der PEN Berlin:

Die Ausladung unseres Gründungsmitglieds Michel Friedman von einem Auftritt im Literaturhaus Uwe Johnson in Klütz (Mecklenburg-Vorpommern) hat zu Irritationen geführt –

Schwarz ist alle Druckerfarbe

Du liest. Weshalb? Es türmen sich die Stunden,
Drin Hiobs Botschaft dich ereilt.

Verplemperst Zeit mit Essays und Befunden,
Die Sucht hat dich längst angepeilt.

Wer hindert dich daran, dass du es zuschlägst,
Das übermorgen welke Blatt?

Selbst wenn du dies und jenes auf- und abwägst,
Der Irrsinn findet trotzdem statt.

Die Butter wird am Horizont zerlassen
Im Land, wo die Kanonen blühen.

Du liest. Weshalb? Du willst ihn nicht verpassen:
Den Zeitpunkt, diesen Staat zu fliehen.

Marco Tschirpke

so deutlich kann, so deutlich muss man es sagen, und wenn es so schön weitergeht, freue ich mich auf das finale PEN-Schreiben aus der Reichshauptstadt: »Die Verbrennung unserer Schriften auf dem früheren Bebel- und jetzt wieder Opernplatz hat zu Irritationen geführt.« Aber so weit wird es nicht kommen, denn Ende September stand solidarisch PEN-Berlin-Sprecherin Thea Dorn auf dem Klützer Markt, dieselbe, die sich mal mit dem Buch *Deutsch, nicht dumpf. Ein Leitfaden für aufgeklärte Patrioten* hervorgetan hatte und der »Zeit« hernach ein aufgeklärt patriotisches Interview gab, in dem sie sich über die quasiverjudete Großstadtjugend beschwerte: »Dem kulturellen Kosmopolitismus fehlt der Anker.«

Und mir, mir fehlt ein Cognac.

Mondkalb

Und wie hat mir mein Freund Lutz Seiler gefehlt, und wie dankbar bin ich also der »Frankfurter Anthologie«, dass sie mir sein Gedicht »für alle & jeden« auf den Schirm gezaubert hat:

*letzte nacht der traum
vom abgeschraubten mond.
wie er bronze-glühend beiseite zog
und plötzlich der rost, das öl
die bolzen & die bohrungen*

*& dann
die ganze alte halterung
für alle & jeden sichtbar war*

Seilers Poetenkollege Henning Heske wusste auch gleich, was uns das sagen soll:

Die Biographie von Lutz Seiler, der 1963 in Gera geboren wurde und bis zum Ende der DDR im Osten lebte, legt nahe, das Gedicht auch auf Seilers untergegangenes Heimatland zu beziehen. Als das runde Wappen mit Hammer und Zirkel 1989 abgeschraubt wurde, entpuppte sich der beschriebene Traum als wahr.

Weshalb abgeschraubte Erdtrabanten als »Metapher für das Sichtbarmachen von Strukturen und Mechanismen verstanden werden, die normalerweise im Verborgenen bleiben« (= Stasi); anders als der Mechanismus, der Seilers Lutz, wie rostig, ostig & schraubenlocker seine Verse auch seien, so zuverlässig am Firmament hält. **Stefan Gärtner**

Killer, spiele!

Das Militär und die Unterhaltungsindustrie gingen schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine unheilige Allianz ein. Heute sind Videogames das wichtigste Propaganda- und Rekrutierungsinstrument des »Military-Entertainment Complex«. Von Peter Kusenberg

»Ender kannte die ungeschriebenen Gesetze mannhafter Kriegsführung, auch wenn er erst sechs war.«

Orson Scott Card: *Ender*

Am 5. Oktober 2025 mahnte Friedrich Merz in der ARD-Quasselsendung »Caren Miosga«, dass die Bemühungen um die Werbung zusätzlicher Rekruten für die Bundeswehr »bei Freiwilligkeit allein nicht bleiben« werden. Denn die Befürchtung besteht, dass am Ende die Burschen den Dienst verweigern und lieber Bettflaschen im Altenheim leeren als sich uniformiert die Körperteile wegsprengen zu lassen. Also braucht es ein besseres Image für die Bundeswehr, wozu erstens die affirmativen Ungeister der Bürgerpresse sorgen, zweitens traditionelle Werbemaßnahmen wie der »Tag der Bundeswehr« oder ein Stand auf der Kölner Spielemesse Gamescom (Slogan 2018: »Multiplayer at its best!«). Drittens nutzen die Werber die kriegsaffine Struktur digitaler Actionspiele und ihre Verankerung in Militär und Rüstungsindustrie, was sich nachweisen lässt von den Anfängen der Digitaltechnik bis in die Gegenwart, vor allem in den USA.

Der »Guardian«-Mitarbeiter Simon Parkin etwa berichtet von dem Fall des Autors und Produzenten der Militärspielserie »Call of Duty« (»CoD«), Dave Anthony. Der habe sechs Monate nach seinem Ausstieg aus der Games-Entwicklung eine Einladung des Pentagon-Angestellten Steve Grundman erhalten, an einer »Expertenrunde teilzunehmen, die über die Zukunft der modernen Kriegsführung in der realen Welt diskutieren sollte«. Grundman war beeindruckt von der Art, wie sich die Geschichte in »CoD: Black Ops 2« entwickelte: »Der imaginäre Konflikt des Spiels war ungewöhnlich glaubwürdig für ein Werk militärischer Fiktion.« Deshalb engagierte Grundman den Games-Autor

schließlich als Berater. »Meine Aufgabe ist es«, sagte Anthony, »über den Tellerrand hinausschauende Denkweisen über die Art künftiger Bedrohungen zu entwickeln und Lösungen vorzuschlagen, um sie auszuschalten.«

Dass er zum militärischen Establishment wechselte, ist eine neuere Entwicklung. Deutlich länger währt die umgekehrte Einflussnahme der Militär-Obrigkeit auf die Kulturschaffenden. »Die Ursprünge der Beteiligung des US-Militärs an Videospielen«, schreibt der Autor Corey Mead in seinem 2016 erschienenen Buch zum Thema, *War Play*, »liegen in seinem jahrhundertealten Status als Hauptsponsor neuer Techniken in diesem Land: ... digitale Computer, Kernkraft, die erste Version des Internets, Halbleiter, Radar, Sonar, Düsentriebwerke, tragbare Telefone, Transistoren, GPS.« Herausragende Bedeutung als einem Gestalter von Kultur und Gesellschaft kommt dem Computer zu, was sich bereits in den vierziger Jahren abzeichnete. Für die Artillerie benötigte das Militär Berechnungen der Flugbahnen, was mit dem »Electronic Numerical Integrator and Computer« (ENIAC) hervorragend gelang. »Obwohl ENIAC erst im Herbst 1945, nach Kriegsende, fertiggestellt wurde, blieb die militärische Verbindung stark: Die erste Aufgabe von ENIAC bestand darin, Berechnungen zu liefern, die zur Planung der Detonation der Wasserstoffbombe verwendet wurden«, schreibt Mead.

Während das US-Militär direkt und via Kooperationen Techniken für die Verbesserung von Kriegsgeräten entwickelte, tönnten bereits Anfang des 20. Jahrhunderts Radio und Kinofilm propagandistisch im Sinne der Kriegswirtschaft. »Unter der Aufsicht des US-Präsidenten Woodrow Wilson halfen Ingenieure der US-Armee in D. W. Griffiths »The Birth of a Nation« von 1915 dabei, die Aufstellung von Bataillonen für Schlachten des Amerikanischen Bürgerkriegs zu orga-

nisieren. Die Regierungsbehörde für Propaganda, das »Committee on Public Information«, etablierte eine Abteilung, die für Filme zuständig war. Sie arbeitete zusammen mit den Hollywood-Studios an »America's Answer« (1918) und »Pershing's Crusaders« (1918), um die Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen.« Diese Genese des, wie Peter Bürger ihn nennt, »Militärisch-Industriell-Medialen Komplexes« dokumentiert das »Costs of War Project«, ein überparteiliches Forschungsprojekt am Watson Institute for International and Public Affairs an der Brown University in Providence, Rhode Island. Es schlüsselt die verschiedenartigen Kosten der jüngeren Kriege der USA auf, insbesondere im Zusammenhang mit dem »War on terror«.

Zwischen 1941 und 1945 setzte das »Office of War Information« (OWI)«, eine Propaganda-Abteilung der US-Regierung, Hollywood als »wesentliche Kriegsindustrie« ein und beeinflusste die Wahl der Filminhalte zum Zwecke der Stimmungsmache. Frank Capras »Why We Fight«-Serie wurde unterstützt; John Hustons Dokumentarfilm über die Wirkung posttraumatischer Belastungsstörungen hingegen, »Let There Be Light« (1946), verschwand im Archiv. Die »Costs of War«-Studie »The Militarization of Movies and Television« vom Februar 2025 resümiert, dass »seit den Anfängen der Hollywood-Unterhaltungsindustrie vor mehr als einem Jahrhundert mit Unterstützung des Pentagons mehr als 2.500 Filme und Fernsehsendungen zum Thema Krieg gedreht« wurden. »Als Gegenleistung für den Einsatz militärischer Ausrüstung und militärischen Personals müssen die Produzenten von Film- und Fernsehprogrammen die Unterhaltungspolitik des Pentagons einhalten, einschließlich Drehbuchänderungen, um sie mit den militärischen Zielen, einschließlich der Rekrutierung und Öffentlichkeitsarbeit, in Ein-

klang zu bringen.« Freilich werden US-Soldaten und militärische Aktionen allgemein als heldenhaft dargestellt, etwa in Filmen wie »Top Gun: Maverick« (2022) und »Independence Day« (1996). Das Militär (Gesamtbudget im Jahr 2025 circa 870 Milliarden US-Dollar) kofinanziert beziehungsweise »unterstützt« alljährlich im Schnitt sieben große Filme und 93 TV-Produktionen mit mindestens dreistelligen Millionenbeträgen.

Während Film und Fernsehen hauptsächlich rezeptiven Charakter haben, gilt beim Digitalspiel erstens die Technik als bestimmendes Element und zweitens die Interaktivität. Der Einsatz von Filmkameras hat die militärische Luftaufklärung etwas verbessert, doch die Steuerung von Drohnen und Raketenwerfern in Games wie »CoD« lässt sich direkt übertragen auf den Einsatz gegen einen Bunker im Sudan.

Doch zurück zum »Mittelalter« der Computertechnik. »Ab den sechziger Jahren erlebte der private Elektroniksektor ein beispielloses Wachstum, das ihn dazu zwang, Geld in seine eigene Forschung und Entwicklung zu stecken. Trotz der selbstfinanzierten Bemühungen dieses Sektors war die Militärfinanzierung weiterhin die wichtigste Kraft, die die Entwicklung neuer Techniken vorantrieb. Es gab mehrere Gründe für das intensive Interesse des Militärs an Computern und deren Finanzierung, aber keiner war so wichtig wie der enorme Informationsverarbeitungsbedarf einer immensen Bürokratie.« (Corey Mead) Gleichzeitig sorgten die US-Streitkräfte und die angeschlossenen Agenturen für die Finanzierung und Erfindung spezieller Techniken, die in Digitalspielen zum Einsatz kommen. »Ohne die Großzügigkeit von Militäragenturen wie der DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) gäbe es das technische Fundament nicht, auf dem die kommerzielle Spiele-Industrie ruht«, schreibt Mead. Prozessoren, Grafikchips, das Internet, Netzwerktechnik, 3D-Navigation: »All dies wurde vom Verteidigungsministerium finanziert.«

Die Games selbst sind, wie die »Costs of War«-Studie belegt, inhaltlich eng mit den Werten und Codes des Militärs verknüpft. Zu den ersten digitalen Spielen gehörte die Militärsimulation »Spacewar!« von 1962, entwickelt von »einer Ansammlung vom Pentagon finanzierter Ingenieurstudenten am MIT« (Corey Mead). »Nukleare Mobilisierung, Ballistik, Raketentechnik, Welt-

raumverteidigung – das waren die Sorgen des Pentagons und der politischen Entscheidungsträger gleichermaßen«, weshalb DARPA in die experimentelle Arbeit der MIT-Studenten investierte. In den siebziger Jahren entwickelten die vom Militär geförderten Techniker eine Reihe fader Simulationen, bis die US-Firma Atari 1980 ihr technisch sensationelles 3D-Spiel »Battlezone« veröffentlichte. Die Armee in Gestalt des »Training and Doctrine Command« (TRADOC) bat Atari um die Produktion einer Trainingsvariante des Spiels, in dem der Spieler in einem stilisierten Panzer sitzt und Feinde beschießt. Der zuständige TRADOC-General stellte fest, dass die Welt von »Fernsehen, Elektrospielzeug und Games« eine an-

tionen Dollar, zehn Jahre und mehrere hundert Mitarbeiter. Im Gegensatz dazu wurde die »Doom«-Variante »Marine Doom« ... von acht Personen in sechs Monaten für 25.000 Dollar gebaut.« (Corey Mead)

Der Vier-Sterne-General Paul Kern bestimmte daraufhin, dass das US-Militär mehr »Disney-artig« werden müsse. Ein Ergebnis der Bemühungen war, seit 1999, »America's Army«, ein »virtuelles Klassenzimmer« beziehungsweise ein Online-Shooter, den die Streitkräfte kostenlos vertrieben und der ab 2002 zum Riesenhit geriet mit Millionen Nutzern. In dieser Simulation muss der Spieler zunächst ein Training absolvieren, in dem neben technischem Können ideale Werte vermittelt werden. Auf diese Weise



»Uns ist wichtig, technologieaffine Menschen anzusprechen, die offen für Neues sind«: Bundeswehr-Stand auf der Gamescom

dere und daher militärische Schulung mit Büchern nicht mehr zeitgemäß seien.

Es folgte SIMNET (Simulator Networking), ein militärisches Vertriebsnetz für digitale Militärsimulationen, die erstmals im Golfkrieg 1991 zum Einsatz kamen. Zwei Jahre später erschien, bei einer kleinen texanischen Firma, mit »Doom« der stilbildende Shooter, in dem der Spieler aus der Ich-Perspektive Gegner bekämpft und im Idealfall tötet, also das tut, was ein echter Soldat im wirklichen Krieg tun soll. Anders als in »Battlezone« waren die Gegner keine abstrakten Figuren, sondern hatten menschliche (oder eher dämonische) Gestalt. »SIMNET wurde von militärischen Auftragnehmern zusammengestellt und erforderte 140 Mil-

gelangen werberische Maßnahmen des Militärs direkt in die Jugendzimmer – für minimale Kosten von wenigen Dollar pro potentiell Rekruten. Bei einem Propaganda-Budget von rund zwei Milliarden Dollar im Jahr war dies ein Schnäppchen.

Ein angenehmer Nebeneffekt bestand darin, die Tauglichkeit der Jungmänner zu testen, denn nur wer das Training meisterte, wurde aufs virtuelle Schlachtfeld gelassen. Das Spiel konnte mittelfristig die sonst übliche 18prozentige Ausstiegsrate bei neuen Rekruten merklich mindern. Weitere kommerzielle Spiele kamen unter Armee-Leitung zum Einsatz, etwa eine Modifikation zum Spiel »Operation Flashpoint: Cold War«. »Dessen tschechischer Entwickler Bohemia

Interactive konnte dank der US-Armee-Investition die Pleite abwenden und gehört heute mit einem Umsatz von rund 60 Millionen Euro zu den größten Entwickler-Studios in Europa – und einem überwiegend im Rüstungssektor aktiven Unternehmen. „wie der Journalist Michael Schulze von Glaßer in einer fundierten Studie feststellt.

In Deutschland sieht's ähnlich aus. So setzt die Bundeswehr auf die Lust an technischem Spiel mit einem Fennek-Spähpanzer am Gamescom-Stand: »Uns ist wichtig, technologieaffine Menschen anzusprechen, die offen für Neues sind. Mit unseren Demos wollen wir zeigen, dass Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz und elektronische Kampfführung keine abstrakten Themen bleiben, sondern bei uns echte Arbeitsfelder sind. ... Bundeswehr und Digitalisierung – das gehört untrennbar zusammen. ... Und wer an Games-Engine, Mods oder an KI-gesteuerten Bots herumbastelt, bringt oft schon von Natur aus genau die Experimentierfreude mit, die wir bei innovativen Projekten im Cyber- und Informationsraum schätzen.« Die Verbindung von Digitaltechnik mit »echter« Hardware ist verlockend. Bundeswehr und Nato bieten militärische Geräte und Fahrzeug-Attrappen fürs neugierige Publikum, zu besichtigen etwa unter Virtualnato.org/home.

Insbesondere Militärsimulationen auf dem technischen Niveau von »CoD« sind eng verknüpft einerseits mit dem Militär, andererseits mit der Rüstungsindustrie. Der US-Fachjournalist Rich Stanton fand heraus, dass im Zusammenhang mit dem Massaker an der Sandy Hook Elementary School die Richter ein Urteil zu Lasten der Waffenfabrikanten fällten. Darin wurde angeführt, dass unter anderem der Schießprügelhersteller Colt angab, »mit dem Rückgang des Zugangs zu Schieß- und Jagdgebieten« seien »virtuelle Spielszenarien ein primäres Mittel für junge potenzielle Schützen ..., mit Schusswaffen und Munition in Kontakt zu kommen«. Weiter heißt es, dass die Einbeziehung von Markenwaffen in »CoD« »dazu beitrüge, die Markenpräferenz der nächsten Generation zu schaffen«. Die Firma Remington und der »CoD«-Hersteller Activision Blizzard vereinbarten 2009 die Implementierung einer semiautomatischen Waffe im Spiel, um sie »erfolgreich an ein jüngeres Publikum zu vermarkten«. Lang sind die Listen, in denen Games-Firmen Waffenhersteller und deren feine Produkte auflisten. In »Medal of Honor: Warfighter« dankt Electronic Arts der Firma Kaenon, die Sonnen- und Splitterschutz-Brillen herstellt. Die »echten« Waffen bewirken »echte« Vernichtung: »»Battlefield 6« bringt nämlich, Gott sei Dank, die Zerstörung zurück! Nachdem die zerstörbare Umgebung in den vergangenen Teilen immer mehr zurückgeschraubt wurde, gibt man jetzt endlich wieder Vollgas«, jubilierte Redakteur Carlo

Siebenhüner im Magazin »PC Games« 10/25 über den aktuellen »Battlefield«-Shooter.

Denn neben simulierten Waffen wie dem »Brandbombenwerfer SIGH G1 WP« und der »MP SGX« nach dem Vorbild einer SIG-Sauer-Maschinenpistole ist der »militärische Realismus« von großer Bedeutung dafür, dumme Jungs zu betören. Der Hersteller ist geneigt, die Wirklichkeit auf dem Schlachtfeld möglichst genau zu simulieren – ohne störende Elemente wie Kriegsverbrechen und von Tellerminen zerfetzte Beine. Dazu gehören die richtigen Uniformen »sowie Spiel-Engines, die komplexe Waffenballistik berechnen, mehrschichtiges Sounddesign, um den Lärm der Schlacht nachzubilden« (»Costs of War«). Die Firmen zahlen »Lizenzgebühren an Waffenhersteller, um bestimmte virtuelle Waffen in ihre Titel aufzunehmen, da diese Waffennamen die wahrgenommene Authentizität eines Spiels verstärken.«

Kriegs-Videospiele sind eng mit Militär und Rüstungsindustrie verknüpft

In den Shootern der vergangenen Jahre wächst die Bedeutung von Drohnen und Cyber-Hacking, denn »nirgendwo im Militär werden Videospiele und verwandte Techniken eine bedeutendere Rolle spielen als im Bereich des Cyberkriegs. Diese Art der Kriegsführung gab es vor einer Generation noch nicht, und doch kann sie auf Länder, die sich in Konflikten befinden, eine tiefgreifendere und lähmendere Wirkung haben als reale Kämpfe.« (Corey Mead) Nötig sind VR-Brille und Gamepad gleichermaßen für die Drohne im Spiel wie für die Drohne auf dem Schlachtfeld. Der Spieler braucht sich nicht umzugewöhnen, wenn er vom Kinderzimmer mit Playstation zum Bundeswehr-Stützpunkt wechselt und auf dem Monitor seine Anti-Panzer-Lenkaffen steuert. Dann fallen die Hemmungen, denn der Mensch betrachtet das Kampfgeschehen in Form der »fortschreitenden Automatisierung des Sehens«, wie es der Medientheoretiker Lev Manovich nennt.

Neben dem Cyberwar mit Drohnenkrieg ist E-Sport ein wichtiger Aspekt der Kriegsspiele im 21. Jahrhundert. »Was wir erleben, ist eine Verschiebung von der Militarisierung von Videospielen zur Militarisierung der Videospielkultur, der sozialen Welt der Videospieler. ... Es geht darum, das, was das Militär kulturell beanspruchen kann, durch positive Assoziationen zu erweitern.« (»Costs of War«) Dafür braucht der Staat nicht viel Geld. Die US-Navy verwendete nur etwa drei bis fünf Prozent ihres Marketing-Budgets im

Jahre 2023, etwa 4,3 Millionen US-Dollar, um eine E-Sport-Initiative zu finanzieren. In Deutschland sind die Weichen gestellt, denn vermutlich wird das Gesetz zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit des E-Sports am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Dann sparen die Hersteller der Kriegssimulationen Steuer-gelder und erhalten Fördermittel, um junge Menschen besser zu Cyberkriegern zu konditionieren, als es dem Judenfresser Friedrich »Turnvater« Jahn mit der sportiven Veredelung von Kanonenfutter gelang.

Alles ist Spiel, nicht nur der Drohnenkrieg. Unter »Gamification« wird die Konditionierung aller Bereiche des Lebens in der entfremdeten Welt verslagwortet: »Alarmierender ist, dass Amazon Gamification in seinen Lagern einsetzt, um die Mitarbeiter dazu zu bringen, »ihre Effizienz zu verbessern« und mit anderen um digitale Belohnungen wie virtuelle Haustiere zu konkurrieren«, wie die Journalistin Marijam Didžgalvytė schreibt. Peter Bürger merkt an: »Schließlich scheint der gesamte Komplex des elektronischen Militärs innerhalb von Militär und Politik selbst infantil-utopistische Wahnideen zu fördern, die den Krieg der Zukunft als »Kinderspiel« erscheinen lassen.«

Dabei sind die Leute, die die Fäden in der Hand halten, keineswegs Kindsköpfe, anders als naive Zeitgenossen meinen. So barmte Alexandra Hilpert in der »Taz« über die auf der Gamescom vertretene Bundeswehr, sie »habe aber wohl noch nicht kapiert, wie sich echter Krieg anfühlt«, und sehe in »Gamer:innen ein gefundenes Marketingfressen«: »Im Krieg kann man nicht auf Stopp drücken, nicht neu starten, wenn man stirbt, und die Gegner:innen sind keine seelenlosen Bots, sondern Menschen. Dass die Bundeswehr diese Realität als Spiel vermarktet, ist irreführend und lebensgefährlich. Krieg ist tödlich.« Ja, ei der Daus! Dass die Herren Generäle derart die Unwahrheit reden, hat's wohl seit dem seligen Ludendorff nicht mehr gegeben.

Hierzulande besuchen Bundeswehr-Werber mit I-Pad und TV-Beamer die Schulen, während die Army in den privatwirtschaftlich avancierten USA seit Jahren »modernste Lernwerkzeuge in den Unterricht bringt und Lernwelten schafft, in denen das Eintauchen in virtuelle Welten der Armee die Erfahrung selbst bestimmen kann« (Corey Mead). Die Unterscheidung zwischen dem einen, vermeintlich harmlosen, und dem anderen, tatsächlich tödlichen, wird den digital Zugerichteten schwerer und schwerer fallen, so wie dem Helden des bereits 1985 veröffentlichten Science-Fiction-Romans *ENDER – Das Große Spiel* von Orson Scott Card. Er rottet ungewollt eine ganze Alien-Spezies aus, weil er glaubt, nur zu spielen. ●

Peter Kusenbergschrieb in konkret 10/25 über das Theaterstück »The Beat Goes On«

konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

Krämer-seelenkunde

Nach Risiken und Nebenwirkungen fragt Professor Walter Krämer, der Gründer und ewige Vorsitzende des Vereins Deutsche Sprache, immer noch einen Arzt oder Apotheker und findet, wir alle sollten das tun. Seine katholische Kirche verließ er, als auch sie mit dem Genderquatsch anfang: *Grammatikalisch überflüssige Doppelnennungen wie »Christen und Christinnen« werden von der Genderlobby gerne als Minimalbedingung einer »geschlechtergerechten« Sprache eingefordert (überflüssig deshalb, weil die unmarkierte (also unspezifische) Form »Christen« alle Gläubigen umfasst).* Es kommt ihm nicht in den Sinn, dass seine sprachliche Lieblingskonvention mit linguistischer Logik wenig zu tun hat, sehr viel aber mit dem Umstand, dass es in grauer Vorzeit keine Ärztinnen gab und die Frauen in gemischter Gesellschaft den Rand zu halten hatten, solange sie nicht von einem Mann gefragt wurden.

Nun muss er selber für seine Himmelfahrt sorgen. Bis dahin wird er hoffentlich erkannt haben, dass die Grammatik keine Naturgesetze beschreibt, sondern sprachliche Konventionen; sie erklärt nicht die Welt, sondern ermöglicht Verständigung. Und wenn die sozialen Konventionen sich geändert haben, dürfen die sprachlichen sich anpassen.

Jeder Tippfehler, wenn auf edles Papier gedruckt, ist eine gesparte Sekunde auf Kosten der Ewigkeit. Deshalb hat Krämer (77) auf seine alten Tage, so scheint es, ein Diktiergerät angeschafft. Er übt aber noch, und wenn in der neuesten Ausgabe der »Sprachnachrichten« seines Vereins ein runder Geburtstag zu feiern ist, hebt er also an: *Vor gut 400 Jahren wanderten die Vorfahren unseres Vereinsfreundes Dr. Joachim Riesenkampff, dem aktuellen Beiratsvorsitzenden der in Berlin ansässigen Riesenkampff-Stiftung, aus dem niedersächsischen Hildesheim nach Estland aus.* Denn Appositionen, das merke gleichfalls dir genau, brauchen immer den Dativ!

Ein anderer Jubilar gab Bücher teilweise und ist der Bodenkultur Wien aktiv: *Daneben gab er in der Corona-Zeit vier Satirebücher teilweise im IFB-Verlag, wie z. B. »Limericks aus Coronazeiten«.* Und noch lange nach seiner Pensionierung ist er seinem Spezialgebiet, der Planung von Experimenten, als Autor und Berater im Zentrum für Versuchsplanung der Universität für Bodenkultur Wien sehr aktiv. *Wir wünschen ihm noch viele Jahre frohen Schaffens.*

In einer Buchrezension kann es schon geschehen, dass manches Ressentiment sich in eine Avantage verwandelt und Krämers Frau mit auswärtigen Fachgenossen zum Dinner eingeleitet wird. *Manche*

Vorurteile sind aber auch faktenresistent. ... Dass diese Vorteile durchaus auch das Verhalten unserer Mitmenschen uns gegenüber beeinflussen, hat der Rezensent bei einem Gastvortrag anlässlich eines Forschungssemesters in Australien erfahren. Danach mit seiner Frau zum Essen eingeladen, erschienen die australischen Kollegen pünktlich wie in der Einleitung formuliert um 20:00 Uhr.

Freude kam auf beim großen Vorsitzenden, als sich eine Pressemeldung fand, es seien schon immer die allerübelsten Figuren gewesen, die das natürliche Regime der unspezifischen Form erweichen wollten: *Genderlobby folgt Nazitradition. Mit der Doppelform folgt die Genderlobby einer Tradition, die vor 100 Jahren von Adolf Hitler begründet wurde. Dies hat die Historikerin Prof. Dr. Sybille Steinbacher herausgefunden, wie im April in der WELT berichtet wurde. Bei einer Rede in Zwickau im Juli 1925 sprach Hitler seine Zuhörer mit »Liebe Volksgenossen und Volksgenossinnen« an. Dergleichen Anreden waren bis dato in der deutschen Politik nicht üblich.*

Dass man die Namen von Verbrauchsgütern nur dann in Majuskeln schreibt, wenn man dafür bezahlt wird, hätte er wissen können. Und er hätte zumindest ahnen dürfen, dass eine ähnliche Anrede, wenn auch mit anderen Vorsilben, in der Linken seit den 1880er Jahren üblich war. Von Gauleiter*innen und Sturmbannführer*innen sprach Hitler nie. Da die Frauen aber leider das aktive Wahlrecht besaßen, musste er sich anbiedern, um ihnen 1933 das passive nehmen zu können. Die historische Wirklichkeit – dass Frauen seit dem Beginn der Moderne um Sichtbarkeit kämpfen mussten – interessiert nicht. Hauptsache, man hat eine braune Karte, die man auf den Tisch knallen kann.

Krämer wendet dabei eben jenes Verfahren an, welches er der *Gesinnungspolizei* vorwirft. Nur dass er nicht das Gendern, sondern die Sprache selbst verhaften möchte. Eine Grammatik, die er als un-



Ein Fall für den Sprachblockwart

markiert beschwört, wird in den Kerker der Ewigkeit gesperrt. Das Unmarkierte sei das Natürliche, das Wahre, das Echte. Aber die Sprache ist niemals neutral. Sie markiert immer, setzt Grenzen, öffnet und schließt. Und sie ist vor allem ein Ort der Macht.

Wenn er wirklich die Sprache liebte, müsste er begreifen, dass sie ohne Wandel eine Leiche wäre. Dass ausgerechnet Hitler zum Erfinder des Genderns ernannt wird, ist ein Beispiel dafür, wie manche Sprachkritiker sich ins Abseits verirren.

Heute murmelt jeder Bürgermeister bei der Eröffnung des Feuerwehrfestes seine »Bürger und Bürger« in den Bart und erweist so dem Gesslerhut der deutschen *Gesinnungspolizei* die Reverenz. Der Leser hat nach einer Viertelstunde Krämer die freie Wahl: bloß ein weiterer kleiner Hirnaussetzer? Oder ein Stück beißend komischer Satire, mit dem auch T-Shirts sich bedrucken ließen? **Joachim Rohloff**

Abweichler für die Einheit

Die Schriften des Widerstandskämpfers und Gewerkschaftsfunktionärs Willi Bleicher sind nicht nur biografisch interessant. Von Stefan Dietl

Blickt man auf die jüngsten Beschlüsse der Bundeskongresse der Gewerkschaften, ist die Sache klar: Der DGB ist Teil der Antifa und die AfD der politische Feind; Antifaschismus sei der »Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit«. »Der Antifaschismus ist spätestens seit dem 2. Mai 1933, der faschistischen Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der späteren Enteignung der Gewerkschaften, ureigene Aufgabe der Gewerkschaften«, heißt es in einem der zahlreichen Anträge des DGB-Bundeskongresses, die sich der Auseinandersetzung mit der AfD widmen. Selbstbewusst erklärt sich der DGB zur antifaschistischen Organisation und verspricht, »die Demokratie wehrhaft zu verteidigen«.

In der Praxis gestaltet sich dies jedoch nicht so einfach. Die Gewerkschaften ringen um den richtigen Umgang mit der AfD. Nicht zuletzt, weil auch immer mehr Gewerkschaftsmitglieder ihr Kreuz bei der AfD machen oder für sie zu Wahlen antreten. Soll man die Partei rigoros ausgrenzen, ihre Mitglieder gar aus den Gewerkschaften ausschließen? Wie reagiert man, sollte es zu einer Regierungsbeteiligung der AfD kommen? Wie positioniert man sich zu einem Verbot der Partei? Die Wahlerfolge der AfD und die weltweite autoritäre Welle haben die Diskussion um den Faschismus wieder auf die gewerkschaftliche Agenda gesetzt.

Das Buch *Texte eines Widerständigen* erscheint daher genau zur richtigen Zeit. Es ist eine von Hermann G. Abmayr herausgegebene Sammlung der Schriften des Gewerkschafters und antifaschistischen Widerstandskämpfers Willi Bleicher (1907–1981). Nach Abmayrs verdienstvoller Bleicher-Biografie *Wir brauchen kein Denkmal* von 1992

und seinem Dokumentarfilm »Wer nicht kämpft, hat schon verloren« von 2007 macht der Dokumentenband Briefe, Zeitungsbeiträge und Reden des streitbaren Gewerkschafters zugänglich. Die Sammlung, die auch zwei lange politisch-biografische Interviews mit Willi Bleicher enthält, gibt nicht nur einen tiefen Einblick in seine bewegte Vita, sondern erweckt zugleich die vielbeschworene antifaschistische Tradition und Verpflichtung der Gewerkschaften zum Leben.



»Die Mörder leben noch unter uns; einige davon sind mir bekannt«: Willi Bleicher (r.) mit den Ausbeutervertretern Hanns Martin Schleyer (l.) und Herbert van Hüllen (M.), 28. Oktober 1967

Bleicher politisierte sich schon als Kind. Es war vor allem die Erfahrung existenzieller Armut, die ihn prägte und seinen lebenslangen Einsatz für die materielle Verbesserung der Lage der Arbeiter motivierte. Als 14-jähriger begann mit einer Bäckerlehre auch sein gewerkschaftliches Engagement. Nachdem er als Hilfsarbeiter bei Daimler angeheuert hatte, wurde er schnell Jugendleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart. Bereits 1924 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) der KPD bei. Hier wurde er jedoch schnell, was er im Grunde sein Leben lang blieb: ein Abweichler.

Auf Grund seiner Kritik an der Stalinisierung wurde er 1929 aus der KPD ausgeschlossen. Wie viele andere aus dem Gewerkschaftsflügel der KPD schloss er sich der KPD/O (Kommunistische Partei Deutschlands/Opposition) um August Thalheimer und Heinrich Brandler an und wurde Organisationsleiter der KJO (Kommunistische Jugend Opposition). Wie die KPD/O warb auch Bleicher schon früh für ein großes Bündnis der Arbeiterparteien gegen den Nationalsozialismus und für eine Gewerkschaftspolitik, die sich am Einheitsgedanken orientierte.

Bekanntlich ohne Erfolg. Nach der Machtübertragung 1933 floh Bleicher zunächst ins Ausland. Statt in Sicherheit auszuharren, kehrte er jedoch nach Deutschland zurück und schloss sich der kommunistischen Widerstandsgruppe Neckarland an. Im Januar 1936 wurde er verhaftet und nach seiner Haftstrafe im KZ Buchenwald interniert. Auch dort blieb sein Widerstand ungebrochen. Er setzte sein Leben aufs Spiel, als er ein jüdisches Kind mehrere Monate lang vor den KZ-Wächtern verbarg. Die Rettung diente als Vorlage für den 1958 erschienenen Roman *Nacht unter Wölfen* von Bruno Apitz; 1965 wurde Bleicher von der Shoah-Gedenkstätte Yad Vashem als »Gerechter unter den Völkern« geehrt. Eine der wenigen Auszeichnungen, die er annahm, obwohl im Lauf seines Lebens zahlreiche an ihn herangetragen wurden.

Die Jahre der KZ-Haft, während der er auch mehrmals gefoltert wurde, konnte er nach eigenem Bekunden nur dank der gegenseitigen Solidarität überstehen. Dieser Solidarität praktisch Ausdruck zu verleihen und die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden, war für Willi Bleicher die wichtigste Erkenntnis aus dem Scheitern der Arbeiterbe-

wegung der Weimarer Republik. Der Kampf für die Idee der Einheit der Arbeiterschaft begleitete ihn ein Leben lang, wie die *Texte eines Widerständigen* zeigen.

Dass Bleicher in den Gewerkschaften zu einer der prominentesten Persönlichkeiten im westlichen Nachkriegsdeutschland wurde, ist daher wenig überraschend. Bekannt für seine mitreißenden Reden und seinen harten Verhandlungsstil, avancierte er als Bezirksleiter der kampfstarken IG Metall in Baden-Württemberg in den sechziger und siebziger Jahren zum wichtigsten Streikführer der Bundesrepublik und zum öffentlichen Gegenspieler des ehemaligen SS-Offiziers Hanns Martin Schleyer, damals Vorsitzender des baden-württembergischen Verbandes der Metallindustrie.

Bleichers Streben nach parteipolitischer Einheit scheiterte hingegen. Mit seinem Plädoyer – »es darf nur eine einzige Arbeiterpartei geben« – und seiner Positionierung gegen eine kommunistische Fraktionsbildung in den Gewerkschaften fand er sich in der KPD, der er sich direkt nach dem Krieg wieder anschloss, bald schon in der gewohnten Position des Abweichlers. 1950 verließ er die KPD – auch wegen der Kampagne der SED gegen potentielle Oppositionelle und frühere KZ-Buchenwald-Häftlinge wie Robert Siewert und Ernst Busse. Antikommunistische Kampagnen waren ihm jedoch zuwider, und so wandte er sich entschieden gegen den von ihm als »politische Hysterie« gebrandmarkten »Radikalenerlass«. 1953 trat er der SPD bei. Doch unbequem blieb er auch hier, nicht zuletzt auf Grund seiner konsequent antifaschistischen Haltung.

Gerade die zahlreichen in der Textsammlung enthaltenen antifaschistischen Zeugnisse Willi Bleichers sind eine wichtige Bereicherung für die aktuelle gewerkschaftliche Debatte. Als einem von wenigen führenden Gewerkschaftsvertreter war ihm die Dimension der Niederlage, die der Nationalsozialismus für die deutsche Arbeiterbewegung bedeutete, bewusst: »Es ist immer wieder bitter für mich, wie auch wir unsere Vergangenheit noch so wenig aufgearbeitet haben«, beklagte er in einem seiner letzten Interviews 1979.

»Der Fall der deutschen Arbeiterbewegung war der tiefste, der grandioseste bezüglich seines Ausmaßes«, bilanzierte Bleicher. Sie »ging an ihren Halbheiten, Unzulänglichkeiten und Fehlern zugrunde ... Das ergab Dachau, Buchenwald, Ravensbrück, Esterwegen, das ergab Auschwitz, Folter und Mord in den Gestapogefängnissen.« Bereits 1946, bei seiner ersten öffentlichen Rede nach der Befreiung aus dem KZ, forderte Bleicher ein »Schuldbekenntnis der deutschen Arbeiterklasse«. Nur ein solches könne »Ausgangspunkt der Regeneration dieser Klasse und ihrer Bewegungen« sein.

Immer wieder sprach er auf antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen,

warnte vor neuen Spielarten des Faschismus und prangerte lautstark den Umgang mit den alten Nazis an, die bei der »Entnazifizierung durch die Maschen schlüpfen konnten, um Verdienstkreuze zu erwerben«. Sämtlichen Bemühungen um ein Vergessen trat er entgegen: »Denn die Mörder leben noch unter uns; einige davon sind mir bekannt.«

Während die Gewerkschaften heute um den richtigen Umgang mit der AfD ringen, forderte Bleicher schon früh ein Verbot der NPD und machte sich für eine gewerkschaftliche Kampagne zu diesem Zweck stark. Innerhalb der Gewerkschaften warnte er vor Bemühungen aus dem Umfeld der NPD, neonazistische Betriebsorganisationen zu gründen, und betonte die Anfälligkeit in den eigenen Reihen für eine Mischung aus sozialer und nationalistischer Rhetorik. In Anbetracht der aktuellen Versuche der extremen Rechten, sich in Betriebsräten zu etablieren, eine Einschätzung von trauriger Aktualität.

Ging es um den Kampf gegen den Faschismus, ließ er sich von Parteilinien nicht beirren. So war Willi Bleicher auch Mitglied des Ehrenpräsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und hat sich nie dem Unvereinbarkeitsbeschluss mit der als kommunistisch gebrandmarkten Organisation unterworfen, der in der SPD von 1948 bis 2010 galt.

Versuchen, ihn in den bundesrepublikanischen Konsens einzugemeinden, verweigerte er sich, so gut es ging. Ihm von den bundesdeutschen Eliten angetragene Ehrungen, zum Beispiel diverse Verdienstkreuze, lehnte er ab. »Ich will nichts zu tun haben mit den Eiferern für Berufsverbote, um hierfür den Nachweis guter Demokratie zu erbringen. Ich will mit einer Auszeichnung auch nicht in die Nähe jener Richter gebracht werden, die die NPD als eine verfassungskonforme Partei etablierten«, schrieb Bleicher. Auch in der SPD blieb er seiner Überzeugung von der notwendigen Überwindung der bestehenden Verhältnisse treu und bezeichnete noch in seinem letzten Interview den Sozialismus als »ein geschichtliches Muss«.

Dank Abmayrs verdienstvoller Arbeit haben die Gewerkschaften nun die Möglichkeit, bei der Entwicklung einer Strategie gegen den aktuellen faschistischen Vormarsch an die Einschätzungen und Erfahrungen Willi Bleichers anknüpfen. Bleibt zu hoffen, dass sie diese Möglichkeit nutzen. ●

Hermann G. Abmayr (Hg.): *Willi Bleicher. Texte eines Widerständigen. Briefe aus dem KZ, Reden und Interviews*. Schmetterling, Stuttgart 2025, 457 Seiten, 24,80 Euro

Stefan Dietl schrieb in konkret 10/25 über die antisoziale Kriegswirtschaftspolitik der Bundesregierung

Einfach wertlos

Die »Hintergründe des Phänomens Krieg« will er erklären – marxistisch und wertkritisch. So das Vorwort. Doch die Marxsche Theorie hat zum »Phänomen« nicht viel zu sagen. Marx hat vor allem vom »inneren Krieg« kapitalistischer Staaten, vom »Bürgerkrieg« geschrieben, der in manchen »Phasen« offen zutage tritt, meist aber latent sei. Was die wertkritische Seite betrifft, so reicht es dem Autor, jeweils dann, wenn es ihm passt, den »Philosophen Robert Kurz« zu zitieren. Dieser meinte, Kapitalismus sei eine Folge militärischer Aktionen und nicht ein gesellschaftliches Verhältnis, das zur Warenproduktion ausgebeutete Arbeitskraft erheischt und »Mehrwert« (Profit) erzielen will.

Überhaupt arbeitet der Autor nach dem Prinzip: Ich stelle eine Behauptung auf und suche mir dann von Marx, Engels, Kurz oder einem mir bekannten Bücherschreiber ein Zitat raus, das dann hinreichend »belegen« soll, wie wertvoll meine Behauptung ist. Dabei unterlaufen ihm Fehler, die jedem Abiturienten null Punkte einbringen würden: Bei den Kriegsgöttern kennt er nur Männer und vergisst Pallas Athene, die (vor allem in der *Ilias*) große Freude am Metzeln und Schlachten zeigt; für das Ende des Ersten Weltkriegs macht er die Befehlsverweigerung einer »großen Anzahl der in die Schützengräben Gezwungenen« verantwortlich, obwohl von circa 13 Millionen deutschen Soldaten gerade mal 100.000 desertierten; die faschistische Kriegspropaganda eines Goebbels ist ihm die »bisher wohl schlimmste Konditionierung« der Massen.

Für das bereitwillige und begeisterte Mitmachen eines Großteils der Bevölkerung kann der Autor – weil ideologietheoretisch unterbelichtet – nur »Manipulation und Repression« in Anschlag bringen. Dass – wie heutzutage – auf »Kriegstüchtigkeit« in allen Staatsapparaten vorbereitet wird (vom Kindergarten über die Hochschulen bis in die Betriebe) und diese »Botschaft« bei den Subjekten auch »ankommen« muss: Leerstelle. Und obwohl die Massen unterdrückt und manipuliert werden, gibt es »immer Hoffnung« in Form der »Gattung Mensch«. Diese soll »aktiv werden«, viel lesen und Antikriegsfilme schauen – so kann sie »die Schrecken vergangener Kriege wahrnehmen, erleben, sich warnen lassen«. Das »Bewusstsein« ist dann »gestärkt« und »eine starke Friedensbewegung« wird es schon richten: »Es ist ganz einfach.«

Klaus Weber

Gerd Bedzent: *Krieg – eine Geschichte ohne Ende*. Trafo, Berlin 2025, 156 Seiten, 12,80 Euro

Weltenflug in Westberlin

Vor dem Fall der Mauer war Kreuzberg berühmt für alternatives und solidarisches, wenngleich prekäres Leben in der Großstadt. Der untergegangene »Kiez« ist in den Fotografien Wolfgang Krolows bis heute lebendig.
Von Sabine Lueken

Einmal in der Woche kam Kollege Wolfgang Krolow mit einem kleinen Rucksack auf dem Rücken in unsere selbstverwaltete Bauarbeiterschule, um einen Fotokurs anzubieten. Das war in Kreuzberg, auch ich war dort zu dieser Zeit tätig. Wir unterrichteten junge Leute, ehemalige Punker und

Hausbesetzer, die einen Abschluss als Maurergesellen machen konnten, ohne zuvor eine reguläre Schule absolviert zu haben. Wir unterrichteten Migranten aus der Türkei, aus Ghana und anderen Ländern sowie Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, die dem Berliner Arbeitsmarkt als Bauhelfer zugewiesen worden waren. Ich unterrichtete Deutsch,

Wolfgang Fotografie. Wenn er hereinschneite, immer mit Hut über dem halblangen Haar, zog er nebst seiner Kamera meist auch einen eleganten Flachmann hervor. In dem Fotolesebuch über Albanien, das er 1991 herausbrachte, sieht man ihn in genau diesem Outfit hinter dem albanischen Verteidigungsminister stehen.

Mir gefällt die Vorstellung, dass er eine ähnliche Wirkung entfalten konnte wie der Fotograf Michael Schmidt von 1976 bis 1986 mit seiner »Werkstatt für Photographie« an der Volkshochschule Kreuzberg, unweit des Checkpoint Charlie. Dort konnte jeder auf hohem Niveau das Fotografieren lernen – Kreativität und Selbstverwirklichung mittels freier Lichtbildnerie, jedoch nicht als Selbstzweck, sondern mit Rückwirkung in die Gesellschaft. Das war auch Krolows Credo: Er wollte »Widerstandskultur fördern«.

Wolfgang Krolow war »gegen das Schweinesystem«. Als Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins fotografierte er auch für deren Zeitung »Die Wahrheit«. Er stand auf der Seite der einfachen Leute, der Hausbesetzer und Punks – all derer, die gegen Herrschaft und Gewalt protestierten. Auf der Seite der Kinder, die nur die Straße zum Spielen hatten, und der Migranten, für die sich niemand interessierte. Seit Beginn der achtziger Jahre begleitete Krolow mit »Gefühl und Härte« – ein Slogan aus dieser Zeit – die Hausbesetzer mit der Kamera: ihre Auseinandersetzungen mit der Polizei, den Kampf gegen Räumungen, ihre Demonstrationen und Slogans: »DIESES HAUS SOLL WIEDER LEBEN« (das beschriftete Bettla-

ken verschwindet fast in der zerstörten Fassade des besetzten Hauses), »LEBEN WOLLEN WIR«, »Das ist jetzt unsere NEUE HEIMAT«, »Krieg dem US-Imperialismus« oder einfach »LIEBT EUCH!«. »Für mich waren das einfach interessante Motive, die aber gleichzeitig auch etwas beitragen sollten zur Veränderung«, sagte Krolow.

Er wird 1950 in Sippersfeld nahe Kaiserslautern geboren und schmeißt kurz vor dem Abitur die Schule. Seine Reise auf dem Hippie-Trail endet im Iran des Schahs in einem Gefängnisloch, weil er Fotos geschossen hat; die Mutter holt ihn über das deutsche Konsulat heraus. 1972 geht er nach einem abgebrochenen Studium der Bildhauerei in Mannheim nach Berlin. Die Hochschule der Künste, Abteilung Visuelle Kommunikation, schließt er



Der Kiez als Abenteuerspielplatz: »Springende Kinder«, eines der berühmtesten Fotos von Wolfgang Krolow, 1980 entstanden

als Meisterschüler ab. Vorher und nebenbei muss er Geld verdienen. Ab 1982 arbeitet er hauptberuflich als freischaffender Fotograf; schon zuvor veröffentlichte er in verschiedenen Zeitungen und Magazinen. In Kreuzberg lebt er seit 1977, am Chamisso-platz. 2005 ereilt ihn ein Schlaganfall; seitdem kann er kaum noch arbeiten. 2019 stirbt er unerwartet.

Leben und Werk dieses bedeutenden Fotokünstlers würdigt der bei Assoziation A erschienene Band *Kreuzberg die Welt*. Mustafa Akça, in Kreuzberg aufgewachsen und heute als Leiter des interkulturellen Projekts »Selam Opera!« an der Komischen Oper Berlin tätig, und Andrea Schick (»Never trust a hippie?«), ehemalige Punkerin, erinnern sich in sehr persönlichen Beiträgen an Krolow. Ein Manko dieses schönen Buchs sind die Bildlegenden, sie sollten in einer Neuauflage verbessert werden.

Kreuzberg SO 36, ein ehemaliger Arbeiterbezirk, dessen Häuser man verkommen ließ, um sie später gemäß Westberliner Flächennutzungsplan von 1965 abzureißen und Platz für eine Bundesautobahn zu schaffen, wurde im Schatten der Mauer – damals gleichsam am Ende der Welt – zu einer kleinen urbanen Utopie. Die Mieten waren niedrig; hier lebten die ersten türkischen Arbeitsmigranten, linksradikale Studenten und Bohemiens mit alteingesessenen Berlinern zusammen. Seit 1980 kamen auch Hausbesetzer. Man brauchte nicht viel Geld, jeder konnte alles machen: Das war das Versprechen. Hier fand Krolow seine Motive, auch wenn einige Fotos aus anderen Bezirken stammen, wie das des marmornen Moltke-Denkmal mit dem aufgesprühnten Kommentar »Blutsau« am Großen Stern im Tiergarten. »Pass bloß auf, Staat!«, »Chaoten zertrümmerten mein 1. Programm«, »Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten«, »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt« – Sprüche, die Westberliner Politiker, Spießer und Saubermänner auf die Palme brachten.

Harte Kontraste in der Adalbertstraße: Das zwölfstöckige Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ) – die Körper seiner Bewohner in den Sozialwohnungen eingeschlossen – sollte einen Riegel gegen die Geräusche einer Autobahn bilden, die dann nie gebaut wurde. Aus dieser Zeit stammt der populäre »Rauch-Haus-Song« von Ton Steine Scherben, Ende 1971 erstmals öffentlich gespielt. Im Refrain forderte die Band: »Schmeiß doch endlich Schmidt und Press und Mosch aus Kreuzberg raus« – eine Anspielung auf die Entwickler des NKZ. In den späten achtziger Jahren, als das NKZ längst gebaut und zum Slum-Hochhaus verkommen war, ging man zu »behutsamer Stadterneuerung« über. Heute ist Kreuzberg weitgehend saniert, gentrifiziert und ein Touristenmagnet. Der Abriss der Altbauten wurde jedoch



Punker in Kreuzberg, 1981 fotografiert von Wolfgang Krolow

durch die Hausbesetzerbewegung verhindert. Anders sein, anders leben, einen »allgemein linken Konsens« (Krolow) herstellen zu können – das schien eine Weile lang möglich. Krolows Fotos vermitteln diese Erfahrung und erzeugen heute bei vielen Betrachtern Wehmut.

Auch die Fotos aus den siebziger Jahren erzählen Geschichten: Heruntergekommene Hinterhöfe mit Schrottautos, leere Straßen, Einschusslöcher in den Fassaden, grau verhangene Luft aus den Schornsteinen der Kohleöfen – solch marode Straßen und Häuser gab es in Westdeutschland kaum zu sehen. Dazu formen Dachziegel, Pflastersteine im Gegenlicht, verfallende Gründerzeitfassaden, Brandmauern aus Backstein und Rolläden vor geschlossenen Geschäften eine grafische Komposition.

Für die seit 1998 bis heute monatlich erscheinende »Kreuzberger Chronik« porträtierte Krolow Bewohner des Kiezes – und seinen Freund, den Schriftsteller Peter Paul Zahl, der Texte zu Krolows Fotobänden *Instandbesetzer-Bilderbuch* (1981) und *Seiltänze* (1982) beisteuerte. Obwohl Zahl nie in Kreuzberg gelebt hat, war er dort eine Institution.

Krolows Fotos wirken dokumentarisch und sind zugleich Kunstwerke. Da ist zum Beispiel der »Mauerspecht«, winzig in der Schuttlandschaft mit Hammer und Meißel; das Foto weckt Assoziationen an den letzten Überlebenden von Pompeji, die aufgetürmten Mauerreste erinnern an das verfallene Forum Romanum nach dem Untergang Roms. Alte Leute sitzen rauchend vor einem Haufen weggeworfener Lose – hinter sich ordentlich aufgereihete Plüschtiere, die Gewinne. »Wellenflug« lautet die Aufschrift am Kettenkarussell – eines meiner Lieblingsbilder

(ich las zunächst »Weltenflug«, was viel besser passt). Das berühmte Krolow-Foto, auf dem fünf Kinder ein altes Auto als Trampolin benutzen, ist das Lieblingsbild von Mustafa Akça. Bemerkenswert ist auch das Foto, auf dem zwei Mädchen – das eine mit Kopftuch, das andere blond – einander einen unsichtbaren Ball zuwerfen. Zu Tränen rührt mich das Bild eines Großvaters, der mit seiner Enkelin die Straße entlanggeht – mit Stock, Persianermütze und Schnabelschuhen. Oder die migrantischen Straßenarbeiter, die eine Schubkarre wie Picassos Stierkopf bei den Hörnern packen, im Hintergrund ein Wegweiser zur »Wotan Apotheke«. Ringel-T-Shirt, Bauch, kurze Hosen, Sandalen mit Socken, Hund: Ein bärtiger Mann schiebt seine Tochter nonchalant in einer Kinder-Sportkarre über die Straße und kreuzt den Weg einer jungen Frau in Schlaghosen und Absatz-Clogs. Im Hintergrund sind ein Ladenschild mit der Aufschrift »Trödel – Ankauf – Verkauf« und eine Kneipe namens »Bier-Quelle« samt Schultheiß-Logo zu erkennen.

Wolfgang Krolow hatte den Blick für die Poesie des Alltags; nichts ist geschönt, nichts idealisiert, nichts mythologisiert. Harte Realität, getragen von Empathie und Gestaltungswillen, große Kunst! ●

Sigrid Heger, Andreas Homann, Rainer Wendling (Hg): *Kreuzberg die Welt. Fotografien von Wolfgang Krolow*. Assoziation A. Berlin / Hamburg 2025, 280 Seiten, 44 Euro

Sabine Lueken schrieb in konkret 9/25 über die ersten Ausstellungen, die in Europa zu den Verbrechen Nazi-Deutschlands gezeigt wurden

Wunderwelt des Rauschens

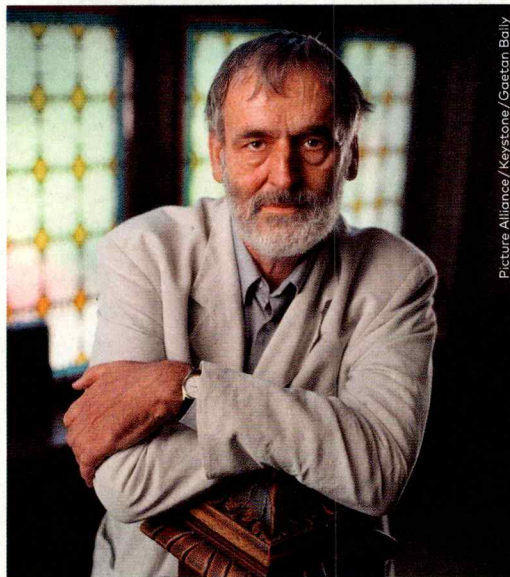
Der Komponist Helmut Lachenmann, einer der bedeutendsten Vertreter der Neuen Musik, feiert am 27. November seinen 90. Geburtstag. Eine Würdigung des Künstlers und seines Werks von Berthold Seliger

Die Neue Musik führt nach wie vor ein Schattendasein, was die Aufführung und Popularität ihrer Werke angeht – sieht man einmal vom populären »Neoklassik«-Schmarren ab, dieser belanglosen, nichts wollenden Musik zum, ja: Ausschalten. Aber welche »aktuell« (also sagen wir: nach den sechziger Jahren) komponierte Musik findet regelmäßig in den Programmen der Sinfonieorchester, des Rundfunks oder gar des Fernsehens statt? Sicher, es gibt die Spezialisten-Festivals von Donaueschingen bis Witten, es gibt hervorragende Reihen wie die Münchner »Musica Viva«, und nicht zuletzt das Musikfest Berlin macht sich regelmäßig um die Aufführung zeitgenössischer Musik verdient. Und es gibt Ausnahmen, die die Regel bestätigen: Das Werk von Pierre Boulez etwa, der das Glück hatte, dass sich ein Pultstar wie Daniel Barenboim über Jahrzehnte für sein Werk eingesetzt hat, oder György Ligeti, dessen »Atmosphères« in »2001: Odyssee im Weltraum« zu hören ist. Ganz zu schweigen von omnipräsenten Komponisten wie Thomas Adès oder Jörg Widmann, die eine gefällige Musik schreiben, die vom Publikum so gern gehört wie von den großen Orchestern gern gespielt wird, weil sie nicht weh tut und keine Mühe macht – weder beim Einstudieren noch beim Zuhören. Neue Musik zum Entspannen.

Ganz anders die Musik von Helmut Lachenmann, der am 27. November seinen 90. Geburtstag feiert. Sicher, mit seiner Oper »Das Mädchen mit den Schwefelhölzern« konnte Lachenmann einen veritablen internationalen Erfolg feiern. Und das Musikfest Berlin widmete dem Jubilar unlängst einen bemerkenswerten Querschnitt seiner Werke. Doch gerade hier zeigte sich ein Problem

der Pflege wirklich neuer Musik unserer Tage: dass selbst so herausragende Kompositionen wie Lachenmanns »Ausklang«, eine 1984/85 entstandene »konzertante Musik für Klavier und Orchester«, sonst kaum jemals aufgeführt werden.

»Ausklang« ist ein Monster von einem Werk, für den Pianisten, für das Orchester,



**»Musik, die greift und nicht bloß an-greift«:
Der Komponist Helmut Lachenmann**

für das Publikum, nicht zuletzt durch seine Aufführungsdauer von etwa 50 Minuten – aber ein beglückendes Monster. Eine Komposition voller Kühnheit und Abenteuerlust, fordernd, verstörend und anregend (und zwar auf eine Art anregend, wie es vielleicht das Publikum der Uraufführung von Beethovens »Eroica« erlebt haben mag, also durchaus auch mit einer gewissen Überforderung).

»Helmut Lachenmann holt in die Musik hinein, was draußen in der Welt vor sich

geht«, konstatiert der Dramaturg des Rundfunk-Sinfonieorchesters Berlin, Steffen Georgi. Mit all den flirrenden Sounds, mit den zärtlichen Tönen des Klaviers, die nicht mehr verändert werden können und allmählich im Saal »ausklingen«, und mit dem gewaltigen Schlaginstrumenten-Apparat aus unter anderem vier Pedalpauken, zwei Bongos, sechs japanischen Tempelgongs, vier Tamtams, vier chinesischen Becken, sechzehn Woodblocks, drei kleinen Trommeln, sechs Tomtoms, drei Metallblöcken und zwei Donnerblechen, überwiegend Instrumente mit unbestimmten Tonhöhen, für deren Bedienung acht Schlagzeuger benötigt werden, erzeugt Lachenmann ein »Fortissimo der emotionalen Wirkung«, wie er selbst bemerkt. Die Zuhörer/innen sind ganz in Zeit und Raum gebannt, es gibt kein Draußen mehr, nur noch das Drinnen in Lachenmanns Klang- und Geräusch-Kosmos. Es entsteht ein »Sound-House«, wie Francis Bacon diesen utopischen Ort vor 400 Jahren in »Neu-Atlantis« genannt hat. Oder eben »free music in a capitalist society« – das sagte wiederum Iggy Pop ...

»Der Titel »Ausklang« klingt relativ poetisch«, weiß Lachenmann. »Aber ich habe ihn ganz technisch gemeint. Ein Klavier spielt eigentlich permanent nur Ausklänge. Das heißt, die Töne verschwinden immer wieder, sie verklingen. Und dieses Element kann man ja nach allen Richtungen neu beleuchten, entwickeln.« Bis hin zu einem »Waldesrauschen«, das Lachenmann, der den Begriff »Rauschen« gegenüber »Geräusch« für seine Musik bevorzugt, für »eine wunderbare Erfahrung« hält.

Lachenmanns Musik klingt anders als das im Musikbetrieb Gewohnte und Bevorzugte. Diese Musik ist »schwierig«, sie kann kaum zur Entspannung gehört werden, son-

Picture Alliance/Keystone/Goetan Bailly

dern zwingt die Zuhörer/innen zur Auseinandersetzung – *Musik als existentielle Erfahrung*, wie die bemerkenswerte Sammlung seiner zwischen 1966 und 1995 entstandenen Schriften betitelt ist. Diese Sammlung legt Zeugnis ab von Lachenmanns in den siebziger Jahren erhobener Forderung, dass Musik sich kritisch gegenüber der Wirklichkeit verhalten sollte. Musik soll, kann und muss Haltung zeigen. Damit rebelliert Lachenmann gegen das Diktum der Behaglichkeit, gegen das Missverständnis, Musik und überhaupt die Künste seien lediglich ein harmloses, hübsches Beiwerk im kapitalistischen Realismus: »Musik als Niederschlag kritischen Denkens wird und soll ihrerseits die kritische Auseinandersetzung mit sich selbst provozieren. Dies ist der einzige gesellschaftspolitische Beitrag, den sie zu leisten imstande ist.«

Dabei bezieht sich Lachenmann ausdrücklich auf Herbert Marcuse, von dem er den Begriff der Verweigerung übernommen hat: »Der Gedanke der Verweigerung bedeutete für mich, die Gesellschaft und ihre kulturellen Einrichtungen nicht zu meiden, sondern erst recht in die ›Höhle des Löwen‹ zu gehen und dort, im bürgerlichen Konzertsaal, eine Musik zu machen, die greift, und nicht bloß an-greift.« Hier unterscheidet er sich von seinem Lehrer und Freund Luigi Nono, der als aktives Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens eher auf die politische Wirksamkeit einer plakativen Kunst setzte und von dem Lachenmann durchaus »ein klares Bewusstsein für die geschichtliche Relevanz und die Bedeutung des musikalischen Materials« sowie »eine kritische Reflexion der politischen Geschichte und Gegenwart« (Jörn Peter Hiekel) erwarb.

Lachenmann geht es um Musik in Kategorien, »bei denen es sozusagen knistert, wo das Hören verunsichert wird«. Wobei er gerade nicht auf bloßes Verunsichern »als unreflektierte Provokation«, also als ein »harmloses, ungefährliches Gesellschaftsspiel« aus ist, das bestens ins bürgerliche Konzertleben passt, ohne irgend jemandem weh zu tun. Lachenmanns Ästhetik kann man wohl am ehesten mit dem Begriff des »Widerständigen« fassen. Für den Musikwissenschaftler Hiekel klingt im Begriff der »Widerständigkeit« an, »dass ein Kunstwerk Momente der Brechung, Verunsicherung oder Infragestellung in sich aufzunehmen vermag, die offen sind für die Deutung als gleichsam seismografische Reflexion der Wirklichkeit. Es geht dabei um die ›wirklichkeitsaufschließende Kraft des Schönen‹.« Und es kann letztlich wenig verwundern, wenn der explizit widerständigen Musik Helmut Lachenmanns eben bis heute Widerstände entgegengebracht werden.

Lachenmann gilt als Begründer einer »musique concrète instrumentale«, also einer »Klangproduktion, bei der das Instru-

ment als Klangkörper bis in seine geheimsten Geräuschecken hinein ausgelotet und ausgereizt wird« (Guido Fischer). Lachenmann kreiert eine Wunderwelt der Geräusche. Er gibt nichts auf Hör-Erwartungen und -Gewohnheiten, ganz im Gegenteil, er provoziert den Status quo der »klassischen« Musikproduktion und revoltiert gegen jegliche Selbstgenügsamkeit in eingefahrenen Komfortzonen. Lachenmanns kompositorische Grundhaltung ist subversiv, auch (oder gerade) wenn er gerne klassische Besetzungen wie das Sinfonieorchester oder das Streichquartett für seine Werke wählt.

»Concertini« (2005) kann als eine Art Opus summum seiner Beschäftigung mit dem gesamten »ästhetischen Apparat« und dem musikalischen Vokabular der bürgerlichen Musik verstanden werden. Lachenmann, eine Vaterfigur des zeitgenössischen Komponierens, entpuppt sich hier erneut als Meister der geschabten und der krächzenden Töne; er nennt »Concertini« selbst ein »Scharkonzert«. »Concertini«, das heißt wörtlich übersetzt: mehrere kleine Concerti, also lauter Minikonzerte, und tatsächlich wird jedes Instrument wie in einem Solistenkonzert behandelt, mit ungewöhnlichen Spieltechniken, die den Spielern und Spielerinnen höchste Virtuosität abverlangen.

In diesem Werk nimmt Lachenmann laut Eigenaussage neben »Geräuschhaftem« und Verfremdetem auch »das Unverfremdete, Vertraute, im weitesten Sinn Konsonante in den Griff«, mit dem Ziel, »alles Klingende und klingend Bewegte in so verändertem Kontext ständig neu anzuleuchten«. In seinem jüngsten Werk, »My Melodies. Musik für 8 Hörner und Orchester« (2016–2023) bestehen lange Passagen nur noch aus dem gemeinsamen, tonlosen Atmen der Blasinstrumente. Die »Melodien« atmen im Raum. Das ist von einer ungeheuren Zärtlichkeit, man wünscht sich, diese Atmungen würden nie zu Ende gehen. Keine virtuosen, solistischen Selbstdarstellungen, sondern eine atemberaubende Musik des Atmens.

»Wenn Sie über eine Wiese gehen und einer Weinbergschnecke aufs Haus treten, dann haben Sie praktisch eine Existenz ruiniert. Es gibt einen ganz kleinen Pianissimo-Knacks, den Sie hören.« Man kann dieses Zitat des Komponisten Helmut Lachenmann als ein Plädoyer für eine Art hellhöriges Hören verstehen – die Neubestimmung eines Hörens, das sich auch kleinsten Geräuschen gegenüber sensibel verhält. Man kann es aber auch als die Forderung nach einer sensiblen Hellhörigkeit gegenüber der Welt begreifen.

»Der Rest ist – denken.« (Helmut Lachenmann) ●

Berthold Seliger schrieb in konkret 6/23 über die Oper »Lanzelot« von Paul Dessau und Heiner Müller

Münchner Marmorschädel

Als die »Süddeutsche Zeitung« das im September erschienene Hannah Arendt-Buch von Winfried Kretschmann gebühlich beweihräucherte (»ein außergewöhnliches Politikerbuch«, weil »sich hier Macht und Geist mal ausnahmsweise auf Augenhöhe begegnen«), flocht sie, als Trost für die kritik- und distanzlose, dafür sehr humorige Besprechung, einen Seitenhieb auf den mutmaßlich neidischen Münchner Kollegen ein: »Muss Markus Söder sich jetzt bei Insta abmelden, einen kleinen Adorno-Band machen oder wenigstens einen Podcast mit Richard David Precht?«

Dabei hatte Söder die Sache längst eingetütet. Er zieht nach mit zwei Marmorbüsten, die in die Walhalla kommen sollen, den 1842 von König Ludwig I. errichteten Ruhmestempel der Deutschen, der bei Regensburg über der Donau den Athener Parthenon nachäfft. Dort oben, wo Totila und Teutelinde, Kaiser Wilhelm I. und Turnvater Jahn unbewegt über die Besucher hinwegstarren, ziehen nun, als mutmaßlich letzte »große Teutsche« im unschlagbaren Doppelpack ein: Franz Josef Strauß und Hannah Arendt. Über letztere ließ das bayerische Kabinett verlauten (ein bei Kretschmann bestelltes Diktum?): »Arendt beeindruckte als unabhängige Denkerin, deren theoretische Arbeiten und öffentliche Tätigkeit bis heute weltweit Debatten über Totalitarismus, Freiheit und politische Verantwortung prägen.« Um nicht zu sagen: Deren theoretische Arbeiten bis heute so erfolgreich für die Relativierung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen missbraucht werden.

Zu seinem Übervater ließ Söder auf allen sozialen Kanälen am 3. Oktober, Strauß' 37. Todestag, verkünden: »Wir gedenken Franz Josef Strauß.« Ja, Söder kann subtil sein: Auch ein fehlender Genitiv-Apostroph reicht, um in der Standarddisziplin »Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod« einen Punkt zu machen! Unter den allein bei Facebook über 1.500 zu meist zustimmend-ehrfürchtigen Kommentaren unter Söders weihewollem Gesülze folgte unweigerlich immer wieder der totalitäre Untertanenstoßseufzer: »Der hätte aufgeräumt!« Strauß' Sonthofener Rede von 1974, nie war sie so präsent wie heute: »Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, dass bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.«

Florian Sendtner

Turmbau zu Nunavut



Dass sie vor der Zeit erleiche,
Wollte auch die Kathi Reiche
Nicht und nicht verfrüht ins Loch.
Alle Lebewesen streben,
Wie der Name sagt, nach Leben!
Leider, seufz, geschah es doch.

Weil sie gerne Welt zerstörte
Und ihr Tun nicht ihr gehörte,
Sondern fauler Industrie,
Lief in einem heißen Winter
Kathi fröhlich vor und hinter
Kanadas Polarlicht Ski.

Rasenmotorski natürlich,
Und die Tierwelt roch manierlich
Abgas, Dummheit und Parfüm.
Als sie dann jedoch erkannte:
»He, das ist die Terrortante!«,
Blieb sie keineswegs gestüm.

In Ermangelung der Scholle
Robbten Robben auf die Olle,
Und ein Atmen wurde schwer.
Manches wog die Lobbyistin,
Aber auch ein Walross misst in
Doppelzentnern manches mehr.

Alle kamen angelaufen,
Und sie bauten einen Haufen
Über Kathi: Tausend See-
Elefanten, -löwen, -kühe
Gaben sich die größte Mühe.
Hier ging's auch ums Renommee:

Dieser Turm, er sollt' gelingen!
Jeden Menschenturm bezwingen
Wie in einem letzten Spiel!
Er gelang. Laut wurd gesungen,
Auch ein Wal ist draufgesprungen.
Und die Kathi? Ward fossil.

Thomas Gsella

Magnetic Ghost Orchestra

Holding on to Wonder

Fun In The Church/ Bertus

Ein kleiner Einblick in die Journalistenwerkstatt. Fragte man früher Musiker, wie sie arbeiten, war das Spektrum der Antworten recht überschaubar: Es gab die technischen (»Erst haben wir das Schlagzeug aufgenommen, dann den Bass und schließlich Gitarre und Gesang ...«), die musikologischen (in welchem Stil- und Genre-Kontext man seine Musik stellt und wie sie sich dazu verhält) und die typischen Künstler-Antworten, die sich auf Intuition, das gute Gefühl und den selbst gesetzten *Purpose* berufen.

Da hat sich was geändert: Heute ist es vielen Musikern wichtig, ihre Arbeit in eine Erzählung einzuwickeln. Literatur spielt eine große Rolle (häufig feministische und queere), oder man möchte verdrängte oder verkannte historische Persönlichkeiten aus dem Schatten holen. Musik wird stärker in biografischen, auch autobiografischen Bezügen gedacht. Bestes Beispiel dafür: »No More Water – The Gospel of James Baldwin« von Meshell Ndegeocello, eines der wichtigsten Alben des vergangenen Jahres, eine Klang-Vita Baldwins und antirassistische Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Gleichzeitig ist das keine Programmmusik, die Musik untermalt keine Botschaft – sie *ist* die Botschaft, die sich in extrem geschichteten Arrangements realisiert.

Das Magnetic Ghost Orchestra um den in Berlin und Leipzig arbeitenden Gitarristen und Komponisten Moritz Sembritzki muss man, mindestens mit diesem, seinem zweiten Album »Holding on to Wonder«, dieser Art, Musik zu denken – und natürlich: zu spielen –, zuordnen. Die Struktur des Big-Band-Albums scheint zunächst überkompliziert: Sembritzki hat die Librettistin Alexia Peniguel engagiert, um, wie sie zu Protokoll gibt, »eine Geschichte über zwei Frauen mit gegensätzlichen Persönlichkeiten und die Beziehung zwischen ihnen« zu gestalten. Peniguel hat sich dafür den Briefwechsel zwischen der jungen Schriftstellerin Pen und der älteren Malerin Bee ausgedacht und die Rollen doppelt besetzt: *Gesungen* werden die Personae Pee und Bee von Meryem Kiliç und Aylin Winzenburg; *gesprochen* werden ihre Briefe von Sera Kalo und Peniguel selbst. Eine Vielfalt von Stimmungen und biografischen Entwicklungsmomenten soll so adäquat abgebildet werden. Denn »Holding on to Wonder« folgt einerseits einer künstlerischen Coming-of-Age-Geschichte, andererseits geht es für die erfahrene Bee darum, sich in dieser Welt gerade auch in Auseinandersetzung mit der nächsten Generation neu zurechtzufinden. Das Album verhandelt Selbstbehauptung und die große Frage – die aber nicht politisch zugespitzt wird –, wie sich aus weiblicher Perspektive (nicht nur) künstlerische Autonomie erringen lässt.

Und die musikalische Übersetzung? Greifen wir zunächst zur Krücke, einem Vergleich. Es fällt einem tatsächlich Frank Zappa ein, genauer: der Zappa der frühen und mittleren siebziger Jahre (»Roxy and Elsewhere«), der virtuos abstrakte Musik mit derb-sarkastischem

Storytelling, extremen Eklektizismus mit eigener Handschrift verband. So klingt auch das Magnetic Ghost Orchestra, allerdings fehlt das Zotige und bisweilen Frauenverachtende, das man sich mit dem Zappa dieser Jahre immer auch einhandelt.

Heißt konkret: Sembritzkis Stücke sind irrwitzig quirly, als würde man drei Aufnahmen des Duke-Ellington-Orchestra gleichzeitig und in unterschiedlichen Abspielgeschwindigkeiten anhören. Oder – andere Perspektive – man kann sich die Stücke wie musikalisches Tetris vorstellen. Immer wenn sich im Arrangement eine Lücke auftut, schmuggelt sich ein anderer Soundpartikel, ein weiteres Melodiefragment hinein. Beim Hören erleben wir das als überraschende Tempiwechsel.

Anstrengend, oder? Ist es aber in Wirklichkeit nicht. Das liegt daran, dass das musikalische Material durchweg tonal ist; es gibt zentrale thematische Ideen, die in den jeweiligen Stücken immer wieder auftauchen – auch das sorgt für Orientierung. Die wird zwar unablässig irritiert, aber das Prinzip eines linearen Stücks wird vom Magnetic Ghost Orchestra nie ganz aufgegeben. Bisweilen kommt Musical-Atmosphäre auf. Nicht falsch verstehen: Wenn Musicals tatsächlich so klängen, wäre es ein Fortschritt.

Kiliç und Winzenburg singen nicht exaltiert, suchen nicht die Extreme, sondern betonen die Wärme in ihren Stimmen, das Nahbare und Einschmeichelnde. Auch die Instrumentalisten schrauben sich nicht in extravagante Soli, der kollektive Eindruck überwiegt. Die Virtuosität liegt nicht in der Einzelleistung, sondern in der Kompaktheit – und in witzigen Einfällen: Keyboard- und Electro-Drum-Sounds, die heute ziemlich billig, »cheesy«, klingen, schwirren durch die Stücke und brechen das Gravitätische der Arrangements.



Die Virtuosität liegt nicht in der Einzelleistung, sondern der Kompaktheit: Das Magnetic Ghost Orchestra

»Holding on to Wonder« ist eine charmante Einführung in den zeitgenössischen Jazz – oder besser: Post-Jazz –, der in Geschichten denkt, breit und ausgiebig erzählen möchte und sich nicht scheut, andere (schwarze) Musikstile zu integrieren. Heutzutage ist das Ausbildungsniveau der Musiker so hoch, dass ihnen handwerklich vermutlich alles gelingt. (Die konformistische Gefahr, die in der Akademisierung des Jazz liegt, besprechen wir ein anderes Mal.) Die Arbeitsweise der Big Band kann sich von Beschränkungen lösen, sie ist nicht mehr nur, wie eingangs erwähnt, technisch, traditionsbezogen oder aufs Intuitive fixiert, sondern begreift den Schaffensprozess als Totalität – der eben zu einer totalen Musik führt. Dass Moritz Sembritzki und Alexia Peniguel diesen Prozess inhaltlich mit der biografischen Geschichte zweier Künstlerinnen verknüpfen – das Inhaltliche spiegelt sich im Formalen –, unterstreicht noch diesen Anspruch.

Felix Klopotek

Vermischt sich Fakt mit Ausgedachtem, ist »stuff that really happened« nicht die wissenschaftlich fundierteste, aber auch nicht die unbrauchbarste Definition von Geschichte. Lässt man sich allerdings von der Annahme, Geschichte sei das, was sich wirklich zuge tragen hat, zu dem Schluss verleiten, umgekehrt sei auch alles Ereignete geschichtlich bedeutsam, wird es absurd. Das belegt die in-

Auch anderswo verleiht man das Siegel der Historizität gern irgendwelchen Siegen oder Niederlagen beziehungsweise zur Not auch einem »historische(n) Remis« beim Segel-Cup (»Lübecker Nachrichten«, 27.2.22). Qualifizieren sich Basketballerinnen fürs olympische Turnier, ist die Kapitänin zwar »sprachlos«, jedoch nicht sprachlos genug, um nicht das erstbeste Attribut parat zu haben: »Das ist historisch« (BR, 12.2.24). Ein Fall für die Geschichtsbücher ist »Swimsportnews« (29.7.24) zufolge auch der fünfte (!) Platz des Freistilschwimmers Lukas

Oma vererbt bekommen hat, um sie dem Publikum als frischen Ausfluss anzudrehen, bleibt ungeklärt; möglicherweise sind »historische Tränen« auch käuflich zu erwerben, denn sie flossen angeblich auch bei den Volleyballerinnen des VfB Suhl Lotto Thüringen (Sport 1, 29.3.25), bei den Schweizer Herrenfußballern (»SwissCommunity«, 30.9.21) und selbstverständlich bei Deutschlands ewiger Medaillenhoffnung Helmut Kohl nach ihrem Triumph im einarmigen Schlagbaumreißen, das heißt bei der Grenzüffnung in Ungarn anno 1989 (»Morgenpost«, 3.7.12).

Geschichtsmüde

Ob Geld oder Wörter: Inflation führt stets zu einer Entwertung. Einen besonders lästigen semantischen Fall beschreibt Wieland Schwanebeck

flationäre Verwendung des Adjektivs *historisch*. Eigentlich steht es für »geschichtlich bedeutsam« oder »vergangene Epochen betreffend«, in der Praxis soll es Banalem einen dünnen Anstrich von Bedeutsamkeit verleihen. Gemeint ist meist irgendwas im überschaubaren Spektrum von »Das gab's noch nie!« bis zu »Oha!«

Dass die Sportberichterstattung zu derlei Pathosformeln neigt, dürfte niemanden überraschen. Startet der Fußballverein aus Nürnberg – wo die Geschichte traditionell im Marschtempo ihren Lauf nimmt – punktlos in die Saison, steht er »historisch schlecht da« (»Sport.de«, 9.9.25), »historisch schwach« dagegen die brasilianische Nationalelf in der WM-Qualifikation (»SPOX«, 10.9.25). Vom Geostrategen Lothar Matthäus (»Die Nordirländer stehen sehr kompakt«, 7.9.25) stammt die Einschätzung, die Partie Mönchengladbach vs. FC Bayern sei »historisch der Klassiker« (»Rheinische Post«, 7.1.21), wohingegen die Fifa-Pressestelle der Millionärs- und Legionärsspielgemeinschaft Paris St. Germain am Tag nach dem Finale der Klub-WM »eine historische Saison« bescheinigt (15.7.25). Geschichtsschreibung bei ausgeschaltetem Langzeitgedächtnis ist für die Eishockeyspieler der Saale Bulls (sic!) bereits Schnee von gestern beziehungsweise von heute, denn die »starten« dem MDR zufolge gerade »in eine historische Saison« (1.9.25). Steht die Geschichte von morgen schon heute mit deterministischer Unbarmherzigkeit fest, kompensiert die Sportredaktion damit wohl, dass sie Tag für Tag nur die gelben Karten vom Vorabend berichten darf.

Beruhigend immerhin, dass nicht allein der Fußball seine Geschichtsfibel emsig füllt.

Märtens, trug er sich doch in einem »historisch (engen) 200m-Olympiafinale« zu, was so anstrengend wie schmerzhaft klingt.

Überhaupt, Olympia! Wo aufs Tausendstel genau dokumentiert wird und jedes Sandkorn in der Weitsprunggrube abgezählt ist, lässt sich mit umso mehr Verve alles durchhistorisieren, was bei drei noch im Startblock hängt. Die Newsplattform »Watson« (26.7.24) verspricht in ihrer Überschrift zur bevorstehenden Eröffnungsfeier Er-

In der Praxis soll das Wort »historisch« Banalem einen dünnen Anstrich von Bedeutsamkeit verleihen

klärungsansätze (»darum ist [die Feier] historisch«), liefert am Ende aber nur den Hinweis, die stundenlange Bootsparade führe »unter historischen Brücken« hindurch, was im Umkehrschluss jeden, der sich beim Spaziergang über die Prager Karlsbrücke mal am Gemächt gekratzt hat, zum Zeitzeugen qualifiziert.

Aber im olympischen Geist weint ja auch die US-amerikanische Tennisspielerin Coco Gauff, die ihr Land als Fahnenträgerin anführt, nicht bloß Tränchen der Rührung, sondern »historische Tränen« (Sport 1, 24.7.24). Ob sie die über Jahre gesammelt oder von der

Dass spätestens seit dem *historic turn* auch die Regionalgeschichtsschreibung mitmischte, beweist unter anderem der »Weser Kurier«, der dem Hochsprungtalent Jason Lee Hoppe eine »historische Höhe« bescheinigt; schließlich ist in dessen Altersklasse »im Kreis Diepholz/Nienburg seit 25 Jahren niemand mehr so hoch gesprungen« (5.10.21). Da will der »Donaukurier« nicht zurückstehen und gratuliert dem Weitspringer Simon Batz zur »historischen Weite« (9.7.23). Die gemeinte persönliche Bestleistung liegt zwar einen Meter unter dem Weltrekord, aber da inzwischen jeder Kegelclub neue Kapitel seiner persönlichen Geschichte beziehungsweise Reise beziehungsweise Journey entwirft, lässt sich auch der weite Satz von Batz als historische Leistung durchwinken. Ähnliche Miniatur-Meilensteine mit Heimatflair gelangen dem FC Rottach-Egern, der bei einer 1-zu-14-Niederlage den »historischen Erfolg« eines zuletzt vor sechs Jahren glücklichen Torerfolgs gegen den FC Bayern feiern konnte (»FuPa.net«, 24.7.24), sowie den Kulmbacher Turnerinnen der Altersklasse 7 bis 11, die bei den bayerischen Nachwuchsmeisterschaften »historisch gut« auftraten (»Frankenpost«, 9.7.25).

Das zum Erbrechen zitierte Marx-Bonmot hätte demnach seine Vollendung gefunden. Denn wenn sich alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen tatsächlich einmal als große Tragödie und einmal als »lumpige Farce« zutragen, dann muss Geschichte wahrscheinlich irgendwann in Kulmbach enden.

Wieland Schwanebeck schrieb in konkret 9/25 über den Spielfilm »Electric Child«

Kingdom

Die Zeit, die zählt

Regie: Julien Colonna; mit Ghjuvanna Benedetti, Saveriu Santucci, Anthony Morganti; Frankreich 2024, 108 Minuten, seit dem 23. Oktober im Kino

Es gibt zwei Sorten von Gangsterfilmen. Die eine konzentriert sich auf den Aufstieg und Fall des Bandenführers, auf seinen psychopathischen Charakter, sein problematisches Paarungsverhalten und seinen feudalen Moralkodex. Die andere hat Francis Ford Coppola 1972 erfunden. In »Der Pate« verschmilzt die Erzählung von den schmutzigen Geschäften der Gang mit dem Drama einer Familie, und das völlig einleuchtend: Schließlich ist eine Mafiabande zu großen Teilen identisch mit der Sippe des Verbrecherfürsten, und es gibt so gut wie keine »normale« Familie, die sich nicht wie eine kriminelle Vereinigung organisiert. Weil der Zuschauer in den Farcen und Tragödien der Mob-Familie einiges aus dem eigenen Alltag wiederfindet, fällt ihm die Identifikation leicht, und eventuell träumt er sogar davon, im eigenen Clan genauso aufzuräumen wie Michael Corleone. Überdies ist ein kriminelles Familienleben viel aufregender als ein gesetzestreu: Ständig droht Gefahr – von konkurrierenden Gangs, der Polizei und nicht zuletzt von Verrätern im eigenen Haus –, doch der Kampf gegen die gemeinsamen Feinde eint die Familienmitglieder, so zerstritten sie sonst sein mögen.

Dieses Subgenre hat eine Legion von Filmen hervorgebracht, und es ist ein halbes Jahrhundert nach Coppolas Geniestreich sowie zahllosen Imitationen, Variationen, Dekonstruktionen und Travestien nicht leicht, frischen Wind in die Sache zu blasen. Dem französischen Regisseur Julien Colonna gelingt das Kunststück, obgleich »Kingdom« sein erster großer Spielfilm ist, mit staunenswerter Souveränität und, dank seiner erfahrenen Drehbuch-Co-Autorin Jeanne Herry (»Vivants«), mit hoher erzählerischer Stringenz.

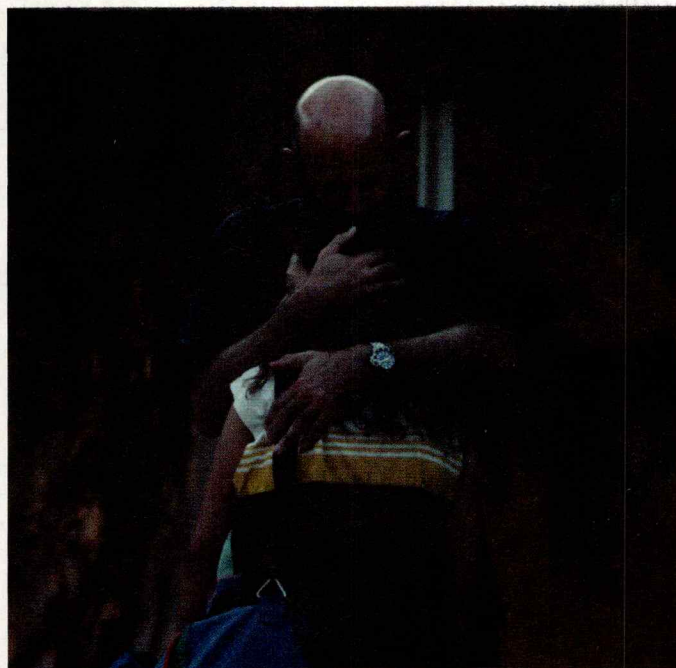
Der Film spielt 1995 auf Korsika. Er beginnt mit einer langen Einstellung, die zwei tote Wildschweine auf der Ladefläche eines Pickups zeigt, und man muss kein Hellseher sein, um die Zeichen zu lesen und zu ahnen, dass sich bald eine blutige Tragödie entfalten wird. In der nächsten Szene sehen wir die Jagdgesellschaft, lauter vier-schrötige Männer, die respektvoll den Weg räumen, als ein Mädchen zwischen ihnen auftaucht. Die fünfzehnjährige Lesia – von der Debutantin Ghjuvanna Benedetti mit leinwandfüllender Präsenz gespielt – hat eines der Schweine geschossen, und wie es der Brauch will, muss sie nun den Kadaver ausnehmen. Denn dies ist ihre Initiation als Jägerin gleichwie als Banditin (von diesem kriminellen Aspekt erfahren wir allerdings erst später). Lesia erledigt den Job mit grimmer Miene und ohne Panne, was ihren Vater (Saveriu Santucci) stolz macht und den Machos um sie herum einen gewissen Respekt einflößt.

Pierre-Paul, Lesias Papa, ist der Pate eines korsischen Syndikats, und weil die Bullen ihm dicht auf den Fersen sind, bezieht er laufend neue Verstecke. Seiner Teenie-Tochter möchte er dieses Vagabundenleben ersparen; sie soll wie alle anderen Mädchen in die Schule gehen, mit Jungs flirten und am Strand spielen. Deshalb parkt er Lesia bei Verwandten und trifft sich mit ihr nur zu besonderen Gelegenheiten, etwa zur Sauhatz. Doch nun sind Ferien, Korsika leuchtet in der Sommersonne, und das Mädchen darf ein paar Tage im aktuellen Unterschlupf des Vaters verbringen, einer luxuriösen Strandvilla. Kaum angekommen, beginnt das Abenteuer ihres Le-

bens: Der Generalratspräsident von Korsika, der ein Buddy Pierre-Pauls ist, wird von einigen hundert Schrotkugeln durchsiebt, und während die Polizei ein politisches Attentat vermutet, wissen der Pate und seine Männer sofort, dass die Konkurrenz einen Bandenkrieg eröffnet hat.

Kurz darauf muss auch Lesias Onkel dran glauben, und sie lernt mit Schockeffekt, wie ein Kopf aussieht, dem die linke Hälfte weggesprengt wurde. In diesem ersten Akt des Films variiert Colonna gekonnt eine Bild-im-Bild-Einstellung: Die Türen und Fenster, durch die seine Protagonistin heimlich auf das Treiben der Gang späht, werden zu Motivrahmen innerhalb des Filmkaders, die Flächen außerhalb dieser Rahmen sind kaum ausgeleuchtet, manchmal pechschwarz. Je näher aber Lesia an den Alltag ihres Vaters rückt, desto seltener werden diese Bildkompositionen; mit dem Blick des Mädchens weitet sich auch unserer.

Pierre-Paul ordnet eine Vendetta an und versteckt sich mit Lesia vor den feindlichen Häschern in den Kastanienwäldern Korsikas. Nun setzt der anrührende Teil des Films ein: Tochter und Vater kommen sich auf der Flucht so nahe wie nie, und er gibt irgendwann zu, dass er all das Geld und die archaische Macht, die er als Gangsterboss genießt, gern hingäbe, könnte er jeden Tag mit ihr und für sie leben: »Unsere gemeinsame Zeit«, sagt Pierre-Paul, »unser Königreich.« Und wir kapieren endlich, was mit dem Titel gemeint ist. Die beiden Erzählstränge von Bandenkrieg und Vater-Tochter-Idyll verknüpft Colonna in meisterlichen Parallelmontagen, die zugleich kon-



Der König und sein Reich: Pierre-Paul (Saveriu Santucci) mit Lesia (Ghjuvanna Benedetti)

geniale Hommagen an Coppolas »Godfather«-Filme sind. Unbedingt zu loben ist die realistische Inszenierung der Action-Sequenzen; das Overkill-Geballer der »John Wick«-Streifen sieht daneben, so neu-modisch es ist, ziemlich alt aus.

»Wir leben alle in Angst«, sagt Pierre-Paul einmal zu Lesia. »Mit jedem Atemzug, mit jedem Bissen. Sie hält uns am Leben.« Das Mädchen begreift erst zum Schluss, was er damit sagen will, aber weshalb sie es versteht, sollte man schon selber gesehen haben. »Kingdom« war ein Überraschungserfolg auf den Filmfestspielen von Cannes 2024, und wenn zu dem Film irgendetwas kritisch angemerkt werden muss, dann allein dies: Es hätte nicht so lange dauern dürfen, dass ein brillantes Werk wie dieses, ein solch origineller Zuwachs zur Gangsterfilmfamilie erst jetzt in die deutschen Kinos kommt. Begehen Sie nicht den Fehler, ihn zu verpassen.

Kay Sokolowsky

Minima Animalia

Eine Sonderausstellung in der Grimmwelt Kassel widmet sich den tierischen Helden des Comics. Sie wirft Fragen auf, die am Selbstverständnis des Homo sapiens ebenso rütteln wie an seinem Hochmut gegen Tiere. Einige Antworten liefert Ulrich Holbein

Ich – das Tier! Du – das Tier! Sehr viele andere – gleichfalls das Tier. Wir – das Tier. Tiere hingegen sind sowieso Tiere. Ein Piepmatz im Comic verkündete: »I'm a bird!« Können wir das glauben? Domestikation im Schnelldurchlauf: Wölfe ließen sich von Menschen füttern und ahnten nicht, dass sie wenig später als Bulldoggen und Möpse herumzudackeln hatten. Auerochsen starben aus; Kühe ließen sich melken, schenkten der Menschheit Ementaler und Edamer und wurden zum Dank verarbeitet zu Ochsenschwanzsuppe und Kalbsleber.

Pferde wollten schon aussterben, da ließen sie sich statt dessen als Zugpferde zweckentfremden und zu Schindmähre und Klappergaul machen. Und umgekehrt: Ohne Bärenfelle hätte die Menschheit kaum die Eiszeit überlebt.

Menschen schwärmten von Rosen und Nachtigallen und aßen gleichzeitig Kartoffeln und Hühner, die ohne Kopf und Gurgeln lustig in der Pfanne schmurgen, frag die Witwe Bolte.

Urahnen wähten, Tiere seien Götter, von Anubis über Ganescha bis Vitzliputzli. Deren Namen klangen bereits so funny und fluffig wie die von Comichelden und Supermännern.

Musikantenstadl und Mozart tönen hervor aus neolithischer Imitation von Tierstimmen. Flöten zwitscherten, Fagotte furzten, Bässe unkten quer durch die Musikgeschichte.

Bürgerhunde trugen Pullover, Proll-Doggen trugen Läuse.

Fiese Philosophen (Spinoza, Cartesius, LaMettrie, Freud) demontierten Tiere als Maschinen, sprachen Menschen die unsterbliche Seele ab, ließen sie mit kaputter Psyche im Regen stehn.

Tukane und Töpel hatten nichts gegen Darwin. Dr. Steiner stellte Darwin auf den Kopf: Paviane und Plumploris stammen vom Menschen ab, laufen herum als heruntergekommene Hominiden.

Tiere begnügten sich oft, so klein zu sein, dass sie Menschen förmlich nötigten, Lupen und Mikroskope zu erfinden.

In summa: Menschen suchen, zwischen Floh und Gnu, ihren Weg, zwischen Amöbe und Pottwal.

Zwischenfrage: Finden sich zwischen Mensch und Tier nennenswerte Unterschiede? Menschen, die »Du Tier!« gescholten werden, hören das oft nicht gern. Spurensuche ergibt: Tiere krähen, knurren, wiehern, Menschen murmeln, babbeln, brüllen, als wenn's Unterschiede wären. Wieso sind sie dann nicht Tiere geblieben? Schon als Tier hatte der Mensch Sprache.

Menschen, millionenfach, sterben jährlich durch Mücken (Malaria). Schweine, milliardenfach, sterben täglich durch Schlächter.

Haie töten pro Jahr vier Menschen. Menschen töten pro Tag 273.000 Haie, also 100 Millionen pro Jahr. Tierischer als jedes Tier – der Mensch! Vegetarier essen oft Würste. Omnivoren mutieren nicht selten zu Kannibalen. Die einen streichelt frau, die andern schlachtet man. Die einen morden Eier, die andern auch.

Tiere können nicht lächeln, aber fressen. Menschen lächeln gern beim Essen.

Tiere können nicht reden, aber töten.

Tieren, also potentiellen Mahlzeiten, ist es wurst, ob Mensch und Tier was Konträres sind.

Schimpansen, Krähen, Ameisen sind klug, schlau, erstaunlich intelligent, Menschen hingegen plagen sich selber als entmenshtes Gesindel aus Urviechern und Dummbeuteln. Wenn Menschen vertieren, nennt man das Massaker oder Krieg. Wenn Tiere Tiere zu sich nehmen, nennt man das Nahrungskette.

Dasselbe Boot, worin Kuschtetiere und Schlachtvieh absaufen, heißt »Fleischwolf und Speckschneider«.

Afrikaforscher mokierten sich über primitive Ureinwohner. Sie hatten Gorillas für Menschen gehalten. Orang Utan heißt, ge-

nau wie Silvanus, Waldmensch, Betonung auf: Mensch.

Auf einem Blatt von 1902 werfen Tiere dem Animal Painter vor, er habe nicht genug Talent, um sie artgemäß darzustellen.

Wenn Menschen Tiere vermenschlichen, nennen erstere dies Anthropomorphismus. Wenn Tiere Menschen als ihresgleichen behandeln, also essbar oder ungenießbar finden, würden sie das nie Zoomorphismus nennen.

Dichterfürsten erwachen immer öfter als Hirschhornkäfer, frag Gregor Samsa. Die einen kötteln alles voll, die andern auch.

In jedem Menschen wohnt ein Tier versteckt, und das will kauen und kurz danach kacken. Du gehst zum Tier? Vergiss den Menschen nicht, falls einer in dir wohnt.

Tiere wohnen in dir, weil du vorher Blutwurst gegessen hast. Kaum eine Wurst, in der nicht eine Sau wohnt. Keine Hähnchensuppe, die aus Integrität alias Anstand, Würde und Anmut hervorflosse.

Bange Zwischenfrage: Tummeln alle sich als eine Bagage auf verkehrtem Dampfer im falschen Film?

Ethik verlangt: Menschen sollten Artgenossen nicht »Ungeziefer« schelten.

Wenn Schweinchen Wölfe wären, würden sie Schweinchen jagen. Wenn meine Tante Hoden hätte, wäre sie mein Onkel. Wenn Tiere Menschen wären, würden sie Mitmenschen vollquasseln.

Haustiere halten Herrchen für ihresgleichen. Waldi und Bello, spitz wie Lumpi, durchschauen wenig und hängen ständig bei einander. Sie kapierten partout nicht, was Menschsein heißt, wissen dafür aber übergenau, wie lecker Menschen untenrum riechen.

Sie wissen nicht, wer sie sind, und frönen, statt ihrem Seelenheil, unseligem Revierdenken, Geländegewinn, genau wie Raptoren und Trumputinatoren. Sie kämpfen um *every inch* ihres vollgepinkelten Territoriums.

Zwischenfazit: Tier und Mensch klaffen und befehlen unerleuchtet aneinander vorbei.

Kurz-Exkurs am Wegesrand: Menschen zerfallen in unzählbare Geschlechter. Mann und Frau sind genetisch zu fast 100 Prozent identisch, genau wie Orpheus und Stalin, exakt wie Gorilla und Madonna. Maus und Mensch sind genetisch zu 92 Prozent identisch, Sekttrinker und Insekt zu 74 Prozent, Brahms und Bierhefe zu immer noch 35 Prozent! Männer changieren zwischen Femme fatale und Heimchen am Herd. Menschen irrlichtern zwischen Jagdhund und Schoßhund.

Summa summarum: Homoöpathische Unterschiede fließen fluid ineinander, kaum aufdröselbar.

Was entthob die Opfer ihrem Schlamassel und Blutbad? Religion! Wer sich gläubig auf deren Heilslehren einließ, wurde als Zick-

ten, bleicher Madonnen und todernter Dornenkronenträger Spruchbänder, auf denen Weisheit sich kundtat, à la: »Vanitas vanitatum et omnia vanitas.« Kirche, Hölle und Jenseits ließen wenig Raum für Lachlust. Um Zumutungen des Jammertals zu entragen und auch mal in befreiendes Gelächter auszubrechen, bedurfte es Ideengewimmel, Kunst, Unfug, Slapstick.

Holzschnitte versuchten schon, Comics zu sein, geizten aber noch mit Farben. Bildlegenden standen im Startloch, um nach oben zu streben und an den oberen Bildbegrenzungen als Blasen hängen zu bleiben, die sich mit Buchstaben anfüllten. Figuren von Grandville, Wilhelm Busch, Moritz von Schwind, Carl Spitzweg, Gustave Doré, knapp noch eingesperrt in die Zeitfenster von Romantik und Biedermeier, bevölkerten Bilder-

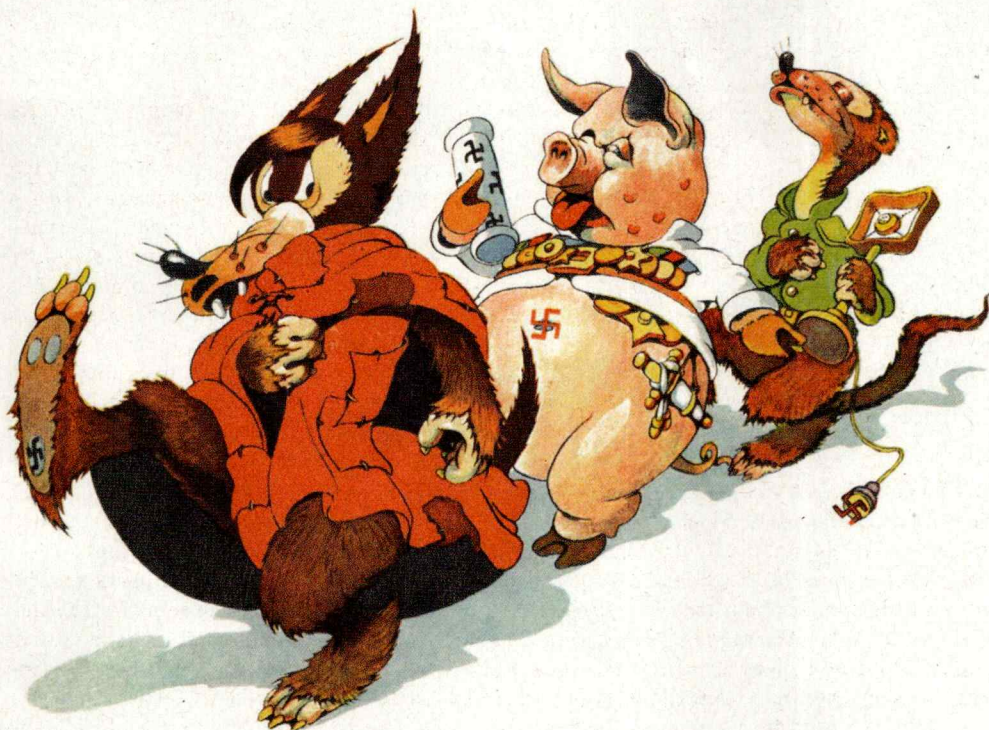
mal Comics machen wollten im Zeitalter von Massenproduktion, als die Bilder laufen und zappeln lernten.

Comics und Trickfilme erlösten Enten, Mäuse und Hunde von der Nonverbalität ihrer Stummfilme. Zack! produzierten Tiere auf Knopfdruck Plauderfreude, was alles so volle Pulle hineinpasste in dehnbare Sprechblasen. Sie redeten wie ein Buch oder ein Mensch. Menschen kamen oft über Guttural-laute kaum hinaus, neigten oft zu Einwortsätzen (Wixer! Nazi! arschloch!). Tiere aber, im Comic, bilden Relativsätze, inklusive Plusquamperfekt, genauso genial wie jene Trockennasaffen, die sich irrümlich für die Krone der Schöpfung hielten und gern Darwin widerlegten. Viele Wirbeltiere sabbelten aber auch nur herum wie andere Leute – willkommen im Club. Comics legten selbst Fischen in die bissigen Mäuler – Worte. Hätte man zwei Mäuler, löge man sogar beim Fressen. Legastheniker kamen kaum noch mit. Explosionen und Bildchen blieben massenhaft für sie übrig. Bildersucht und Redefluss heirateten einander pausenlos. Die einen quasselten, die andern hörten manchmal zu. Die einen ergötzen sich eher an Explosionen, die andern entzifferten mühsam den Inhalt der Sprechblasen: »WHHAAAAUNNGHHH!«

Amerika litt am Trauma, im Gegensatz zu Indien, China, Europa keine Kulturleistungen hervorgestemmt zu haben außer Wildem Westen und dem Schlachthof von Chicago. Winnetou und Old Shatterhand kamen eigentlich aus Deutschland. Blues und Jazz kamen eigentlich aus Afrika. The Beatles kamen eigentlich aus Liverpool.

Jetzt aber stiegen Uncle Sam, Freiheitsstatue, Hollywood, Charly Chaplin, Stan Laurel, Oliver Hardy und Walt Disney weltumspannend auf, omnipräsent und omnipotent.

»Little Nemo«, bei aller Genialität, verzweigte zum Präludium. Disney vervielfältigte sich zu tausend Zeichnern, schwoll kollektiv-kumulativ auf zu Hydra und Moloch und Säkulum. Endlich gelang es dem American Dream, zu einer Art Gesamtphänomen zu avancieren. Endlich wurde Kultur allgemeinverständlich – Koinzidenz von Lachkultur und Hochkultur, dank Comic-Kunst und Zeichentrickfilm. Disney, getragen von Donald Duck, Snow White, Bambi, Pinocchio, Cinderella, wuchs dank seinem Zootopia, angesiedelt zwischen Entenhausen und Timbuktu, pausenlos über sich selbst hinaus, setzte sich ein Propfreis auf namens zum Beispiel Carl Barks (siehe konkret 3/25), schlang das mehr als kongeniale Zeichentalent als Oktopus molluskenhaft in sich hinein, ließ ihn laufen und aufleuchten unterm



Adolf Wolf, Hermann Schwein und Joseph Wiesel:

Anthropomorphe Nazi-Verhöhnung, 1945 von Edmond-François Calvo gezeichnet

lein wiedergeboren, weil er vorher eins killte. Der Schneider, in Grimms Märchen, kam zwar im Himmel an, doch alle anderen brutzeln, zusammen mit der frommen Helene, in der Hölle. Menschen und Köter gehorchen ihrem Gott recht selten, ehe sie dann wieder um Kälber tanzen und Hasen töten.

Menschen brachten es nur zu Marionettenregierungen. Hasso riss sich oft von der Leine los.

Was bringt geschundenen Seelen und untergebuterten Geistern mehr, Religion oder Humor?

Universalgeschichte des Comic im Schnelldurchlauf: Bereits auf spätgotischen Gemälden entrollten den Mündern pausbäckig trompetenblasender Put-

geschichten, die nur deshalb nicht Comics hießen, weil sie noch in Europa feststeckten. »Münchener Bilderbogen« versuchten 1890, romantische Seelenfülle und antiquarische Gemüthlichkeit aufrecht zu halten, zwischen Gartenlaube und Fabrikschloten. »Little Nemo in Slumberland« richtete einen wundersam bizarren Kulissenzauber auf, das Leben als Traum, mit *Wake up!* Windsor McCay, ein unübersteiglicher Meilenstein, ein Gigantic Nemo, stand epochemachend am Anfang des neugeborenen Comicstrip, Maßstäbe setzend, weltenfüllend, Universen balancierend, Zyklopenschlachten herumgewürfelter Elefanten, einschüchternd wie Homer am Anfang antiker Literatur, niederschmetternd oder aufmunternd wie Dante, Bach und Beethoven für alle, die dann auch

weltallfüllenden Gütesiegel und Namen Disney. Präsident Woodrow Wilson, Pablo Picasso, Jack Kerouac bejubelten Comics. Hitler bejahte die Mickymaus. Adorno verübelte Mickymaus, dass dort nur quäkende Figuren inhuman herumgeschleudert würden.

Arbeiter saßen unersprißlich in ihren industriellen Realitäten fest. Comics eröffneten Schlupflöcher, Ausweichwelten, Gegenwelten. Abgas stieg in Blasengestalt an die Ränder der Panels (Kästchen) und, zack!

zöglich die kiloschwer für sich selber sprechenden Comic-Standardwerke von Alexander Braun auf – opulente Highlights ohne Ende, profund, materialreich, extensiv, in-fop-rall, eine leuchtende Gebirgskette kunterbunter Bestiarien, die dann wieder im Beschauer wilde Panoramen lostreten.

Wer zweimal durch die Kasseler Ausstellung geht, entdeckt tausend übersehene Herrlichkeiten. Etliche Vorzeichnungen mit Hilfslinien erzielen inzwischen beachtliche

Sprache gesagt: Happihappi & Fickficki). Offene Fragen: Darf man liebevolle Seelen Sexmolche nennen? Darf man Tiere foppen? Einvernehmlich! Darf man arglose Tiere problemlos Vielfraß, Aasgeier, Blindlurch nennen? Fühlt kein Beutelteufel sich diffamiert? Darf man Nilpferde Dickmops nennen? Arschlöcher taufen unschuldige N-Wort-Opfer tendenziös und gnadenlos um in »Schwarze«. Dürfen Tibetaner/innen Piz-za essen? Dürfen Schwaben Flühlingslollen



Wenn Tiere sich wie Menschen benehmen, landen manche von ihnen zwangsläufig im Knast, und es kann sogar weltberühmte Enten in Matrosenkostüm treffen: Panel aus *Grandville – Mon Amour* (2010) von Bryan Talbot

rief Goofy: »Hier herrscht Möffy, das Geruchsgespenst!« Orphische Urworte!

Mickymaus, 1966, weinte aufrichtig um Walt Disney.

Im Fachbegriff »Animation« versucht herzzührende Beseelung nachzuhalten, doch das Wort »animalisch« hörte sich gar nicht mehr nett an.

Menschen lasen rasend gern Comics, doch dazu mussten sie erst welche zeichnen. Comics, oft arg talentschwach, gemessen an »Little Nemo«, wurden bejubelt als komplex, facettenreich, geistvoll. Weitere Meilensteine boten Insektengewimmel in »Bugville« (Gus Dirks), »Krazy Kat« (George Herriman), »Pogo« (Walt Kelly) – siehe Genaueres in »Ich – das Tier«, der Ausstellung in Kassel beziehungsweise dem Katalog im Handel. »Garfield« erschien in 2.750 Zeitungen, vertreten von 124 Lizenz-Agenturen in 111 Ländern, und brachte Jim Davis 800 Millionen Dollar ein.

Soweit ein äußerst grober Überblick, ein Mini-Panorama – wer bildersüchtig in kulturgeschichtliche Gesamtzusammenhänge eintauchen möchte und wunderbar uferlose Zusatzinformationen, blättere unver-

Liebhaberpreise. An Kinder wurde bestens gedacht. Sie dürfen sich verkleiden, Storys erfinden, interaktiv, immersiv, wunderbar, Kunst zum Antatschen, nein: Anfassen, pädagogisch sagenhaft wertvoll. Nur Griesgrame würden hier übers Austreiben von Kontemplation meckern wollen.

Vorläufiges, leider ein recht beunruhigendes Fazit: Götter, Engel, Feen, Dwarfs, Menschen, Tiere, Pilze, Blumen winseln, rammeln und hechten wohl oder übel als Schicksalsgenossen herum, qualgepeitscht, lustgesteuert, teilweise lachfreudig, ferngelenkt, falls nicht von Gottvater, Papa Kosmos und Gebärmutter Natur, von ihrer dubiösen DNA, verzerrt von Animal Painters, belacht von verzerrbaren Spöttern. Doch würden die betroffenen Lebewesen nicht als Witzfiguren in ihren Biotopen und Betonwüsten herumnerven, wäre nie sowas wie Humor hervorgekrochen (oder vom Himmel herabgestiegen). Lieber sich kranklachen als sich totbeißen, via Zahnleiste und Blendaxplatte!

Zum Ausgleich, dass Tiere sich wie Menschen benehmen und Menschen Tiere geblieben sind, frönen beide demselben Unfug, genannt Selbst- und Arterhaltung (in einfacher

essen? Wer Tiere Tier nennt, hat sie mit einem Etikett beklebt. Darf man Menschen Leute nennen? Dürfen Menschen Pflanzen Unkraut nennen? Pilze darf man keinesfalls mit Tieren verwechseln. Im Comic reden beide. Darf man Comicleser in Fabriken und dürfen Comiczeichner Comicfiguren in Kästchen einsperren?

Denn es geht dem Vieh wie den Leuten. Wie diese krepieren, so gehen auch jene von uns, und sie haben alle einerlei Odem. Den pumpen sie in Blasen des Sprechens, und das mag dann lauten: »Make very matsch laff!« Das Tier – ich! Das Tier – du!

»Ich, das Tier – Vom Bösen Wolf bis Donald Duck«. Sonderausstellung in der Grimmwelt Kassel bis 12. April 2026. Täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der gleichnamige Katalog wurde vom Kurator Alexander Braun verfasst und ist bei Panini erschienen (Stuttgart 2025, 280 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 39 Euro)

Von Ulrich Holbein erschien zuletzt das Buch *Jenseits im Nahbereich*, das voller Querbezüge zum Comic-Thema steckt (PalmArtPress, Berlin 2024, 400 Seiten, 30 Euro)

Hans-Peter Kunisch

Das Flimmern der Raubtierfelle

Rilke und der Faschismus

Reclam, Ditzingen 2025, 336 Seiten, 26 Euro

»Ich weine, ja, ich weine! Vor soviel Schönheit! Vor soviel Genialität deutscher Dichterkunst von Rainer Maria Rilke«, kommentiert eine Userin, vermutlich gänzlich unironisch, einen Youtube-Clip des sich ungebrochener Begeisterung erfreuenden »Rilke-Projekts«, bei dem die Elite der deutschen Kulturindustrie (Ben Becker et al.) zu pompösen Soundteppichen Rilke-Gedichte in die Welt hinausraunt. Was bedeutet: Rilke erreicht und erwärmt immer noch die Herzen eines Millionenpublikums, das einverständnis der Rilke-Devisen folgt: »Du musst das Leben nicht verstehen.« Nein, muss man nicht.

Jene aber, die Rilke verstehen, finden ihn offensichtlich eher zum Heulen. Subtil entlarvte Ernst Jandl selig das hohle Pathos Rilkescher Versverfertigung in seinem Zyklus »der gewöhnliche rilke«, etwa im Sechsteiler »rilke reimlos«: »rilke / sagte er // dann sagte er / gurke // leise dann / wolke«. Und Klaus Modick, der 2015 mit *Konzert ohne Dichter* einen Rilke-kritischen Bestseller vorgelegt hat, urteilt über seinen Helden: »Das Schlimmste, was man Rilke antun kann, ist, ihn zu zitieren.« Und tut Rilke dann eben jenes Schlimmste an: »Mädchen, Dichter sind, die von euch lernen / das zu sagen, was ihr willig seid.«

Auch Hans-Peter Kunisch kommt nicht umhin, auf Rilke gelegentlich das Attribut »hanebüchen« anzuwenden, bezieht das allerdings nicht auf verquaste Liebes- und Lebensweisheiten des Dichters, sondern auf dessen Äußerungen zu politischen Themen, die zwar durchaus bekannt sind, aber nicht populär, taugen sie doch dazu, dem Bild vom unpolitischen Schöngeist Kratzer zuzufügen. Im Zentrum von Kunischs Langessay *Das Flimmern der Raubtierfelle* stehen Briefe, die Rilke an die junge – Überraschung: – Herzogin Aurelia Gallarati-Scotti gerichtet hat, die er 1919 in Venedig kennenlernte, mit der er seit 1920 korrespondierte und die dem Meister zunächst, wie so viele andere, huldigte.

Nachdem Rilke jedoch in einem Schreiben vom Januar 1926 seiner Bewunderung für Mussolini Ausdruck gegeben hatte, war es mit dem Huldigen vorbei. »Aber auch in Italien, was für ein Aufschwung«, lobte Rilke das Wirken Mussolinis und sodann »eine schöne Rede«

des »Duce«. Daraufhin wies die Adlige den Dichter knapp und kühl in die Schranken: »(Es) würde zu lange dauern, Ihnen all die Gründe auseinanderzusetzen, die es mir, von Anfang an, unmöglich gemacht haben, irgendeine Bindung an den Faschismus zu entwickeln; ich sage Ihnen hier nur, dass ich für meinen Teil Gewalt verabscheue, und ich ertrage sie noch weniger, wenn sie zu meinen Gunsten oder zugunsten meiner sozialen Klasse eingesetzt wird«. Das hat Stil.

Freilich ließ sich Rilke nicht eines Faktischen belehren und nicht überzeugen von den konkreten Gewalterfahrungen, deren Zeugin die später im Widerstand aktive Herzogin war, sondern fühlte sich bemüht, seine Haltung in weiteren Briefen genauer zu erläutern. Was vor allem darauf hinausläuft, dass er eben jene Gewalt begrüßte: Gewalt als legitimes Mittel, mit dem autoritäre Herrscher die von Rilke ersehnte »Ordnung« zu schaffen und zu wahren berechtigt waren. So predigt er den »Gehorsam gegenüber einem autoritären Diktat«, das uns Untertanen »einfach aufträgt, unsere Gefühle, unsere Ideen und das gesamte Aufwachen unseres Wesens einer höheren Ordnung zu unterstellen, die uns solchergestalt übermächtigt, dass wir sie nie werden begreifen können«. Weil man ja das Leben nicht verstehen muss.

Diese Aussagen sind, wie gesagt, durchaus bekannt, und man könnte sie – wie es laut Kunisch in der Rilke-Rezeption üblich ist – als lässliche Sünden eines Poeten abtun, der nun mal dem Schönen und mithin nicht den Niederungen banaler Politik verpflichtet ist, ja, von dieser naturgemäß keine Ahnung hat und haben muss. Das Verdienst von Kunischs Buch besteht jedoch darin, dass er diese Rilke-Briefe in den Gesamtkontext des Werks einordnet und durch zahlreiche Belege ergänzt, in denen, von früher Prosa bis zu den berühmten »Sonetten an Orpheus«, deutlich wird, dass Rilke, basierend auf einer zeitgemäß begeisterten Nietzsche- und Darwin-Rezeption, nicht nur kurzfristig »irrte«, sondern prinzipiell ein Vertreter einer autoritätsfixierten Haltung war. »Klassische Elemente einer nicht sanft

konservativen, sondern extrem rechten ... Weltsicht« diagnostiziert Kunisch und liefert Zeugnisse für Rilkes antimoderne, antichristliche, antidemokratische, antisemitische Ideologie. Rilke propagiert das Recht des Stärkeren und verabscheut jede Form von Humanismus und Solidarität: »(Die) Empathielosigkeit des für seine einfühlsamen Verse bekannten Dichters« macht Kunisch staunen. Besonders kurios mutet es an, wenn Rilke Soldaten- und Heldentum feiert, »das ästhetisierte Töten« (Kunisch), selbst aber alles unternahm, um den Ersten Weltkrieg nicht mit der Waffe in der Hand, sondern in der Sicherheit des Militärarchivs in Wien zu verbringen. Das ist dann wohl die Diskrepanz von Theorie und Praxis.

Kunisch liefert Erklärungen für Rilkes »Denk«-Weise – und auch dafür, warum ausgerechnet dieser Rechtskonservative sich 1918 für die Münchner Räterepublik engagierte. Und er lässt dem von ihm als »eigentümlich gedanken- und verantwortungslosen Salonfaschisten« titulierten Dichter zumindest insofern eine gewisse Milde zukommen, als er darauf verweist, dass Rilke Gedichte hinterlassen hat, deren Qualität schwer zu bestreiten ist. Kunisch will kein Denkmalschürer sein, aber schon mal prophylaktisch daran arbeiten, das handelsübliche Rilke-Bild zu vervollständigen, bevor angesichts der Feierlichkeiten zu Rilkes anstehendem 150. Geburtstag am 4. Dezember neue Wellen kollektiver Begeisterung über das Land schwappen (siehe konkret 6/24). Und wieder viele Tränen fließen werden.

Thomas Schaefer



»Eigentümlich gedankenloser Salonfaschist«: Rilke, 1906 porträtiert von Paula Modersohn-Becker

»Einmal habe ich überlebt«

Fünf Monate und sieben-tausend Kilometer auf den Spuren Maos und Otto Brauns quer durch China: Über seinen »Langen Fahrradmarsch« sprach konkret mit dem Autor und neuerdings Abenteurer Christian Y. Schmidt

Konkret: Für die Laien im Publikum gefragt – was war der Lange Marsch und zu welchem Zweck wurde er unternommen?

Christian Y. Schmidt: Der Lange Marsch war eine organisierte Fluchtbewegung, die die chinesische Rote Armee im Oktober 1934 unternahm, um im chinesischen Bürgerkrieg der Umzingelung und Vernichtung durch nationalistische Truppen zu entkommen. Er dauerte genau ein Jahr und führte vom subtropischen Südosten Chinas durch elf Provinzen in den unwirtlichen Nordwesten des Landes. Von rund 86.000 Soldaten erreichten zwar nur rund 6.000 bis 8.000 das Ziel, doch die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hatte überlebt. Von ihrer neuen Basis aus konnten die Kommunisten nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Nationalisten schlagen. So wurde der Lange Marsch auch zum Gründungsmythos der Volksrepublik China.

Du und dein Co-Autor Volker Häring seid am 13. Oktober 2023 gestartet, um mit Pedelecs den Langen Marsch nachzufahren. Mein erster Gedanke, als ich davon hörte, war: Wieso tut er sich das an? Warum strampelt ein seriöser Mensch wie du fast siebentausend Kilometer durch teils sehr anspruchsvolles, nicht immer gut erschlossenes Terrain?

Seriös? Ich? Das verbitte ich mir. Doch wenn du es wirklich wissen willst: Ich wollte weg vom Schreibtisch. Ich hatte mehr als fünf Jahre an meinem Roman *Der letzte Huelsenbeck* gesessen, und ich dachte mir: Du musst jetzt endlich mal wieder an die frische Luft. Da kam mir diese Tour gerade recht. Außer-

dem dachte ich, der Lange Fahrradmarsch könnte vielleicht ein spektakulärer Schlusspunkt unter meinem Leben werden. Im Ernst: Ich war mir wirklich nicht sicher, ob ich die Tour überleben würde. Und habe, bevor es losging, ein ausführliches Testament geschrieben. Natürlich wollte ich nicht sterben. Aber ich dachte: Wenn es schon sein muss, dann wäre es nicht das Schlechteste, wenn auf meinem Grabstein steht: Geboren 1956 in Bielefeld, gestorben 2024 auf dem tibetischen Hochplateau.

Wie würdest du eure Tour in nackten Zahlen schildern?

6.731 gefahrene Kilometer, 98 Etappen, 78.950 Höhenmeter, höchster Pass: 4.114 Meter, 26 Platten, zwei geplatzte Mäntel, drei gerissene Ketten, eine ausgefallene Elektrounterstützung (Volker Häring), ein abgerissener Umwerfer (ich), zweieinhalb Mal bin ich krank geworden (entzündetes Augenlid, Magen-Darm-Grippe, grippaler Infekt). Viermal hat uns ein Hotel abgewiesen, weil wir Ausländer waren, vierunddreißig Mal brach zwischen Volker und mir Streit aus, zwölf Mal wurde er bis aufs Blut geführt. Einmal habe ich überlebt.

Beim Langen Marsch gab es auch einen deutschen Marschierer, Otto Braun. An ihm und seinen Spuren hattest du bei eurem Unternehmen ein besonderes Interesse. Weshalb?

Otto Braun war nicht nur der einzige Ausländer, der den ganzen Langen Marsch mitmarschiert ist. De facto hat er ihn sogar befohlen und mit vorbereitet. Das heißt, letztlich ist ein deutscher Kommunist zumindest mit dafür verantwortlich, dass es heute eine Volksrepublik China gibt, in der die

Kommunistische Partei regiert. Das weiß aber praktisch niemand. Auch in Deutschland glaubt jeder, der überhaupt schon mal vom Langen Marsch gehört hat, Mao Zedong hätte ihn angeordnet. Doch Mao war, als es 1934 losging, entmachtet und außerdem schwer an Malaria erkrankt. Fast hätte man ihn sogar in dem Gebiet, das die KPCh kontrollierte und aus dem man schließlich ausbrach, zurückgelassen.

Braun war im September 1933 von der Kommunistischen Internationale in dieses Gebiet, den sogenannten Jiangxi-Sowjet, als Militärberater entsandt worden. Die Rote Armee hörte deshalb auf ihn. Sein informelles Kommando behielt er bis zum Januar 1935. Dann wurde er in der südchinesischen Stadt Zunyi auf einer der zahlreichen Konferenzen, die auf dem Langen Marsch stattfanden, von der Fraktion um Mao entmachtet. Anschließend übernahm Mao wieder die Führung von Partei und Armee, die er bis zu seinem Tod auch nicht mehr aufgab.

In Zunyi bin ich auch auf einer meiner vielen Reisen durch China auf Otto Braun gestoßen. Vor rund zwölf Jahren stand ich da in einer historischen Villa vor einem Raum, an dem »Otto Braun's Bedroom« stand. Und ich hatte keine Ahnung, wer dieser Mann war. Das war die Initialzündung, denn seitdem habe ich mich mit ihm beschäftigt. Und eine abenteuerliche Biografie entdeckt: Braun war so etwas wie der Andreas Baader der Weimarer Republik. Er arbeitete für den militärischen Apparat der KPD im Untergrund, organisierte Straßenkämpfe und Aufstände und landete schließlich in Berlin-Moabit im Knast. Aus dem wurde er 1928 von seiner damaligen Geliebten, der erst 21-jährigen Olga Benario, mit Waffengewalt befreit. Mit Olga floh Otto nach Moskau, von wo aus er 1932 nach China geschickt wurde.

Ein wirklich irres Leben, wie das einer Figur aus »Babylon Berlin«, nur eben halt im globalen Maßstab. In China ist denn auch Otto Braun als Li De – Li, der Deutsche – berühmt. In jedem zweiten der zahlreichen Spielfilme und Fernsehserien zum Langen Marsch, die bis heute produziert werden, spielt er als dubioser Gegenspieler Maos eine gewichtige Rolle. In Deutschland existiert noch nicht einmal eine Biografie über ihn. Ich finde, dass das ein kleiner Skandal ist und auch ein Zeichen dafür, wie man hierzulande mit linker Geschichte umspringt. Auch deshalb habe ich die Tour unternommen: Um auf dem Umweg einer spektakulären Fahrradtour einem breiteren Publikum wenigstens etwas über das abenteuerliche Leben dieses Kommunisten erzählen zu können. Wer weiß, wie lange so etwas noch geht.

Du hast dir unterwegs fleißig Notizen gemacht. Die sind, wie es bei Notizen so geht, für Außenstehende oft geheimnisvoll. Was zum Beispiel soll dies bedeuten: »Otto Braun alias Waffel alias Micky Maus«?

Das muss man schon selbst im Buch nachlesen. Nur soviel: Mein akribisch geführtes Tour-Tagebuch ist mit 676.049 Zeichen noch deutlich umfangreicher als das gedruckte Buch. Da steht nun wirklich die ganze ungeschminkte Wahrheit über den Langen Fahrradmarsch drin. Die ist so explosiv, dass ich das Tagebuch erst in rund zehn Jahren veröffentlichen werde. Oder besser zwanzig.

Wie intensiv pflegt der chinesische Staat die Erinnerung an den Langen Marsch, etwa durch Monumente? Und interessieren sich die Chinesen selber überhaupt noch dafür?

Im Mai 2019 hat Xi Jinping in Yudu, dem Startpunkt des Langen Marsches, angesichts des eskalierenden Handelskriegs mit den

Marsches mit dem Auto nachgefahren oder sogar nachmarschiert sind. Aber das waren nicht viele. Die Route als eine Art revolutionären Jakobsweg zu etablieren, wie es wohl einigen Kadern vorschwebt, davon ist man noch weit entfernt. Dennoch: Der Lange Marsch ist im Bewusstsein der meisten Chinesen, die wir trafen, noch sehr präsent. Die Basics wissen eigentlich alle.

Welches war das kurioseste Denkmal an den Langen Marsch, das euch begegnet ist? Oder hast du sogar eine Top Three?

Die ganze Route des Langen Marsches ist vollgestellt mit außergewöhnlichen Monumenten. Sehr beliebt sind Signaltrompeten, oft bis zu fünf Meter hoch und bunt bemalt. Der Hammer aber war eine etwa 25 Meter hohe Stalllaterne, die in dem kleinen

Ich hatte am Anfang ein wenig Angst, dass die Behörden etwas von unserem Unterfangen mitbekommen. Dann hätten sie die Tour wahrscheinlich irgendwie begleitet. Das hätte sie zwar bestimmt viel angenehmer und preiswerter gemacht. Besseres Essen, günstigere Hotels. Aber es wäre sicher nicht zu den vielen ungefilterten Gesprächen gekommen, die wir ohne sie unterwegs führen konnten. Außerdem war ich mir nicht sicher, was die Offiziellen von meinem speziellen Interesse an Otto Braun halten würden. Als Gegenspieler Maos ist der in China eben auch eine hochumstrittene Figur. Der chinesischen Lange-Marsch-Geschichtsschreibung dient er mehr oder weniger als Sündenbock, der alles falsch gemacht hat, bis Mao das Ruder endlich übernahm.

Ich glaube aber kaum, dass den Behörden unsere Tour verborgen geblieben ist. Das kann gar nicht anders sein, denn wir waren nahezu fünf Monate in Gegenden unterwegs, in die sich praktisch nie ein Europäer verirrt. Aber man hat uns in Ruhe gelassen. Die einzigen Begegnungen, die wir hatten, waren gelegentlich welche mit der Polizei, hauptsächlich wenn es an der Hotelrezeption mal wieder mit der komplizierten Online-registrierung nicht geklappt hatte. In der Regel haben sich die Beamten dabei äußerst freundlich und korrekt verhalten. Nur in den tibetischen Siedlungsgebieten waren die Begegnungen zwei bis drei Mal etwas unangenehmer.

Zum Schluss: Welche Station eures Fahrradmarsches hat den tiefsten Eindruck bei dir hinterlassen? Und ist diese Station auch für faule Touristen problemlos erreichbar?

Den tiefsten Eindruck hatte ich ohne Zweifel auf der höchsten Etappe, bei der Auffahrt zum Jiajinshan-Pass. Der liegt 4.114 Meter hoch, also in einer Höhe, wo die Luft bereits sehr dünn ist. Dazu ging es durch Schnee und dichten Nebel. Da habe ich kurz gedacht: So, das war's jetzt. Hier gibt es kein Netz und keinen doppelten Boden. Jetzt gehst du drauf wie alle diese Extremsportler, von denen du immer wieder in der Zeitung liest und dir dabei denkst: Selber schuld, ihr Vollidioten.

Aber auch dieser Pass ist zumindest mit dem Auto für Touristen problemlos erreichbar, wie fast jeder Ort, an dem wir auf dem Langen Fahrradmarsch gewesen sind. Die Straßen in China wie überhaupt die ganze Infrastruktur sind inzwischen besser als in Deutschland. Nur mit einem Fahrrad oder Pedelec wird's dann etwas schwieriger, vor allem, wenn der Akku mal wieder leer ist. ●



»Wir waren in Gegenden unterwegs, in die sich praktisch nie ein Europäer verirrt.«: Volker Häring (l.) und Christian Y. Schmidt in Zhenjiangguan, Provinz Sichuan, am 20. April 2024

USA erklärt, China befinde sich am Beginn eines neuen Langen Marsches. Dementsprechend wird seit dem Amtsantritt Xis im Jahr 2013 verstärkt in die Gedenkinfrastruktur entlang der Route des historischen Marsches investiert. Auf unserer Tour trafen wir auf unzählige neu errichtete Museen, Denkmäler und frisch renovierte Erinnerungsstätten. Die werden unterschiedlich gut besucht. Die Highlights wie die Konferenzhalle in Zunyi, die Kettenbrücke in Luding oder die Pagode von Yan'an am Zielort sind von Touristen überlaufen. Die nicht so bekannten Schauplätze werden dagegen hauptsächlich nur von Schulklassen und Parteidelegationen besichtigt. Wir haben auch ein paar Leute getroffen, die die Strecke des Langen

Örtchen Gouba in Guizhou auf einem Hügel stand, als hätte sie dort ein Riese vergessen. Sie ist sogar begehbar, und soll an eine Nacht auf dem Langen Marsch erinnern, in der Mao mit einer solchen Laterne in der Hand Zhou Enlai aufsuchte, um ihm eine strategisch wichtige Entscheidung mitzuteilen. Die Laterne ist natürlich auch ein Sinnbild. Und damit das auch jeder kapiert, steht vor ihr auf einem Schild: »Mit einer Laterne hat Mao Zedong das ganze Land erleuchtet.«

Ihr seid durch halb China geradelt und habt dabei bestimmt nicht wie Pauschaltouristen ausgesehen. Einen amtlichen Guide hattet ihr auch nicht. Wart ihr da nicht automatisch Zielobjekte der lokalen Sicherheitsbeauftragten?

Volker Häring, Christian Y. Schmidt: *Der lange Fahrradmarsch. 7.000 Kilometer durch das Reich der Mitte*. Ullstein, Berlin 2025, 368 Seiten, 19,99 Euro

Die Buchpremiere findet am 12. November in der Fakhimi-Bar (Skalitzer Straße 133, Berlin) statt. Eintritt: 10 Euro

DER LETZTE DRECK

Die Mediathek des Norddeutschen Rundfunks (NDR) veröffentlicht unter der Rubrik »NDR Retro: Prominenz im Interview« Beiträge, die in den Anfangsjahren des Senders produziert wurden. Neu im Angebot ist ein fünfeinhalbminütiger Monolog – gelegentlich und ehrfürchtig vom Fragesteller unterbrochen – der Schauspielerin und Regisseurin Helene »Leni« Riefenstahl. Er wurde erstmals am 4. September 1964 gesendet. Die Clip-Beschreibung in der Mediathek lautete anfangs so: »Die einstige Propaganda-Regisseurin Hitlers weist jegliche Vorwürfe ihrer Nähe zum NS-Regime und seinen Verbrechen zurück. Sie erzählt ihre Version des deutschen Überfalls auf Polen, den sie als Kriegsberichterstatterin begleitet hatte, betont ihre Unabhängigkeit als Filmregisseurin vom NS-Regime und bestreitet, Filmkomparsen aus einem KZ bezogen zu haben.«

konkret stellte am 23. September an die NDR-Pressestelle folgende Anfrage: »In welcher Sendung wurde das Interview gezeigt? Wer ist der Fragesteller? Und: Wieso hat die zuständige Redaktion darauf verzichtet, die schon seit Jahrzehnten als Lüge nachgewiesene Behauptung Riefenstahls, sie habe »niemals« Komparsen aus dem KZ rekrutiert, auch als Lüge im redaktionellen Text klarzustellen?«

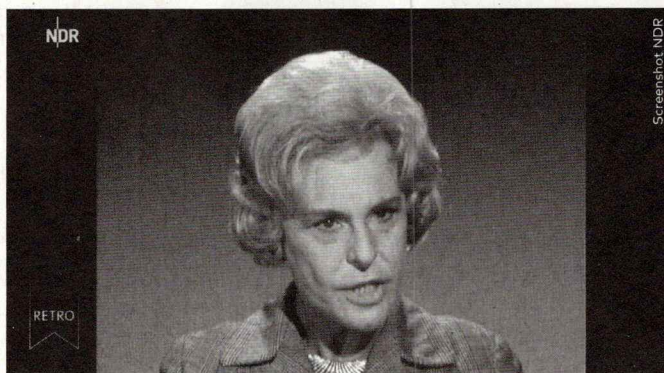
Am folgenden Tag wurde – ohne Hinweis auf die Korrektur – die Kurzbeschreibung in der Mediathek leicht geändert. Wiederum einen Tag später antwortete die NDR-Pressestelle auf die **konkret**-Anfrage: »Das besagte Interview lief im Rahmen der »Nordschau Hannover« in der Rubrik »Zeitraffer«. Wer der Interviewer war, ist aus unserer Datenbank leider nicht zu entnehmen, er ist dort mit »N. N.« vermerkt. ... Bei »NDR Retro« veröffentlichen wir Archivmaterial im Original und versuchen dabei, die Beiträge so einzubetten, wie sie damals gesendet wurden, das heißt, wir verzichten auf eine nachträgliche historische Einordnung im Sinne der Authentizität. Historisches Material möglichst unverfälscht zu veröffentlichen, ist einer der Grundgedanken von ARD Retro. In diesem Falle würden wir Ihnen jedoch zustimmen, dass dies ein Fakt ist, der genannt werden sollte. Wir haben den Beschreibungstext

dementsprechend ergänzt: »... und bestreitet, Filmkomparsen aus einem KZ bezogen zu haben. Eine Behauptung, die später eindeutig widerlegt wurde.« Noch einmal vielen Dank für den Hinweis.«

Weil der NDR jährlich eine jämmerliche Milliarde Euro aus dem Rundfunkbeitragsstopf erhält, mithin nicht die Mittel zu erbringen vermag, die habituellen Lügen der berühmtesten Nazi-Propagandistin einer Prüfung zu unterziehen, übernimmt **konkret** die Arbeit, die der NDR mit seinen gut 3.200 Angestellten zu tun nicht in der Lage ist. Beziehungsweise willens.

Riefenstahl erzählt zu Beginn des Interviews von ihrem ersten Tag als Kriegspropagandistin in Polen: »Am Tag vor unserer Ankunft ist (!) ein deutscher Offizier und vier deutsche Soldaten von polnischen Partisanen massakriert und zerstückelt worden.« Für dieses Greuel gibt es keinen Beleg.

»Und es war eine große Grube da«, fährt Riefenstahl fort, »in der Polen waren, die das



Darf beim NDR »möglichst unverfälscht« lügen: Leni Riefenstahl

Grab für die deutschen Soldaten auszugraben hatten. Nicht für ihre eigenen Landsleute. Und es kam ein Offizier hinzu, und der sagte zu diesen sehr erregten deutschen Soldaten, die also ihre toten Kameraden in der Kirche gesehen hatten: »Kameraden, wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Ich verstehe eure Erregung. Bitte schickt die Leute nach Hause.« Auch dafür gibt es keinen Beleg.

»In diesem Augenblick«, sagt Riefenstahl, »haben die Soldaten diese Leute aus der Grube herausgeholt. Und die sind gelaufen, weggelaufen, diese Polen, weil sie Angst hatten. (...) Zwei, drei deutsche Soldaten, die neben mir standen, haben sehr brutal mit den Füßen nach den Polen geschlagen. (...) Und da habe ich mich vor die Polen gestellt und habe sie angeschrien und habe gesagt: »Schämt ihr euch nicht, ihr wollt deutsche Soldaten sein!« Und da haben sie auf mich angelegt. Einer schrie: »Schlägt (!) das Weib nieder!« Für diese Heldinnen tat es nur eine Zeugin: Riefenstahl.

»Wie ich später erfahren habe«, fabuliert sie weiter, »ist ein Offizier der Luftwaffe hineingefahren mit dem Panzer und hat geglaubt, da sind Kämpfe im Gang. Und hat auf die geschossen, auf die davonlaufenden Polen. Und es ist ein Blutbad entstanden, das ich selbst nicht gesehen habe. Aber ich habe davon gehört, wo neben 28 Polen (...) auch ein deutscher Soldat erschossen wurde und auch vier verwundete deutsche Soldaten waren.« Riefenstahl hat das Massaker in der Kleinstadt Końskie – wie mehrere Fotografien beweisen – aus der Nähe gesehen. Ermordet wurden mindestens 20 Juden, allein weil sie Juden waren; kein einziger Wehrmachtssoldat kam zu Schaden.

»Es hat mich so schrecklich bedrückt«, behauptet Riefenstahl, »dass ich zu dem General von Reichenau ging und ihn bat, mich von meiner Tätigkeit, die noch gar nicht begonnen hatte, als Kriegsberichterin zu entbinden. (...) Und ich bin mit dem Wochenschau-Kameramann Knuth am nächsten Tag wieder in die Heimat abgereist.« Tatsächlich war sie am 5. Oktober mit ihrer Filmtruppe in Warschau, um die Siegesparade der Wehrmacht zu dokumentieren.

Riefenstahl lügt auch über ihre Beziehung zu Hitler: »Ich habe niemals geleugnet, dass ich von Hitler beeindruckt war, wie viele andere Deutsche auch.« Sie war nicht bloß beeindruckt, sie gestand 1934 einem britischen Reporter: »Ich wurde ein überzeugter Nationalsozialist, nachdem ich die erste Seite (von *Mein Kampf*) gelesen hatte.«

»Die Olympia-Filme«, lügt sie zum Schluss, »sind nie im Auftrag, es war kein Auftrag von Hitler, die habe ich selbst gemacht in meiner Privatfirma, und zwar habe ich die Genehmigung vom Internationalen Olympischen Komitee bekommen.« In Wirklichkeit wurde die »Privatfirma« vom Propagandaministerium finanziert; die Produktion hatte nicht das IOC, sondern der Generalsekretär des deutschen Organisationskomitees, Carl Diem, genehmigt; Hitler intervenierte persönlich, als Goebbels die Regisseurin wegen Budgetüberziehung maßregeln wollte. ●

PS. Am 1. Oktober informierte **konkret** die NDR-Pressestelle, die Veröffentlichung des Riefenstahl-Interviews kritisch kommentieren zu wollen. Kurz danach wurde der Hinweis auf den Clip von der Vorschauseite der NDR-Mediathek entfernt; das Video selbst ist weiterhin abrufbar.

konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 29. November

Titanic-Abo

AS UNIVERSELLE GESCHENK FÜR FREUNDE UND FEINDE

**Für den
Onkel,
der einen
immer
etwas
zu lange
umarmt.**

Es ist mal wieder soweit:

**TITANIC braucht
1000 neue Abos
bis zum 24.12.
(sonst war's das)**



Titanic Deutschlands bester Satire-Mix.



Afghanischer Frauenverein e.V.

AFGHANISTAN BRAUCHT KLUGE MÄDCHEN.

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM ALLES DAFÜR TUN.

www.afghanischer-frauenverein.de | Spendenkonto: IBAN: DE28 5708 0070 0680 8505 00